

Theoretische Betrachtungen zur schweizerischen Kriegswirtschaftspolitik

DISSERTATION

zur Erlangung
der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

Hans Christen

von Rüegsau

1952

Buchdruckerei Dr. J. Weiss, Affoltern am Albis

Theoretische Betrachtungen zur schweizerischen Kriegswirtschaftspolitik

DISSERTATION

zur Erlangung

der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften

der Philosophisch-Historischen Fakultät

der Universität Basel

vorgelegt von

Hans Christen

von Rüegsau

1952

Buchdruckerei Dr. J. Weiss, Affoltern am Albis

*Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag der Herren Professoren Dr. V. F. Wagner und
Dr. E. Salin.*

Basel, den 3. November 1949

*Prof. Dr. F. Ranke
Dekan*



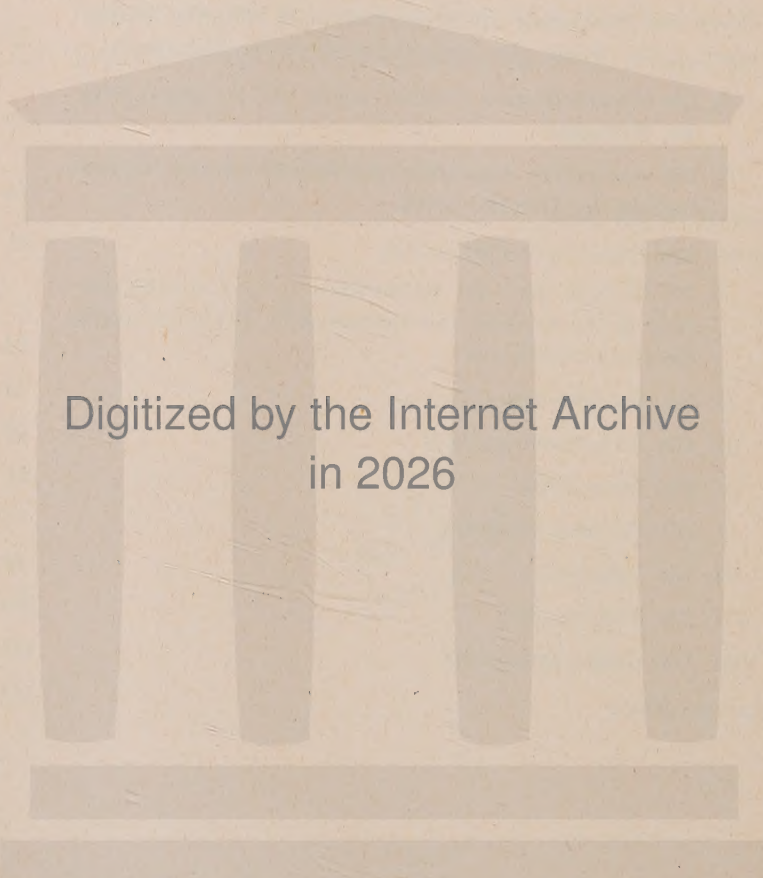
Diese Arbeit erscheint unter dem gleichen Titel im Buchhandel
als Band 5 der

SCHRIFTENREIHE DES SCHWEIZERISCHEN WIRTSCHAFTSARCHIVS

herausgegeben von Prof. Dr. V. F. Wagner
im Verlag A. Francke A.-G., Bern

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Einleitung	1
B. Die durch den Uebergang zur Kriegswirtschaft bedingten Veränderungen in den realen und nominalen Größen der Wirtschaft .	6
I. Die kriegsbedingten Veränderungen auf der realen Seite der Wirtschaft	6
II. Die mangelnde Anpassung des Geldkreislaufes an den veränderten Güterkreislauf	16
C. Theorie der Kriegswirtschaftspolitik	24
I. Der Bericht über die Maßnahmen zur Inflationsverhütung in der Schweiz. Die oppositionelle Strömung gegen die «Inflationstheorie».	24
II. Die Produktionspolitik	35
III. Die Außenhandelspolitik	45
IV. Die Preispolitik	57
V. Die Verbrauchslenkung	76
VI. Die Lohnpolitik	84
VII. Die Finanzpolitik	103
VIII. Die Geldmengenpolitik	127
Literaturverzeichnis	143



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548208_0023

A. Einleitung

Wenn wir uns über die Veränderungen, die beim Uebergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft vor sich gehen, Klarheit verschaffen wollen, so müssen wir uns zuerst die elementaren Sachverhalte der Wirtschaft vergegenwärtigen.

Der Wirtschaftsprozess kann als ein Kreislaufgeschehen aufgefaßt werden, wobei ein Güterkreislauf und ein Geld- bzw. Einkommenskreislauf zu unterscheiden ist. Der Güterstrom fließt in Form produktiver Leistungen (Arbeitsleistungen, Kapital- und Bodennutzungen) zu den Betrieben bzw. Unternehmungen, wo sich die Kombination der Produktionsmittel vollzieht, und über den Gütermarkt in Gestalt fertiger Güter zu den Konsumenten, die zugleich Produktionsmittelbesitzer sind, zurück, wo er zum volkswirtschaftlichen Realeinkommen wird. Dem Güterstrom entgegengesetzt bewegt sich der Geldstrom, der in Form von Löhnen, Zinsen und Renten als Entgelt für die produktiven Leistungen an die Produktionsmittelbesitzer fließt (Nominaleinkommen), von diesen als Konsumenten auf dem Markt für die fertigen Güter ausgegeben wird und als Erlös für die abgesetzten Produkte wieder zu den Unternehmern zurückkehrt. Auf dem Warenmarkt vollzieht sich somit der Austausch von Geld gegen Güter bzw. Nominaleinkommen gegen Realeinkommen. Daraus ergibt sich die für das wirtschaftliche Gleichgewicht unerläßliche Grundbedingung, daß Güter- und Geldstrom übereinstimmen, d. h. daß die ausbezahlten Geldeinkommen gleich den aufgewendeten Produktionskosten der Unternehmer bzw. die Ausgaben der Konsumenten gleich den Erlösen der Unternehmer sein müssen, ansonst Störungen im Wirtschaftsablauf eintreten.

Nun ist aber weiter zu berücksichtigen, daß sowohl der Güter- als auch der Geldkreislauf eine bestimmte Struktur aufweisen. Die Gesamtproduktion gliedert sich in die Erzeugung von Konsumgütern einerseits und Kapitalgütern anderseits. Dieser Aufspaltung steht eine entsprechende Einkommensver-

wendung gegenüber: die Ausgaben für den Konsum (nominale Verbrauchsquote) und die Ersparnisse (nominale Sparquote). Die nominale Verbrauchsquote dient zum Kauf der Konsumgüter (reale Verbrauchsquote) und dem Ersatz der vorhandenen Kapitalgüter, während mit der nominalen Sparquote die Produktion der Zusatzkapitalgüter (reale Sparquote) finanziert wird. Damit die Grundbedingung Einkommen = Produktionskosten gewahrt bleibt, ist es also notwendig, daß mit der nominalen Verbrauchsquote die verfügbare reale Verbrauchsquote gekauft wird und die nominale Sparquote vollständig zur Herstellung zusätzlicher Kapitalgüter verwendet wird (Sparen = Investieren).

Der Uebergang zur Kriegswirtschaft ruft nun eine weitgehende Verschiebung zwischen diesen realen und nominalen Größen hervor. Am Kreislaufschema, das Einblick in die elementarsten Zusammenhänge in der Wirtschaft vermittelt, kann in großen Zügen abgelesen werden, welche Veränderungen die sachliche Struktur der Volkswirtschaft erfährt und welche entsprechenden Veränderungen auf der Geldseite stattfinden müssen.

Grundlegendes Merkmal und zugleich reales Problem der Kriegswirtschaft ist die Umstellung der Produktion auf Kriegsbedarf. Dies hat zur Folge, daß die Erzeugung für den zivilen Bedarf zugunsten der Rüstungsproduktion (im weitesten Sinne) eingeschränkt wird und das verfügbare Realeinkommen abnimmt, wobei noch verschärfend der Rückgang des Außenhandels hinzutritt. Während sich also unter normalen Verhältnissen die Gleichgewichtsbedingung des Wirtschaftskreislaufes hauptsächlich auf die Uebereinstimmung zwischen nominaler und realer Sparquote beschränkt, die nicht ohne weiteres gegeben ist, und man im allgemeinen annehmen kann, daß zwischen nominaler und realer Verbrauchsquote Gleichgewicht herrscht, so entsprechen sich diese beiden Größen in der Kriegswirtschaft nicht mehr, was zu schwerwiegenden Störungen Anlaß gibt, so daß der Diskrepanz zwischen Nominaleinkommen und verfügbarem Realeinkommen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

Was die nominale und die reale Sparquote anbetrifft, so erfährt die Bedeutung, die dem Verhältnis dieser beiden Grö-

Ben zukommt, insofern eine Veränderung, als die Kapitalgüterproduktion in gleicher Weise wie die Konsumgüterproduktion zugunsten der Erzeugung für den Wehrbedarf beträchtlich eingeschränkt oder überhaupt eingestellt wird. Dadurch wird die nominale Sparquote zum Teil oder gänzlich frei — soweit nicht in der Rüstungsindustrie Investitionen vorgenommen werden, und kann zur Ursache weiterer Störungen werden. Sowohl die freigesetzte nominale Sparquote als auch die Anpassung der nominalen an die verminderte reale Verbrauchsquote stehen in engem Zusammenhang mit dem monetären Problem (Finanzierung) der Kriegswirtschaft.

Das Mißverhältnis zwischen realen und nominalen Größen, zwischen Warenangebot und Warennachfrage, welches seine Ursache einerseits in der Produktion für den Wehrbedarf, andererseits in der wirtschaftlichen Kriegführung, die sich in einer weitgehenden Lahmlegung des Außenhandels äußert, hat, kann nicht einfach dem Marktmechanismus, wie er in einer freien Verkehrswirtschaft funktioniert, überlassen werden. Wäre dies der Fall, so würden die knappen Produktionsmittel und Güter nicht derart verwendet, wie es die kriegswirtschaftliche Zielsetzung erfordert, sondern sie würden dorthin fließen, wo die höchsten Preise dafür bezahlt werden. Dadurch wäre neben der realen Deckung des wehrwirtschaftlichen Bedarfes zugleich dessen Finanzierung in Frage gestellt. Aber nicht nur das reale und monetäre Problem würden auf diese Weise wesentlich erschwert, sondern auch die soziale Aufgabe der Kriegswirtschaft, die darin besteht, Verschiebungen großen Ausmaßes in der Einkommensverteilung und die Versorgung der kaufkräftigen Bevölkerungsschichten auf Kosten der minderbemittelten zu verhindern und damit den in ihren staatspolitischen Konsequenzen gefährlichen sozialen Spannungen vorzubeugen. Ebenso muß der Staat dafür sorgen, daß Güter, die im Inland selbst dringend benötigt werden, nicht zu hohen Preisen ins Ausland abfließen.

Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen den wirtschaftlichen Kräften nicht freier Lauf gelassen werden darf, sondern daß der Staat Maßnahmen teils wirtschaftstechnischer und -organisatorischer, teils volkswirtschafts-, sozial- und finanzpolitischer Art ergreifen muß, die entsprechend den durch

den Krieg verursachten außergewöhnlichen Störungen den friedenswirtschaftlichen Rahmen überschreiten. Diese Lenkungsmaßnahmen müssen sorgfältig erwogen und aufeinander abgestimmt sein, „wenn nicht Zerrungen und Brüche im Wirtschaftsgefüge und in der Sozialordnung entstehen sollen, die für den ganzen Bestand der Staats- und Gesellschaftsordnung schwer gefährdend sein können“¹.

In einem neutralen Staat, wo die Erfordernisse der Wehrwirtschaft nicht derart ins Gewicht fallen wie bei einem kriegführenden und eine unmittelbare Notlage nicht besteht, kann man sich auf die zur Wahrung der staatspolitischen Interessen erforderlichen Eingriffe beschränken. Daß es sich dabei nicht nur um sogenannte „konforme“ Eingriffe handelt, sondern angesichts des vordringlichen staatlichen Bedarfes und der herrschenden Warenknappheit der Marktmechanismus in seinem Ablauf direkt beeinflußt werden muß, ist bereits aus den obigen Ausführungen hervorgegangen. Dadurch, daß solche planwirtschaftliche Elemente nur dort zur Anwendung kommen, wo sie unumgänglich sind, wird die wirtschaftliche Freiheit im Vergleich zu einer totalen Wirtschaftsplanung nur in geringem Ausmaß beschnitten.

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit den Maßnahmen, die in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft unter den Einwirkungen des Krieges und damit hauptsächlich im Hinblick auf das Ungleichgewicht zwischen Güter- und Geldkreislauf ergriffen werden müssen. Dabei muß man sich allerdings bewußt sein, daß mit den allgemeinen Richtlinien, welche sich aus dem Kreislaufschema für die einzuschlagende Kriegswirtschaftspolitik ableiten lassen, nicht alle Fragen gelöst werden können und im übrigen ihre Anwendung in der Praxis ohne Prüfung der konkreten Verhältnisse nicht ratsam ist, denn die Wirklichkeit ist zu vielfältig und kompliziert, als daß sie mit Hilfe eines Schemas erfaßt werden könnte. „Die Praxis ... hat ihre eigenen Gesetze und ist nicht immer in der Lage, das, was von der Wissenschaft als richtig und zweckmäßig erkannt worden ist, hundertprozentig zur Verwirklichung zu bringen.

¹ A. Amonn, Probleme der Kriegswirtschaft. Grundsätzliche Betrachtungen zur Wirtschaftspolitik im Kriege, Zürich 1942, S. 9.

Das kann aber keinen Grund bilden, dieses Ziel nicht wenigstens anzustreben und alles, was möglich ist, zu tun, um es auch zu verwirklichen“².

Es sollen im folgenden namentlich die Grundsätze und Empfehlungen zur Darstellung gelangen, wie sie während des Krieges 1939—1945 von bekannten schweizerischen National-ökonomen und offiziellen Stellen als wissenschaftliche Beiträge zur Gestaltung der Kriegswirtschaftspolitik entwickelt worden sind.

² Amonn, a. a. O., S. 4.

B. Die durch den Uebergang zur Kriegswirtschaft bedingten Veränderungen in den realen und nominalen Grössen der Wirtschaft

I. Die kriegsbedingten Veränderungen auf der realen Seite der Wirtschaft

Der Uebergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft hat tiefgreifende Veränderungen in den realen und nominalen Grössen bzw. auf der Waren- und Geldseite der Wirtschaft zur Folge.

Realwirtschaftlich betrachtet besteht das Hauptproblem der Kriegswirtschaft in der „Alimentierung“ des öffentlichen Bedarfes, der entsprechend den zusätzlichen Aufgaben des Staates steigt. Diese bestehen in der Mobilisierung, Ausrüstung, Bewaffnung und Verpflegung der Armee und der dadurch bedingten Ausweitung der Rüstungsproduktion, der Errichtung von Befestigungsanlagen und strategisch wichtigen Verbindungslinien, der Erhöhung der staatlichen Vorratshaltung, der Vergrößerung des öffentlichen Verwaltungsapparates usw. und schließlich in der Deckung des durch den Krieg selbst erzeugten Ersatzbedarfes.

Wir konstatieren somit eine Veränderung im Bedarf der Volkswirtschaft nach zwei Richtungen hin: einerseits einen erhöhten staatlichen Bedarf, der sich — wenn auch nicht durchwegs, so doch weitgehend — vom privaten unterscheidet, woraus eine Zunahme des Gesamtbedarfes resultiert, andererseits eine Verschiebung in der Bedarfsstruktur, d. h. „im Verhältnis zwischen dem im Zuge des volkswirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozesses sich selbst deckenden privaten und dem durch besondere Maßnahmen zu deckenden öffentlichen Bedarf“¹.

Die veränderte Bedarfsstruktur, die in einer entsprechend

¹ A. Amonn, Probleme der Kriegswirtschaft, Grundsätzliche Betrachtungen zur Wirtschaftspolitik im Kriege, Zürich 1942, S. 19.

veränderten Nachfrage zum Ausdruck kommt, ruft weitreichende Umschichtungen in der Struktur der Erzeugung hervor und führt eine Neuverteilung der Produktionsfaktoren zwischen Staat und Privatwirtschaft herbei, indem der „produktiven Sphäre“ der Wirtschaft zwangsweise oder auf dem Wege einer durch die veränderte Nachfrage hervorgerufene Verschiebung in den Preisen Produktivkräfte entzogen werden.

Der zentrale Tatbestand der Kriegswirtschaft ist also in der Vergrößerung der Produktion für den öffentlichen Bedarf (Rüstungsproduktion) zu erblicken. „Diese Vergrößerung vollzieht sich zum Teil auf Kosten der Investition, zum Teil auf Kosten der Erzeugung von Gütern des individuellen Bedarfes“², mit anderen Worten: „Die Produktion für den privaten Bedarf ist auf das unumgängliche Mindestmaß einzudämmen; zugelassen werden nur die lebensnotwendigen Verbrauchsgüter, die Luxusgüterproduktion ist ganz, die Gebrauchsgüterproduktion zum größeren Teil einzustellen; die Kapitalgüterproduktion ist nur soweit zuzulassen, als sie zur Kriegsmaterialproduktion und zur Produktion von unerläßlichen Gebrauchsgütern nötig ist“³. Je nach der Größe des Wehrbedarfes wird die Einschränkung der Produktion für den privaten Bedarf mehr oder minder einschneidend sein.

Damit ist bereits eine Quelle der „Alimentierung“ des kriegswirtschaftlichen Bedarfes genannt worden: die laufende Produktion, d. h. das laufende reale Volkseinkommen. Indem der Staat der Wirtschaft Sachgüter und vor allem Arbeitskräfte entzieht, beschafft er sich die Mittel zur Deckung des Wehrbedarfes. Aber auch jene privaten Betriebe, die ihre Erzeugung auf den Staatsbedarf umstellen, sind nun zur staatlichen Sphäre zu zählen.

Soll eine allzu scharfe „Komprimierung“ der Zivilgüterproduktion verhindert werden, so muß eine Steigerung der gesamten volkswirtschaftlichen Erzeugung angestrebt werden. Um dies zu erreichen, besteht zunächst die Möglichkeit, die

² W. A. Jöhr, Die Nachkriegsdeflation. Konjunkturtendenzen der Nachkriegszeit und die Aufgaben der schweizerischen Beschäftigungs- und Währungspolitik, St. Gallen 1945, S. 58.

³ E. Kull, Kriegsfinanzierung. Das Problem und seine Lösung in der Schweiz, in Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 77. Jg., 1941, Heft 4, S. 466.

vorhandenen Produktivkräfte vermehrt zu beanspruchen, sei es durch Maßnahmen intensiver oder extensiver Natur (Beschleunigung des Arbeitstempos, Rationalisierungsmaßnahmen — Verlängerung der Arbeitszeit). Naheliegend ist aber auch die „Mobilisierung“ bisher unbeschäftigter Produktionsfaktoren und ihre Eingliederung in den Produktionsprozeß (Arbeitslose, Frauen, Jugendliche; Inbetriebsetzung stilliegender Produktionsanlagen; intensivere Bodennutzung etc.). Ferner können jene Kräfte, die infolge der veränderten Bedarfsstruktur und der dadurch bedingten Produktionseinschränkungen in konjunkturrell benachteiligten Betrieben freigesetzt worden sind (wie z. B. im Automobil- und Gastgewerbe, in der Luxusgüterindustrie und im Zusammenhang mit der Stockung des zwischenstaatlichen Verkehrs auch in der Fremden- und gewissen Exportindustrien), in die staatliche bzw. einen anderen Zweig der produktiven Sphäre umgeleitet werden. Ebenso können die infolge der eingeschränkten oder gar eingestellten Ersatz- und Zusatzkapitalgüterproduktion „eingesparten“ Produktionsfaktoren dem Kriegsbedarf dienstbar gemacht werden.

In allen diesen Fällen ist jedoch die unvollkommene Mobilität der Produktionsfaktoren in Rechnung zu stellen, die einer reibungslosen Ueberführung an einen anderen Arbeitsplatz und in eine andere Verwendung, bzw. einer Neueinordnung in die Produktion entgegensteht und den Umstellungsprozeß erschwert.

Es ist nun Aufgabe der Kriegswirtschaftspolitik, diese verfügbaren Produktivkräfte so einzusetzen, daß die Befriedigung des außerordentlichen staatlichen Bedarfes und damit die Sicherheit des Landes nach außen nicht beeinträchtigt wird und zugleich mit den übrigen Mitteln eine größtmögliche Erzeugung für den individuellen Bedarf aufrechterhalten werden kann.

Dank dieser Reserven an Produktivkräften, die jeder Volkswirtschaft ein gewisses Maß von „Elastizität“ verleihen, muß die Produktion für den privaten Bedarf nicht notgedrungen proportional, d. h. nicht im Umfange des Entzuges von Produktionsmitteln aus der produktiven Sphäre, absinken. „Während des Krieges findet nämlich nicht bloß eine Verschiebung in der Verfügung über das Sozialprodukt statt, vielmehr werden die Mittel der Kriegführung gleichzeitig — bis zu dem

kritischen Zeitpunkt der Reservenerschöpfung — aus einer Steigerung des Sozialproduktes gewonnen, einer Steigerung, die in denjenigen Ländern am größten sein wird, die nicht bereits im Frieden eine massive Aufrüstung und eine Politik der ‚Vollbeschäftigung‘ betrieben haben . . .“⁴.

Eine Steigerung des Sozialproduktes wird also dann eintreten, wenn dank der vorhandenen Hilfsquellen, der längeren Arbeitszeit, den Rationalisierungsmaßnahmen usw. der durch die Mobilisierung der Armee entstandene Produktionsausfall überkompensiert wird. Namentlich in der Rüstungsindustrie bieten sich weitgehende Möglichkeiten der Typisierung und Massenproduktion, während dagegen die zivilen Bedürfnisse eine Vielzahl an Gütern und Dienstleistungen umfassen, die sich nicht zur Standardisierung eignen (immerhin kann im Notfalle eine gewisse Vereinheitlichung vorgenommen werden).

Der Krieg kann daher, wenn man die „Aktivierung“ der bisher unausgeschöpften Produktivreserven in Betracht zieht, „in einem streng technischen Sinne“ mit einem gewaltigen Konjunkturaufschwung verglichen werden, wodurch sogar anfänglich eine bessere Versorgung der Bevölkerung ermöglicht werden kann⁵. Es ist aber zu bedenken, daß dieser Konjunkturaufschwung wesentlich andere Merkmale aufweist als in Friedenszeiten, denn „da die Unternehmer eine Drosselung des privaten Verbrauches erwarten, werden wohl kaum Investitionen vorgenommen, die den Produktionsapparat im Sektor der Erzeugung von Gütern des individuellen Bedarfes erweitern; die Investition wird sich in der Hauptsache auf jene Gebiete konzentrieren, die der Rüstungsproduktion dienen . . .“⁶.

Wenn unter den geschilderten Umständen eine Steigerung des gesamten Realeinkommens (Konsumgüter, Kapitalgüter, Rüstungsgüter) tatsächlich erreicht wird, so erfährt also — abgesehen vielleicht von einer zeitlich eng begrenzten Anfangsperiode — die reale Verbrauchsquote, d. h. das verfügbare Real-

⁴ W. Röpke, Die wirtschaftlichen Aussichten nach dem Kriege. Vortrag in der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Basel am 19. 1. 1942, in Zeitschr. für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 78. Jg., 1942, Heft 1, S. 34. Unser Land z. B. zählte bei Kriegsausbruch ca. 23 000 gänzlich Arbeitslose.

⁵ Röpke, a. a. O., S. 34 u. 35.

⁶ Jöhr, a. a. O., S. 64.

einkommen (available income) trotzdem eine Verminderung, da sich die Aufrechterhaltung der Friedensproduktion mit der gleichzeitigen Sicherstellung des Rüstungsbedarfes nicht vereinbaren läßt. „Die Erfahrung zeigt, daß keine Volkswirtschaft dieser doppelten Belastung auf die Dauer gewachsen ist. Auch wenn keine Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung dazukämen, so dürfte es keinem Volke gelingen, eine Armee unter den Waffen zu halten, deren Ausrüstung dauernd zu verbessern und gleichzeitig den Friedensstandard der zivilen Lebenshaltung intakt zu erhalten. Stets tritt der Moment ein, wo entweder die Rüstungsaufwendungen oder die zivile Lebenshaltung eingeschränkt werden müssen“⁷. Es liegt auf der Hand, daß zuerst der private Verbrauch herabgesetzt wird.

Damit aber die Komprimierung der realen Verbrauchsquote in einem erträglichen Rahmen gehalten werden kann, muß auf eine zweite Quelle der Deckung des Kriegsbedarfes zurückgegriffen werden: das Volksvermögen. Auf diese Weise ist es möglich, die Verbrauchssenkung in der Gegenwart zu mildern, doch wird dieser Vorteil mit einer Schmälerung des Volksvermögens erkaufte, die sich zum Teil erst in der Zukunft in vollem Umfange auswirkt.

Die Inanspruchnahme des volkswirtschaftlichen Vermögens findet in der Kriegswirtschaft häufig in der Form statt, daß man den Unterhalt und die Erneuerung des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks, d. h. der Produktions- und Verkehrsanlagen, Liegenschaften, Lager, des Wald- und Viehbestandes, Bodens usw. entweder auf ein Mindestmaß beschränkt oder überhaupt unterläßt und die Produktionsfaktoren, welche diesen Erneuerungsbedarf normalerweise decken, in die staatliche Sphäre umlenkt. Diese Nichterneuerung führt zum Verschleiß des Kapitalstocks und wirkt sich schließlich in einer Verringerung des Sozialproduktes aus. „Der Verschleiß des Produktionsapparates

⁷ A. Boßhardt, Steuern oder Inflation! Betrachtungen über die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer wirksamen Bekämpfung der Geldentwertung in der Schweiz, St. Gallen 1942, S. 20/21. — Eine Ausnahme in dieser Hinsicht machten einzig die U. S. A. Dank ihren enormen Hilfsquellen konnten sie bis zum Jahre 1942 nicht nur eine 50-%ige Steigerung des Brutto-Nationalproduktes, sondern sogar eine beträchtliche Erhöhung des privaten Verbrauches (16 %) gegenüber 1939 verzeichnen (vgl. 13. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 1. 4. 42—31. 3. 43, S. 12 u. 15).

muß als eine negative Investition, als eine ‚Desinvestition‘ gewertet werden, die von der Gesamtheit der anfallenden Güter — Rüstungsgüter, Konsumgüter, Investitionsgüter — abgezogen werden muß, falls man das Sozialprodukt ermitteln will“⁸. Hand in Hand damit geht die längere Nutzung von Kapital- und Gebrauchsgütern aller Art.

Naheliegend ist in Kriegszeiten ferner der Abbau der Vorräte an Konsum- und Kapitalgütern (Roh- und Hilfsstoffe, Halb- und Fertigfabrikate, Nahrungsmittel etc.), um die laufende Produktion zu erhöhen bzw. die Drosselung des privaten Verbrauchs zu mildern⁹. Auch in diesem Falle liegt eine „Desinvestition“ vor. Bei langer Kriegsdauer verliert diese Quelle aber an Bedeutung.

Zum Volksvermögen sind außerdem die Währungsreserven der Notenbank hinzuzurechnen (Gold, Golddevisen). Sie sind in Kriegszeiten von großer Wichtigkeit für die Landesversorgung (vor allem, solange die Transportwege noch offen stehen), indem damit lebenswichtige Importe an landwirtschaftlichen und industriellen Rohstoffen beschafft werden können, ohne daß der Kredit des Auslandes in Anspruch genommen werden muß.

Aber nicht nur das Volksvermögen im Inland, sondern auch die Guthaben, die im zwischenstaatlichen Handels-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr erworben worden sind, und die Kapitalanlagen im Ausland können zur Deckung des Kriegsbedarfes herangezogen werden. Diese „Realisierung“ von Vermögenswerten im Ausland, welche u. a. auf dem Wege der Liquidierung von Devisenbeständen oder ausländischen Werttiteln erfolgt, ermöglicht gesteigerte Warenbezüge aus dem Ausland¹⁰.

⁸ Jöhr, a. a. O., S. 71. — Röpke bezeichnet diesen Vermögensverzehr als Verzicht auf die reale, volkswirtschaftliche Abschreibung. Er bemerkt dazu: «Dieser reale Kapitalverzehr... fällt außerordentlich stark ins Gewicht, gerade weil er praktisch die einzige Möglichkeit einer gewissen Verschiebung der Kriegslast in die Zukunft bietet, ... die ... dann unvermeidlich wird, wenn der Güterbedarf des totalen Krieges die Kapazität des Volkseinkommens überschreitet und durch eine bloße Komprimierung des nichtmilitärischen Konsums nicht mehr befriedigt werden kann». Neben den direkten Zerstörungen durch Kriegshandlungen sei er als die «Hauptquelle der Verarmung» zu betrachten (Röpke, a. a. O. S. 33).

⁹ In der Schweiz z. B. hat ein solcher Vorratsabbau in großem Umfange stattgefunden, woraus sich die namentlich anfänglich reichliche Versorgung erklärt.

¹⁰ Nach Röpke handelt es sich dabei um einen «volkswirtschaftlichen Kapitalverkehr», der eine Milderung des «laufenden Konsumverzichts» er-

Ein letzter Weg, die erforderlichen Güter zu erlangen, wenn die eigenen Mittel nicht mehr ausreichen, besteht in der Inanspruchnahme ausländischer Hilfe durch Aufnahme von Anleihen im Ausland bzw. Krediten in Form von Waren. Diese Möglichkeit darf jedoch nicht überschätzt werden, ganz abgesehen davon, daß dadurch die Volkswirtschaft als Ganzes belastet wird¹¹.

Die Erfordernisse der Wehrwirtschaft sind jedoch nicht der einzige Grund, welcher eine Schrumpfung des verfügbaren Real Einkommens herbeiführt. Ein weiterer Faktor, der in dieser Richtung wirkt, ist das Absinken des Außenhandels als Folge der Umstellung der Kriegführenden auf Kriegsbedarf und der Unterbrechung der Verkehrswege. Die Einfuhr wichtiger landwirtschaftlicher und industrieller Roh- und Hilfsstoffe reduziert sich deshalb auf einen bescheidenen Umfang oder bleibt überhaupt aus, während umgekehrt zahlreiche Absatzgebiete ausfallen. Die Einschränkung des Güteraustausches wird überdies verschärft durch zahlreiche Ein- und Ausfuhrrestriktionen, Devisenvorschriften und den Mangel an Transportmitteln.

Gleichzeitig mit der Einschnürung des zwischenstaatlichen Verkehrs steigen die Preise der meisten Importgüter, die noch erhältlich sind — einerseits durch die erhöhte internationale Nachfrage, anderseits infolge der verteuerten Zufuhrkosten

laubt, jedoch zu einer Verminderung des Volksvermögens führt (Röpke, a. a. O., S. 33).

Welche Ausmaße diese Liquidierung von Auslandsanlagen annehmen kann, ist im Falle Englands ersichtlich, wo sich bis Ende 1943 der Vermögensabbau auf 3 Milliarden Pfund belief (vgl. 14. Jahresbericht der B. I. Z., 1. 4. 43—31. 3. 44, S. 11).

Auch die Schweiz hat ausländische Vermögenswerte abgestoßen, doch handelt es sich dabei lediglich um eine Repatriierung von Auslandsgeldern. Die Nutzungsmöglichkeiten des schweizerischen Volksvermögens haben sich übrigens infolge Blockierung von Auslandsguthaben, Verrechnungsabkommen und Transportschwierigkeiten als gering erwiesen (vgl. Kull, a. a. O., S. 469 und Ed. Kellenberger, Kriegsfinanzierung und Inflationsverhütung. Vortrag im Industrieverein und in der St. Gallischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, gehalten am 3. 3. 1941, in Zeitschr. f. Schw. Stat. u. V. W., 77. Jg., 1941, Heft 1, S. 24/25).

¹¹ Entweder ist das Ausland nicht bereit, Kredite einzuräumen, da es seine Güter selbst dringend benötigt, oder diese Hilfe wird illusorisch, wenn — wie Kull bemerkt — der «Gegenwert der gezeichneten Anleihebeträge», d. h. die Waren infolge Transportschwierigkeiten gar nicht ins Inland befördert werden können (Kull, a. a. O., S. 469). Die Schweiz konnte indessen während dieses Krieges — im Gegensatz zum ersten Weltkrieg — auf Kredithilfe des Auslandes verzichten.

(Fracht- und Versicherungsspesen) und der inflatorischen Entwicklung in den betreffenden Lieferländern¹². Das Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhrpreisen bildet aber gewissermaßen den Maßstab für den Nutzen, den eine Volkswirtschaft aus ihrem Außenhandel erzielt. Steigen daher die Preise der Exportgüter nicht dementsprechend (wie dies in der Schweiz der Fall gewesen ist), so resultiert daraus eine Verschlechterung des realen Austauschverhältnisses, d. h. es müssen zur Beschaffung einer bestimmten Einfuhrgütermenge verhältnismäßig mehr eigene Produkte ausgeführt werden, oder mit andern Worten: die Produktivität des Außenhandels nimmt ab.

Die Abschnürung vom Weltmarkt ist ferner unmittelbare Ursache einer weiteren Verminderung der realen Verbrauchsquote. Zunächst wird dadurch der Ausnützungsgrad der Produktionsanlagen zahlreicher Exportindustrien und aller jener Produktionszweige, die auf ausländische Materialien angewiesen sind, beträchtlich verringert (in diesem Zusammenhang sind auch die der Fremdenindustrie dienenden Einrichtungen zu erwähnen). Das Inland wird zudem gezwungen, die früher vom Ausland bezogenen, unentbehrlichen Güter selbst herzustellen oder, wenn alle Voraussetzungen dazu fehlen, nach Ersatzprodukten zu suchen, d. h. das Ausbleiben der Zufuhren aus dem Ausland macht eine weitgehende Umstellung auf inländische Produktionsmittel notwendig, wie sie in der Schweiz am eindrucklichsten im landwirtschaftlichen Mehranbau zum Ausdruck gekommen ist.

Die Nachteile einer solchen Umstellung sind offensichtlich: „Um Hunger und Not in Gegenwart und Zukunft abzuwenden, müssen wir versuchen, auf schlechteren Böden und mit teurerer Arbeitskraft notdürftig das zu erzeugen, was jahrzehntelang in meist besserer Qualität, immer aber zu viel günstigeren Preisen aus dem Ausland bezogen worden war“¹³. Die Erzeugung von Gütern im Inland, die früher im Außenhandelsverkehr erworben wurden, ist also in den weitaus meisten Fällen mit einem höhern realen Kostenaufwand verbunden als der, welcher zur Beschaffung einer gleichen Menge desselben Gutes aus dem Ausland gegen Hingabe von Exportprodukten erforderlich gewesen

¹² Vergleiche Boßhardt, a. a. O., S. 13/14.

¹³ Boßhardt, a. a. O., S. 12.

wäre, oder mit andern Worten: zur Herstellung einer gleichen Menge eines Gutes müssen mehr Produktionsfaktoren aufgewendet werden bzw. mit dem gleichen Aufwand wird jetzt nur noch ein geringerer Ertrag erzielt.

Das Gesagte gilt nicht nur für den landwirtschaftlichen Mehranbau, sondern ebenso für die Förderung eigener, bisher ungenutzter Bodenschätze, die Altstoffverwertung sowie für die Erzeugung von industriellen Ersatzstoffen. Infolge Verknappung der einzelnen Produktionsmittel müssen solche, die im Inland reichlicher vorhanden sind bzw. in genügenden Mengen hergestellt werden können, herangezogen werden, so daß die Produktionsmittelkombination, die sich bisher als die ökonomisch vorteilhafteste erwiesen hat, eine nachteilige Veränderung erfährt.

In allen diesen Fällen ist ein Mehraufwand an Arbeit und Kapital notwendig, der unter normalen Bedingungen nutzbringender zur Produktion von Ausfuhr- und damit zur Beschaffung von Einfuhrgütern hätte dienen können. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die zusätzlich aufgewendeten Produktionsfaktoren vielfach von geringerer Qualität sind, woraus Qualitätsverschlechterungen resultieren. Die Umstellung auf eigene Produktionsmittel verursacht somit im Durchschnitt steigende reale Kosten und führt zu einer Senkung der Produktivität; sie bedeutet also, „daß die wohlfstandsfördernde Wirkung der internationalen Arbeitsteilung für die Dauer des Krieges teilweise rückgängig gemacht wird, indem die Produktion für den Eigenbedarf des Landes in größerem Umfange auf landeseigene Produktionsfaktoren umgestellt werden muß; die Auswirkungen dieser Umstellung sind je nach dem Aspekt, unter dem man sie betrachtet, steigende Kosten oder sinkende Produktivität und damit sinkendes Sozialprodukt“¹⁴.

Wir gelangen daher zum Schlusse, daß die Anforderungen der Wehrwirtschaft, die Beschränkung des Außenhandels und das damit eng zusammenhängende Absinken der Produktivität eine Verminderung des verfügbaren Realeinkommens herbeiführen. Wie groß dieser Ausfall im produktiven Sektor der Wirtschaft sein wird, hängt ab vom Grade der Beanspruchung der

¹⁴ Jöhr, a. a. O., S. 118.

volkswirtschaftlichen Produktionskapazität für den militärischen Bedarf, von der Intensität, mit der ein Land mit der Weltwirtschaft verflochten ist, und von der Größe seiner Produktionsreserven. Fallen die beiden ersten Faktoren nicht zu stark ins Gewicht und stehen beträchtliche Hilfsquellen zur Verfügung, so kann, wie bereits erwähnt wurde, das gesamte Sozialprodukt eine Steigerung erfahren, doch wird sich auch in diesem günstigsten Falle der gewohnte Lebensstandard auf die Dauer schwerlich aufrechterhalten lassen¹⁵.

Die Verringerung des verfügbaren Realeinkommens manifestiert sich in einem allgemeinen Steigen der Güterpreise, d. h. der Reallohn der einzelnen Wirtschaftssubjekte nimmt im Durchschnitt ab. In diesem Falle liegt eine sogenannte „warenseitig oder realwirtschaftlich bedingte Teuerung“ vor. Man kann sie auffassen als „Ausdruck aller durch den Krieg verursachten Wirtschaftsstörungen und -zerstörungen“, welche die Produktivität der Wirtschaft beeinträchtigen „und damit auch das Realeinkommen in seiner Gesamtheit vermindern“¹⁶.

¹⁵ Im Falle der Schweiz fielen weniger die Bedürfnisse der Wehrwirtschaft, als vielmehr die Unterbindung der Zufuhren und die dadurch bedingte Senkung der Produktivität ins Gewicht. Der Rückgang des privaten Verbrauches läßt sich deutlich aus der Entwicklung der Kleinhandelsumsätze ablesen. So betrugen die geschätzten Umsatzmengen, wenn das erste Halbjahr 1938 = 100 gesetzt wird, im ersten Halbjahr 1939 = 105, im ersten Halbjahr 1940 noch 103 und in der entsprechenden Zeitspanne 1941 nur noch 94 (vgl. «Die Volkswirtschaft», 14. Jg., 1941, Heft 7, S. 171). Aufschlußreich ist auch die Mengenbewegung bei den Nahrungs- und Bekleidungsartikeln; sie zeigt folgendes Bild (1938 = 100):

	Nahrungs- und Genußmittel	Bekleidungsartikel und Textilwaren
Sept.—Dez. 1939	94	128
1940	98	104
1941	87	85
1942	79	72
1943	79	65
1944	82	69
Jan.—April 1945	85	77

(Vgl. «Die Volkswirtschaft», 18. Jg., 1945, Heft 6, S. 242).

¹⁶ Boßhardt, a. a. O., S. 16.

II. Die mangelnde Anpassung des Geldkreislaufes an den veränderten Güterkreislauf

Nachdem das Problem der Bereitstellung der für den Wehrbedarf notwendigen Produktivkräfte und die anderen Faktoren, die das verfügbare Realeinkommen vermindern, behandelt worden sind, soll in Kürze untersucht werden, welche Veränderungen im Geldkreislauf der Wirtschaft eintreten bzw. eintreten können. Diese Veränderungen im Geldkreislauf vollziehen sich zum Teil spontan, zum Teil sind sie das Resultat einer bestimmten Politik (vgl. VIII. Kapitel).

Kreislauftheoretisch betrachtet sollte der nominale Einkommensstrom entsprechend der Abnahme des verfügbaren Sozialproduktes eine Verengung erfahren, damit zwischen der nominalen und realen Verbrauchsquote keine Gleichgewichtsstörungen auftreten. Eine solche Anpassung wird jedoch nicht automatisch erfolgen, denn die Einkommensbezüger nehmen nicht proportional dem gesunkenen verfügbaren Realeinkommen ab, sondern ihre Zahl wird sich im Gegenteil infolge der Einschaltung zusätzlicher Produktionsfaktoren in den Produktionsprozeß erhöhen. Von den Einkommensempfängern insgesamt ist aber nur ein Teil mit der Herstellung konsumierbarer Güter beschäftigt, während alle ihre Nachfrage auf die reale Verbrauchsquote richten. Daneben existiert eine Reihe weiterer Faktoren, die in der Richtung einer Ausweitung des Kreislaufvolumens wirken.

Aber selbst wenn wir annehmen, daß der Einkommenskreislauf keine Veränderungen erfährt — indem sich z. B. die Verdienstauffälle infolge Einberufung zum Militärdienst und die Einkommen der zusätzlich beschäftigten Arbeitskräfte ausgleichen —, wird ein Ungleichgewicht zwischen realer und nominaler Verbrauchsquote entstehen, da die reale Verbrauchsquote absolut gesunken bzw. die nominale Verbrauchsquote relativ gestiegen ist.

Die Annahme eines geschlossenen Einkommenskreislaufes ist jedoch, namentlich unter den Voraussetzungen der Kriegswirtschaft, wirklichkeitsfremd, denn es bestehen zahlreiche

Geldquellen, die ihn verbreitern können (wie umgekehrt Abflüsse aus dem Kreislauf stattfinden).

Eine der Hauptursachen, die eine Verbreiterung des Einkommenskreislaufes bewirkt, ist der stark ansteigende Finanzbedarf des Staates. Um die zusätzlich in die staatliche Sphäre umgeleiteten Produktionsfaktoren entlohnen zu können, benötigt der Staat beträchtliche Geldmittel. Dementsprechend muß er einen größeren Teil des nominalen Volkseinkommens als bisher an sich ziehen. Diese Summen können aber nicht sogleich auf „kreislaufgerechte“ Art, d. h. durch Abzweigung eines entsprechend erhöhten Teiles der laufenden Einkommen und der Ersparnisse der Wirtschaftssubjekte mittels Steuern und Anleihen aufgebracht werden. Es ist unmöglich, die Steuern in kürzester Zeit in dem Maße zu erhöhen, wie es gemessen an den gestiegenen Staatsausgaben notwendig wäre, denn dazu bedarf es „langdauernder gesetzgeberischer, organisatorischer und psychologischer Vorarbeiten“. Ferner können auf dem Kapitalmarkt nicht genügend Anleihen untergebracht werden, um die fehlenden Beträge zu beschaffen, „denn weder wird die Wirtschaft, die auch in Kriegszeiten zu Investitionen gezwungen ist, ihren Kreditbedarf im erforderlichen Maße abbauen können, noch sind Sparer und Banken geneigt, einen so hohen Betrag ausschließlich in staatlichen Anleihen anzulegen“¹. Unter diesen Umständen sieht sich der Staat genötigt, zur Geldschöpfung bei Notenbank und Kreditbanken zu schreiten.

Die Ausgaben, die der Staat mit diesen zusätzlichen Mitteln bestreitet, werden unmittelbar oder mittelbar wieder zu Einkommen, wodurch der Einkommenskreislauf eine Ausweitung erfährt. Diese inflatorische Konstellation wird so lange andauern, bis die Steuereinnahmen das „kreislaufgerechte“ Maß erreicht haben und der Staat auf die Geldschöpfung verzichten kann.

Da die nominale Verbrauchsquote nicht sofort auf das „kreislaufgerechte“ Maß reduziert werden kann, tritt eine Erhöhung der Konsumgüterpreise ein, die den „realkosten bedingten“ Umfang überschreiten kann. Diese Steigerung der Konsumgüterpreise hat Rückwirkungen auf die Preise der Rü-

¹ W. A. Jöhr, Inflation und Rationierung. Fundamente zur Kriegswirtschaftspolitik, St. Gallen 1942, S. 65/66.

stungsgüter zur Folge. Die staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern ist äußerst dringend und wird, wenn eine zwangsweise Einschränkung der Produktion für den privaten Bedarf nicht erfolgt, den Staat veranlassen, höhere Preise zu zahlen, um die erforderlichen Produktivkräfte der Rüstungsproduktion zuzuführen. „Jede Steigerung der Konsumgüterpreise zwingt also den Staat, die Nachfragepreise für Rüstungsgüter noch mehr zu erhöhen“². Darin ist ein zweiter inflatorischer Faktor zu erblicken.

Weiter ist zu beachten, daß auch im Falle eines kriegsbedingten Konjunkturaufschwunges ein inflatorisches Moment ausgelöst wird. Die Produktionsfaktoren, welche dadurch zusätzlich in die Erzeugung eingeschaltet und mit zusätzlichem Geld bezahlt werden, können zwar einen Produktionsanstieg veranlassen, doch stehen ihm Schwierigkeiten technischer, organisatorischer und psychischer Natur entgegen, so daß sich der Einkommenskreislauf viel rascher ausweitert als das Sozialprodukt zunimmt³. Das Mißverhältnis wird noch größer, wenn wir berücksichtigen, daß den Einkommen nicht das gesamte, sondern nur das verfügbare Sozialprodukt gegenüberzustellen ist.

Ferner sei auch auf die Bedeutung der Kreislaufgeschwindigkeit des Geldes hingewiesen⁴. Eine Erhöhung der Kreislaufgeschwindigkeit wirkt wie eine Zunahme der umlaufenden Geldmenge. Die Voraussetzungen für eine solche Beschleunigung sind in der Kriegswirtschaft vorhanden. Werden die Einkommen infolge Angst- und Hamsterkäufen in einer relativ kurzen Zeitspanne ausgegeben, ohne daß die Häufigkeit der Einkommensauszahlungen und die üblichen Zahlungstermine in der Geschäftssphäre eine Veränderung erfahren, so werden die Wirkungen dieser vorübergehenden Beschleunigung der Geldzirkulation allerdings bald ausgeglichen. Anders verhält es sich dagegen, wenn die Wirtschaftssubjekte ihre durchschnittliche Kassenhaltung verkleinern und sich dadurch Preissteigerungen und erhöhte Unternehmergewinne ergeben, wobei kein kompensierender Nachfrageausfall eintritt, so daß das Kreis-

² Jöhr, Die Nachkriegsdeflation, S. 59.

³ Jöhr, a. a. O., S. 64.

⁴ Jöhr, Inflation und Rationierung, S. 33 ff.

laufvolumen zunimmt. Die Rolle der Kreislaufgeschwindigkeit wird noch deutlicher, wenn das Vertrauen in die Wertbeständigkeit des Geldes schwindet und jedermann darauf bedacht ist, Sachwerte anzuschaffen. Die Kreislaufgeschwindigkeit wird dadurch rapid beschleunigt, und es kann eine Auszahlung der Einkommen in kürzeren Intervallen notwendig werden; ebenso wird der Kredit weitgehend durch Barzahlung verdrängt.

Wir haben oben festgestellt, daß die Kriegswirtschaft zu Produktionseinschränkungen in der produktiven Sphäre der Wirtschaft führt. Im Umfange dieser Produktionseinschränkungen werden bei den Unternehmern Betriebskapitalien freigesetzt (dasselbe ist der Fall, wenn die Lager nicht mehr aufgefüllt oder Produktionsanlagen nicht mehr erneuert werden, doch braucht eine sofortige Produktionseinschränkung nicht zu erfolgen). Gelangen nun diese liquiden Mittel in den Kreislauf — etwa indem sie dem Staat zur Kriegsfinanzierung zur Verfügung gestellt werden —, so wird die Geldflüssigkeit verstärkt, während das (verfügbare) Sozialprodukt abnimmt.

Ein anderer inflatorischer Vorgang tritt ein, wenn Zahlungsmittel enthortet werden. Hat vorher eine Hortung in entsprechendem Umfange stattgefunden (bei Ausbruch eines Krieges besteht erfahrungsgemäß immer eine Tendenz zum Horten), so wird nur ein deflatorischer Effekt wieder aufgehoben. Sind indessen in der Zwischenzeit zusätzliche Mittel in den Kreislauf geflossen, so ergibt sich eine Vermehrung des Geldvolumens.

In Betracht zu ziehen sind schließlich auch die Einkommenserhöhungen, die z. B. aus sozialpolitischen Gründen vorgenommen werden und denen keine Leistungssteigerung gegenübersteht sowie die Möglichkeit, daß Sparguthaben abgehoben werden und zu Warenkäufen Verwendung finden⁵.

Neben diesen binnenwirtschaftlichen Inflationskomponenten gibt es aber noch außenwirtschaftliche Faktoren, welche nicht minder ins Gewicht fallen⁶. Der eine Faktor ist in der Beschränkung des Außenhandels zu suchen. Die inflatorische

⁵ Vgl. Kellenberger, Kriegsfinanzierung und Inflationsverhütung, S. 36 ff.

⁶ Vgl. zum Folgenden: Jöhr, Die Nachkriegsdeflation, S. 118 ff.

Wirkung besteht darin, daß die durch die stockende Einfuhr bedingte Umstellung auf inländische Produktivkräfte zu einer Senkung der Produktivität führt, während sich umgekehrt die Zahl der Einkommensempfänger erhöht und bestimmte Arbeitskategorien ein größeres Einkommen als vorher beziehen.

Eine andere Quelle der Geldvermehrung ist die Ueberhöhung des ausländischen Preisniveaus, die durch die allgemein gestiegene Nachfrage, höhere Transport- und Versicherungsspesen, Preissteigerungen im Lieferland, währungspolitische Maßnahmen etc. verursacht wird. Ist das Inland auf ausländische Zufuhren angewiesen, so wird dadurch das inländische Preisniveau ebenfalls in die Höhe getrieben. So hat z. B. während des zweiten Weltkrieges eine Angleichung des schweizerischen an das höhere deutsche Preisniveau stattgefunden. Da Deutschland eine Abwertung nicht vorgenommen hatte, war sein Preisniveau gegenüber den anderen Ländern überhöht geblieben und mußte es seiner Industrie Exportprämien gewähren, um konkurrenzfähig zu bleiben. Nach Kriegsausbruch fielen diese Prämien infolge seiner gestärkten militärischen und wirtschaftlichen Position weg, so daß eine Angleichung des inländischen Preisniveaus unumgänglich wurde. Ein solcher Anpassungsprozeß schließt eine inflatorische Komponente in sich: er löst eine allgemeine Preissteigerung aus, die nur zum Teil kostenbedingt ist, denn durch die Interdependenz der Warenpreise werden auch inländische Güter im Preise hinaufgetrieben. Dementsprechend steigen auch die Einkommen, zunächst der Unternehmer, doch werden schließlich auch die übrigen Einkommen erhöht werden müssen, damit das Gleichgewicht in der Einkommensverteilung nicht gestört wird.

Die gleiche Wirkung kann übrigens auch von den gestiegenen Exportpreisen ausgehen, indem sie den Exportindustrien erhöhte Gewinne bringen und später zu Lohnsteigerungen führen. In beiden Fällen tritt eine Verbreiterung des Einkommensstromes ein.

Nun ist aber ferner zu beachten, daß die gestiegenen Preise der Einfuhrgüter die Ausfuhr fördern und die Einfuhr hemmen. Dadurch entsteht ein Ueberschuß an eigenen Leistungen. Dieser Leistungsüberschuß wirkt sich doppelt inflatorisch aus, denn einerseits vermindert sich die im Inland verfügbare Gütermenge,

andererseits ergibt sich ein Geldzufluß aus dem Ausland und damit eine Erweiterung des Geldkreislaufes⁷.

Diese inflatorische Wirkung wird verstärkt, wenn nicht nur die Exportspitzen, sondern nahezu die gesamten Exporterlöse in Landeswährung umgewandelt werden, weil infolge Rückganges der Importmöglichkeiten (oder Blockierung der Guthaben aus dem Export) für die anfallenden Devisen keine Verwendung besteht. Praktisch läuft dies auf eine „Finanzierung des Exportes durch die Banknote“ hinaus⁸.

Denselben Effekt wie ein Leistungsüberschuß zeitigt eine Kreditgewährung an das Ausland: einerseits werden dem Inland Waren entzogen, andererseits wird die Kaufkraft des Kreditnehmers erhöht. Im Verrechnungsverkehr ergibt sich daraus eine Bevorschussung der Clearingguthaben zugunsten der Exporteure, denn die Exporteure müssen, aus Gründen der Aufrechterhaltung der Beschäftigung, bezahlt werden, auch wenn die Gegenlieferungen des Auslandes von Staates wegen gestundet sind. Auf diese Weise wird neue Kaufkraft geschaffen, der ein vermindertes Angebot gegenübersteht. Erfolgt die Bevorschussung aus zusätzlichem Gelde, so wird die inflatorische Wirkung dieser Kreditgewährung noch bedeutend verschärft.

Eine dritte außenwirtschaftlich bedingte Inflationskomponente ist schließlich im Zu- und Rückstrom von Auslandsgeldern zu erblicken. Die Ursachen eines solchen Zustromes können im Abbau der zwischenstaatlichen Beziehungen liegen, oder aber es werden Auslandsanlagen aus Gründen der Sicherheit und der Vermeidung von Verlusten heimgeschafft; zum Teil handelt es sich um bloße Fluchtkapitalien.

Entsprechend der Bestimmung dieser Auslandsgelder, später wieder im Ausland eingesetzt zu werden, ist ihre Anlage in liquider Form naheliegend, so daß sie sehr leicht in den Binnenkreislauf eintreten und das Geldvolumen vergrößern können — so z. B. wenn sie zur kurzfristigen Kriegsfinanzierung verwendet werden. Auch in diesem Falle erfolgt somit eine Verbreite-

⁷ Jöhr verwendet in diesem Zusammenhang den Ausdruck der «inversen Koppelung» zwischen Einkommenskreislauf und Sozialprodukt (S. 122).

⁸ Vgl. Referat des Präsidenten der Nationalbank zum Geschäftsbericht für das Jahr 1943, Monatsbericht der Schweiz. Nationalbank, 19. Jg., März 1944, S. 55.

rung des Geldkreislaufes, die mit der Entwicklung auf der Wareseite nicht in Uebereinstimmung steht.

Damit sind einige wichtige, zum Teil binnenwirtschaftlich, zum Teil außenwirtschaftlich bedingte Faktoren aufgezählt worden, die primär einen inflatorischen Charakter tragen. Einzelne davon sind in der schweizerischen Kriegswirtschaft wirksam gewesen, anderen hingegen ist nur eine untergeordnete Bedeutung zugekommen⁹.

Die Kriegswirtschaft ist aber ferner in ausgeprägtem Maße „Wirkungsfeld der sekundären Inflation“. Diese sekundäre Inflation hängt weitgehend von den Erwartungen über die künftige Preisentwicklung und Güterversorgung ab und nimmt die Ergebnisse der primären Inflation vorweg: „je größer die noch erwartete Kriegsdauer ist, desto größer ist die zu erwartende primäre Inflation, desto größer muß das Ergebnis ihrer Antizipation sein“¹⁰.

Die Antizipation künftiger Warenknappheit und Preissteigerungen führt zu einer Erhöhung der Nachfrage seitens der Produzenten und Konsumenten, wodurch ein verstärkter Preisauftrieb ausgelöst und das Kreislaufvolumen vergrößert wird. Dies kann geschehen entweder durch Reduktion der Kassenreserven, Enthorten oder Geldschöpfung über die Notenbank bzw. Handelsbanken.

Neben den kreislaufausweitenden Faktoren spielen sich selbstverständlich auch kompensierende, kreislaufverengernde Vorgänge ab, so z. B. im Falle von Produktionseinschränkungen,

⁹ So hat beispielsweise der Rückgriff auf die Notenbank — abgesehen von der Verteilung des Abwertungsgewinnes — nie nennenswerte Ausmaße angenommen und ist damit eine Hauptursache der Kriegsinflation weggefallen; hingegen haben die 1936 erfolgte Abwertung des Schweizerfrankens und der Zu- und Rückstrom von Auslandsgeldern zu einer starken Geldflüssigkeit beigetragen (so daß auf die Inanspruchnahme des Notenbankkredites verzichtet werden konnte) und löste das überhöhte deutsche Preisniveau einen beträchtlichen Preisauftrieb im Inland aus.

¹⁰ Jöhr, Inflation und Rationierung, S. 66. — Jöhr verwendet den Ausdruck der «primären Inflation» für eine Preissteigerung infolge einer vorangegangenen Geldvermehrung, während die «sekundäre Inflation» jenen Vorgang bezeichnet, wo nicht die Geldvermehrung das primäre Moment ist, sondern wo sie durch die Antizipation steigender Preise «induziert» wird (siehe a. a. O., S. 53 ff.). Jöhr operiert ferner mit zwei entsprechenden Begriffen: dem der «preisbestimmenden Kreislaufveränderung» und dem der «preisinduzierten Kreislaufveränderung» (vgl. Die Nachkriegsdeflation, S. 21 ff.).

Hortung, Erhöhung der durchschnittlichen Kassenhaltung, passiver Handelsbilanz, Kapitalabfluß, Schuldentilgung etc. In der Kriegswirtschaft besteht jedoch generell die Tendenz, daß die Zuflüsse die Abflüsse im Geldkreislauf überwiegen.

Zusammenfassend läßt sich somit feststellen, daß in der Kriegswirtschaft das Mißverhältnis zwischen Geld- und Güterseite durch die Verminderung des verfügbaren Sozialproduktes einerseits und die Vermehrung der Geldmenge (Nominaleinkommen) anderseits entsteht, da eine Angleichung an den veränderten Güterkreislauf nicht stattfindet. Dieses Ungleichgewicht führt zu einer Verschiebung in den Preisen, zu Preissteigerungen. Dementsprechend können wir warensseitig bzw. realwirtschaftlich bedingte (angebotsseitige) und geldseitig bedingte (nachfrageseitige) Preissteigerungen unterscheiden. Hinsichtlich der warensseitig bedingten Teuerung ist zu beachten, daß nicht nur die angebotene Gütermenge gesunken, sondern gleichzeitig der zu ihrer Herstellung notwendige reale Kostenaufwand gestiegen ist. Die auf erhöhten realen Kosten beruhenden Preissteigerungen sind als wirtschaftlich berechtigt, als „legitim“ zu betrachten; sie können auf die Dauer nicht verhindert werden.

Anders verhält es sich dagegen mit den geldseitig bedingten oder nominalen Preissteigerungen, die durch bloße (absolute oder relative) Vermehrung der aktiven Geldmenge, d. h. durch Aufblähung des Einkommenskreislaufes verursacht werden; sie tragen inflatorischen Charakter und sind wirtschaftlich nicht gerechtfertigt, sondern als „illegitim“ zu betrachten. Preissteigerungen „von der Geldseite her“ sollten deshalb grundsätzlich vermieden werden.

Auf die praktische Bedeutung dieser Unterscheidung werden wir noch zu sprechen kommen.

C. Theorie der Kriegswirtschaftspolitik

I. Der Bericht über die Maßnahmen zur Inflationsverhütung in der Schweiz.

Die oppositionelle Strömung gegen die „Inflationstheorie“

Im April 1940 erstatteten die Kommission für Konjunkturbeobachtung und die Preisbildungskommission dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement einen „Bericht über die Maßnahmen zur Inflationsverhütung in der Schweiz“¹. Diesem „Bericht“ sind eine Reihe erläuternder Gutachten beigegeben, wobei als bedeutendstes und ausführlichstes dasjenige von E. Böhler und H. Dütschler zu erwähnen ist². Der Einfluß ihrer „Grundsätze der schweizerischen Wirtschaftspolitik in Kriegszeiten“ auf die Thesen der Konjunkturbeobachtungs- und Preisbildungskommission ist unverkennbar.

Das Ziel des „Berichtes“ hat darin bestanden, auf wissenschaftlicher Basis einige allgemeine Richtlinien für die in Kriegszeiten einzuschlagende Wirtschafts- und Finanzpolitik aufzustellen, wobei, wie aus dem Titel ersichtlich ist, der Gesichtspunkt der Inflationsverhütung, d. h. die Verhinderung der Preissteigerungen durch Geldvermehrung in den Vordergrund gerückt worden ist.

Einleitend heißt es bei Böhler-Dütschler: „Der Uebergang von der Friedenswirtschaft zur Kriegswirtschaft stellt die schweizerische Volkswirtschaft vor eine Fülle neuer und weitschichtiger Probleme, die eine Revision der Grundsätze schweizerischer Wirtschaftspolitik unumgänglich machen. Dabei handelt es sich zur Hauptsache keineswegs um völlig neue

¹ Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 76. Jg., 1940, Heft 2, S. 121 ff. (im Folgenden einfachheitshalber bloß «Bericht» genannt).

² Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 133 ff.

Postulate, sondern nur um die konsequente Anwendung sanktionierter Grundsätze und um deren Anpassung an die besonderen Kriegsbedingungen“³, und weiter: „Da der militärische Bedarf mit dem zivilen in Konkurrenz tritt, muß befürchtet werden, daß auf dem Wege der Geldschöpfung ein Mißverhältnis zwischen Gesamtkaufkraft und Güterproduktion entsteht und dadurch das Preisniveau inflatorisch in die Höhe getrieben wird . . . Jede Inflation, d. h. jede Preissteigerung von der Geldseite her, ist im Keime zu verhindern“⁴.

Der Bericht hat, obwohl in verschiedener Hinsicht kritisiert, zweifellos nicht nur in Kreisen von Theoretikern Beachtung gefunden, sondern auch praktische Auswirkungen gezeitigt, indem er — wenigstens teilweise — die maßgebenden Instanzen in ihren Entscheidungen beeinflußt haben dürfte. Sein Verdienst liegt überdies darin, den Anstoß zu einer lebhaften Diskussion über bestimmte Fragen der schweizerischen Kriegswirtschaftspolitik gegeben zu haben, welche zur Klärung kriegswirtschaftlicher Probleme nicht unwesentlich beitrug. Wir werden daher in der Folge immer wieder auf ihn zurückkommen.

Das Gewicht, das im „Bericht“ der Inflationsverhütung beigemessen wird, erklärt sich aus dem unter den Verhältnissen der Kriegswirtschaft eintretenden Mißverhältnis zwischen Geld- und Güterseite, wie dies im Abschnitt B darzulegen versucht wurde. Es sind also quantitätstheoretische Ueberlegungen, die zu einer Warnung vor den Gefahren der Inflation Anlaß gegeben haben.

Im Zusammenhang mit dem „Bericht“ ist indessen gegen die Erklärung der Inflation mit Hilfe der Quantitätstheorie Opposition erhoben worden. So hat Z o l l i n g e r⁵ in einer fast zweihundert Seiten umfassenden Schrift den Versuch unternommen, die Quantitätstheorie und die daraus abgeleitete „In-

³ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 133.

⁴ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 134.

⁵ W. Zollinger, Die Inflationstheorie auf Irrwegen, Frauenfeld und Leipzig, 1942. — Vgl. auch vom selben Autoren «Geldtheorie und Teuerung. — Eine Schlußbetrachtung», in Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 78. Jg., 1942, Heft 6, S. 460 ff.

flationstheorie“ zu widerlegen, wobei er von Großmann⁶ unterstützt worden ist.

Die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich Ursachen und Wesen der Inflation beruhen nach Großmann zur Hauptsache auf „grundverschiedenen Methoden der Betrachtung des Wirtschaftslebens“. Zollinger's Bestreben gehe dahin, das „Verhalten der Menschen auf den Warenmärkten“ in den Vordergrund zu rücken, womit er sich in Gegensatz zu der Anschauung, „daß das Wirtschaftsleben ein Mechanismus sei“, stelle. Wir hätten demnach zu unterscheiden zwischen einer „ökonomisch-sozialen“ und einer „mechanisch-monetären“ Betrachtungsweise der Wirtschaftsvorgänge und dementsprechend zwischen einem „ökonomisch-sozialen“ und einem „mechanisch-monetären“ Inflationsbegriff⁷. „Die Uferlosigkeit und Verworrenheit der Diskussion über das Inflationsproblem kommen zum Teil ja gerade daher, daß zwei verschiedenartige Vorstellungen über das Wesen der Inflation nebeneinander herlaufen“⁸.

Es würde zu weit führen, sich mit der Abhandlung Zollinger's, in der eine Analyse des Kredites einen großen Raum einnimmt, eingehend zu befassen, und es soll daher versucht werden, das für uns Wesentliche kurz wiederzugeben.

Zunächst aber noch ein paar Worte zur Quantitätstheorie. Sie besagt, auf die einfachste Formel gebracht, daß das Preisniveau durch das Verhältnis zwischen Geld- und Warenmenge bestimmt ist. In Wirklichkeit darf man sich die Preisbildung allerdings nicht derart einfach vorstellen. Es kann sich also nicht darum handeln, Geld- und Warenmenge einander gegenüberzustellen und von jeder Veränderung auf der einen Seite eine entsprechende Veränderung auf der andern Seite zu erwarten, wie dies der Inhalt der sog. „naiven“ Quantitätstheorie ist. Das Verhältnis zwischen umlaufender Geldmenge und angebotener Warenmenge übt aber stets einen gewissen Einfluß auf die Preise aus. Die Preise können demnach steigen, wenn eine Vergrößerung der Geldmenge bei gleichbleibender bzw. nicht im selben

⁶ E. Großmann, Geldtheorie und Wirtschaftspolitik, Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 78. Jg., 1942, Heft 5, S. 419 ff.

⁷ Vgl. Großmann, a. a. O., S. 421—424.

⁸ Großmann, a. a. O., S. 424.

Ausmaße zunehmender Gütermenge stattfindet, aber auch, wenn sich bei gleicher Geldmenge das Warenangebot verringert oder stärker abnimmt als die Geldmenge.

Zollinger behauptet nun, daß es nur eine von der Warensseite ausgehende Teuerung gebe, die durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt sei. Die Nachfrage des Staates und der Kaufwille des Publikums müßten als die Ursachen betrachtet werden, welche zu Preissteigerungen führen können und, als sekundäre Erscheinung, eine Vermehrung der Zahlungsmittel zur Folge haben; der erhöhte Geldumlauf sei also lediglich eine „technische Begleiterscheinung“ der wertmäßig gestiegenen Umsätze, mit andern Worten: im Mittelpunkt des Wirtschaftsgeschehens steht das Wirtschaftssubjekt, welches über die preisbestimmenden Güterumsätze entscheidet. Eine zusätzliche Beeinflussung der Preise von der Geldseite her gebe es nicht, da im Falle einer Vermehrung der Zahlungsmittel über den Bedarf hinaus das überschüssige Geld zur Notenbank zurückfließe bzw. stillgelegt werde, weil niemand über mehr Geld verfügen wolle, als für Zahlungsverpflichtungen und Kassenhaltung notwendig ist. Ein warensseitiger Einfluß auf die Preise bestehe immer, „so daß man sich nur fragen kann, ob ein geldseitiger noch dazukommt“ (S. 118). Er weist u. a. auch auf die besondern Faktoren der Teuerung in Kriegszeiten hin: „Es sind dies vor allem die Angst vor einer Verknappung der Verbrauchsgüter und die Furcht vor weiteren Preissteigerungen, die die Leute veranlassen können, ihr Geldkapital liquid zu machen, um es zu verbrauchen oder um Vorräte anzulegen. Dies sind die Hauptmotive der Teuerung“ (S. 94).

Wenn die Geldvermehrung Ursache der Preissteigerungen wäre, so argumentiert Zollinger weiter, so müßten nicht nur die Güterpreise, sondern auch die Preise für Dienstleistungen wie Löhne, Gehälter, Honorare etc. in die Höhe gehen, d. h. ein Steigen aller Preise „genau um den Prozentsatz der Entwertung“ des Geldes (S. 116). Es sei aber auch falsch, aus einer bloßen Geldvermehrung — gleichgültig, welche Ursache ihr zu Grunde liege — eine Vermehrung der Kaufkraft, der Einkommen oder der Nachfrage ableiten zu wollen. Die Nachfrage werde nicht durch die Geldmenge bestimmt, wohl aber

sei ausschlaggebend, ob Einkommen und Vermögen sowie die Ausübung von Kaufkraft zunehmen.

Zollinger kommt daher zum Schluß, daß eine Vergrößerung des Zahlungsmittelvolumens stets nur Folge, niemals aber Ursache von Preissteigerungen sein könne, so daß es auch keine inflatorische Preisbeeinflussung gebe. „Die Inflation ist inexistent, nicht aber die Kauflust, die zu meistern Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist“ (S. 136). Ebensowenig mißt er der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes irgendeine Bedeutung zu. „Die Umlaufgeschwindigkeit ist denn nichts anderes als eine Statistik über die geleisteten Zahlungen und scheidet als preisbeeinflussendes Element aus“ (S. 66).

Zollinger's Kritik richtet sich aber nicht nur gegen die Quantitätstheorie, sondern er lehnt auch die Theorie der zusätzlichen Kredit- bzw. Geldschöpfung, die er auch „Kreationstheorie“ nennt, und einen allfälligen Einfluß der Geldschöpfung auf die Preise ab. „Eine zusätzliche Kreditschöpfung mit zusätzlich entstehender Kaufkraft ist nicht möglich“ (S. 109).

Unter zusätzlichem Kredit ist jener Kredit zu verstehen, der nicht auf Grund von Ersparnissen gewährt wird. Der Irrtum, auf dem diese Theorie nach Zollinger beruht, sei dadurch entstanden, daß man die Betrachtung der ganzen Kreditkette vom „Nurschuldner“ zum „Nurgläubiger“ vernachlässigt und statt dessen bloß die Beziehung zwischen Vermittler (Bank) und „Nurschuldner“ berücksichtigt habe. Nach Zollinger's Auffassung kann nur jemand Kredit gewähren, der über Güter oder Dienstleistungen verfügt. Die Kreditinstitute, die Notenbank inbegriffen, seien lediglich Zwischenglieder mit der Funktion eines Vermittlers, der nicht selbst Kredit schaffen kann. Zollinger geht dabei von der Voraussetzung aus, daß der Kreditgeber für die Dauer und im Umfange des gewährten Kredites auf die Ausübung von Kaufkraft verzichtet oder aber die Gläubigerrechte auf einen Dritten übergehen läßt. Der entlehnten Kaufkraft wird damit stillschweigend ein Kaufkraftausfall, den der „Nurgläubiger“ (Stillhalter) in Kauf nimmt, gegenübergestellt.

Von diesem Standpunkt aus lehnt er die Schaffung von zusätzlicher nominaler Kaufkraft, die sog. „Kreditschöpfung aus dem Nichts“, entschieden ab. Auch die Notenbankkredite

an den Staat für rein konsumtive Zwecke könnten auf diese Weise erklärt werden, indem der eigentliche Kreditgeber der Staatslieferant sei, dessen Forderung bei seiner Bezahlung durch den Staat an die Notenbank übergehe. Bei der Finanzierung der Staatsausgaben werde nicht Kaufkraft geschaffen, sondern bloß schon vorhandene entlehnt und ausgeübt, wobei die Art dieser Finanzierung irrelevant sei. Zollinger gelangt auf diese Weise zu der Schlußfolgerung, daß sich der Kredit „preisneutral“ verhalte und somit ein Zusammenhang zwischen Kreditschöpfung und Preisen nicht bestehe.

Der Einwand Zollinger's, daß, falls eine Geldvermehrung auf die Preise einwirken würde, alle Preise gleichmäßig steigen müßten, ist offensichtlich gegen die sogenannte „naive“ Fassung der Quantitätstheorie gerichtet, denn die richtig verstandene Quantitätstheorie behandelt die Geldmenge nicht als eine Größe, die in ihrer Gesamtheit der Warenmenge gegenübertritt, sondern sie trägt der Aufspaltung in Teilmenge Rechnung, welche verschiedene funktionelle Leistungen erfüllen und uneinheitliche Preiswirkungen hervorrufen. Das zusätzliche Geld (Kredit) verteilt sich also nicht gleichmäßig über das ganze Gebiet der Wirtschaft, sondern wird zunächst durch bestimmte Kanäle geleitet und führt voraussichtlich eine Verschiebung in der Relation zwischen Konsum- und Produktionsmittelpreisen herbei. Eine Erhöhung aller Preise um denselben Prozentsatz (d. h. um den Prozentsatz der Geldvermehrung) ist daher ausgeschlossen, um so mehr, als die einzelnen Preise in verschiedenem Maße reagibel sind⁹.

Nun ist es bestimmt richtig, daß Preissteigerungen ohne das Hinzutreten des monetären Faktors auftreten können, etwa zufolge bloßer Warenverknappung; es liegt dann der Fall der rein warensseitig bedingten Teuerung vor. Dies ist aber kein Gegenbeweis dafür, daß eine Teuerung, bei der weder eine Warenverknappung noch eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes mitwirken, nicht aus einer Geldvermehrung erklärt werden kann. Bei der Vergrößerung der aktiven Geldmenge über ein gewisses Maß hinaus kann eine zusätzliche monetäre

⁹ Jöhr, Ist die Inflationstheorie ein Irrweg? — Kritische Bemerkungen zum Buche Walter Zollingers, in Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 78. Jg., 1942, Heft 4, S. 259.

Beeinflussung der Preise auf dem Wege über die Einkommen stattfinden. Namentlich in Kriegszeiten ist durch Erhöhung der Geldeinkommen die Ausübung einer vermehrten Nachfrage möglich.

Auch das psychologische Moment bei der Preisbildung, auf das Z o l l i n g e r hinweist, sagt gegen die Quantitätstheorie nichts aus. Im Falle der Vorwegnahme erwarteter Preissteigerungen haben wir es zwar mit sogenannten „preisinduzierten Kreislaufveränderungen“ zu tun, d. h. zunächst werden die Preise hinaufgesetzt, woraus — als sekundärer Vorgang — eine Vergrößerung des Einkommenskreislaufes resultiert. Nach Z o l l i n g e r und G r o ß m a n n existiert nur dieses Kausalverhältnis, während die Möglichkeit von „preisbestimmenden Kreislaufveränderungen“ nicht anerkannt wird. „Zu einer vollen Erklärung der Wirklichkeit gelangen wir aber nur dann, wenn wir beide Betrachtungsweisen in ihr Recht einsetzen. Tatsächlich besteht auch ein enger Zusammenhang zwischen der preisbestimmenden und der preisinduzierten Kreislaufveränderung. Die nach einer bestimmten Zeit zu erwartenden Ergebnisse einer primären Kreislaufferweiterung durch Geldschöpfung werden von jenen Produzenten im Wege einer Nachfrageerhöhung antizipiert, die der zusätzliche Geldstrom noch nicht erreicht hat. In dieser Weise verstärkt sich durch diese preisinduzierte Kreislaufveränderung der Effekt der ursprünglich preisbestimmenden Kreislaufveränderung“¹⁰.

Hinsichtlich der Ablehnung einer Geld- und Kreditschöpfungsmöglichkeit und der allfällig daraus entstehenden Kaufkraftvermehrung durch Z o l l i n g e r ist zu sagen, daß diese Auffassung auf einer Betrachtungsweise beruht, welche den Kreditcharakter der Banknoten (und Giro Guthaben) — nach dem Vorbild der Banking-Theorie — strikte in den Mittelpunkt stellt, obschon dieser seit der Aufhebung der Goldeinlöschungspflicht gänzlich abhanden gekommen ist und die Noten allgemein als „Geld“ aufgefaßt werden. „Die Banknote heute noch als Verkörperung eines Forderungsrechtes zu betrachten, ist ein Anachronismus, der nur aus der Vorstellungswelt eines lange

¹⁰ Jöhr, Die Nachkriegsdeflation, S. 23.

vergangenen Jahrhunderts erklärt werden kann“¹¹. Ebenso veraltet scheint seine Ansicht, wonach die „überflüssigen“ Noten stets zur Ausgabestelle zurückfließen. Es liegt kein zwingender Grund vor, daß z. B. infolge Staatsausgaben zusätzlich in den Kreislauf gelangtes Geld in gleichem Umfange wie die damit angekauften Güter oder Dienstleistungen automatisch wieder aus diesem ausscheidet (sofern nicht in absehbarer Zeit eine entsprechende Abschöpfung stattfindet), da kein Warengeschäft im privatwirtschaftlichen Sinne vorliegt, und es ist keineswegs selbstverständlich, daß die in Kriegszeiten durch den dringenden staatlichen Finanzbedarf hervorgerufene Geldschöpfung für konsumtive Zwecke in Uebereinstimmung mit dem volkswirtschaftlichen Geldbedarf erfolgt.

Wir haben gesehen, daß Z o l l i n g e r auf Grund seiner Interpretation den Schluß zieht, daß nur jemand Kredit gewähren könne, der über Güter oder Dienstleistungen verfügt und daher die Notenbank und die Kreditbanken lediglich eine Vermittlerrolle innehätten. Er macht somit den Verkäufer von Waren und Dienstleistungen zum eigentlichen Kreditgeber, verneint aber gleichzeitig jegliche Kreditschöpfungsmöglichkeit innerhalb der Volkswirtschaft, weil die Banken außerstande seien, zusätzliche Kaufkraft zu kreieren.

Diese Folgerung bezeichnet J ö h r als den „Kardinalfehler“ der Theorie Z o l l i n g e r's und führt dazu wörtlich aus: „Wenn man Noten- und Giro Guthaben als Kreditinstrumente würdigt, so bedeutet das ganz einfach, daß nun jener Verkäufer (Zollingers „Nurgläubiger“!) zum Kreditschöpfer wird, der einem Käufer, der über keine eigenen Mittel verfügt (Zollingers „Nurschuldner“!), durch Vermittlung der Noten- oder einer Handelsbank Kredit aus dem Nichts gewährt, indem er seine Noten oder die Ueberweisung von Giro Guthaben akzeptiert“¹².

Mit diesem Kredit wird nun eine Nachfrage ausgeübt, sei es nach Produktionsmitteln, Konsumgütern oder Dienstleistungen, denn niemand nimmt ein Darlehen auf, ohne es zu bean-

¹¹ Amonn, «Quantitätstheorie» und kein Ende?, Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung, Nr. 1629 vom 13. 10. 1942.

¹² J ö h r, Ist die Inflationstheorie ein Irrweg?, S. 254.

sprochen. Dabei läßt sich auch Zollinger's stillschweigende Voraussetzung, daß der Kreditgeber oder ein Dritter, auf den das Forderungsrecht übergegangen ist, im Umfange des Kredites auf die Ausübung von Kaufkraft verzichten muß, in keiner Weise aufrechterhalten. Wenn beispielsweise der Staat mittels zusätzlichem Kredit Rüstungskäufe tätigt, so ist niemand gezwungen, seinen Konsum einzuschränken; dies gilt ebenso für den Fall, wo Handelsbanken auf Grund ihrer Depositen oder überschüssigen Kasse Kredit gewähren¹³.

Die Schaffung zusätzlichen Kredites führt immer irgendwie zu einer Erhöhung von Geldeinkommen. Wenn daher die Kreditschöpfung per Saldo die Vernichtung von Kreditzahlungsmitteln übersteigt, so kann man daraus eine zunehmende Nachfrage ableiten, die sich — *ceteris paribus* — namentlich beim Konsumtivkredit (Staatskredit) preissteigernd auswirkt.

Wir gelangen somit zu der Schlußfolgerung, daß die These von der „Preisneutralität“ des zusätzlichen Kredites nicht aufrechterhalten werden kann und ein Zusammenhang zwischen Vermehrung der Zahlungsmittel bzw. Kreditschöpfung einerseits und Einkommen, Kaufkraft und Nachfrage andererseits offenbar doch besteht. Man könnte sonst wirklich nicht verstehen, weshalb man dem Problem der Kriegsfinanzierung eine so große Aufmerksamkeit schenkt. Zwar raten auch Zollinger und Großmann von einer dauernden Beanspruchung der Notenbank durch den Staat ab mit der Begründung, daß das Vertrauen in die Stabilität der Währung nicht erschüttert werden dürfe, womit sie zugeben, daß gerade eine ungehemmte Vermehrung von Geld und Kredit dieses Vertrauen untergraben müßte¹⁴.

Die Einwände Zollinger's gegen den „Bericht“ sind

¹³ Vgl. auch Jöhr, *Inflation und Rationierung*, S. 30 ff., Jöhr unterscheidet dort eine «mittelbare» und eine «unmittelbare» Geldschöpfung durch die Kreditbanken.

¹⁴ Neben Jöhr (*Ist Inflationstheorie ein Irrweg?*) vgl. auch Amonn, *Der Streit um die «Quantitätstheorie» und die Möglichkeit inflationistischer Preissteigerungen*, in *Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft*, 79. Jg., 1943, Heft 1, S. 1 ff. — Amonn versucht übrigens nachzuweisen, daß die Kluft zwischen der Theorie Zollingers und der «Inflationstheorie» im Grunde gar nicht so groß ist, sondern daß es sich zu einem guten Teil lediglich um einen Wortstreit handelt und sich die Angriffe Zollingers gegen die falsch verstandene Quantitätstheorie richten.

aber nicht die einzigen geblieben, sondern es ist auch von anderer Seite, d. h. von Vertretern der „Inflationstheorie“ selbst, daran Kritik geübt worden.

So beanstandet A m o n n ¹⁵ die „schematisch-statische Betrachtungsweise“, die im „Bericht“ bei der Behandlung der durch den Uebergang zur Kriegswirtschaft sich ergebenden Probleme zum Ausdruck kommt, etwa wenn von der Notwendigkeit die Rede ist, die „Friedenswirtschaft“ aufrechtzuerhalten¹⁶, oder wenn die „Stabilhaltung der Nominaleinkommen“ postuliert¹⁷ bzw. gefordert wird, „daß der Geldkreislauf trotz Hemmungen, Ausfällen und Umstellungen“ seinen früheren Umfang beibehalten soll¹⁸.

A m o n n macht dagegen geltend, daß der gesamte Wirtschaftskreislauf, sowohl in seiner Struktur als auch in seinem Umfange, durch den Uebergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft eine vollständige Veränderung erfährt. Weder der Güter- noch der Geldkreislauf der Kriegswirtschaft lasse sich mit dem Güter- und Geldkreislauf der Friedenswirtschaft vergleichen. Das Ziel der Kriegswirtschaft könne daher nicht darin bestehen, den früheren Kreislauf aufrechtzuerhalten, sondern es handle sich vielmehr darum, „die Herstellung des neuen kriegswirtschaftlichen Kreislaufes möglichst schnell zu bewerkstelligen und reibungslos zu gestalten“¹⁹. Man dürfe sich den Uebergang zur Kriegswirtschaft nicht so vorstellen, daß der Friedenswirtschaft einfach ein kriegswirtschaftlicher Sektor „angefügt“ werde, sondern es verändere sich dadurch die Struktur der ganzen Volkswirtschaft. Die Volkswirtschaft stelle im Frieden wie im Kriege „eine integrale Einheit“ dar und könne nicht in zwei Sektoren unterteilt werden. Man könne zwar von einer privaten und einer staatlichen Sphäre sprechen, doch habe diese Unterscheidung für die Friedens- wie auch für die Kriegswirtschaft gleichermaßen Geltung. Die durch den Uebergang zur Kriegswirtschaft sich ergebenden Probleme müßten aber von ihrer „strukturell-dynamischen“ Seite betrachtet werden.

¹⁵ Amonn, Probleme der Kriegswirtschaft, S. 23/24, Anm.

¹⁶ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 133.

¹⁷ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 154.

¹⁸ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 134.

¹⁹ Amonn, a. a. O., S. 23.

Ferner weist A m o n n darauf hin, daß der „Bericht“ im Hinblick auf seine Zielsetzung nicht eindeutig ist, indem einerseits die maximale Produktion zum „obersten Ziel“ der Kriegswirtschaft erhoben wird, andererseits aber das Ziel der Inflationsverhütung unter den daraus erwachsenden Aufgaben an die Spitze der Kriegswirtschaftspolitik gestellt wird. Gleichzeitig werde jedoch die Notwendigkeit betont, die Kriegswirtschaftspolitik auf ein einheitliches Ziel auszurichten.

A m o n n stellt dazu fest, daß es zwei oberste Ziele nicht geben könne, umso mehr, als es gar nicht sicher sei, „daß sich eine vollständige Verhütung der Inflation mit der Erzielung des Maximums an Produktionsleistung vereinbaren läßt, ja es ist vielmehr wahrscheinlich . . ., daß es nicht möglich ist, beide Ziele in gleich vollkommener Weise zu erreichen, daß vielmehr das eine nur auf Kosten des andern voll erreicht werden kann“²⁰. A m o n n scheint es jedenfalls fraglich, ob das „oberste Ziel“, d. h. die maximale Produktion, „ohne ein gewisses Maß von Inflation in Kauf zu nehmen“²¹, angestrebt werden kann. Es ist also sehr wohl möglich, daß sich beide Zielsetzungen überschneiden — ein Fall, wie ihm die Wirtschaftspolitik öfters begegnet.

In der Kriegswirtschaft kommt zweifellos der größtmöglichen Produktion der Vorrang zu, damit die Landesverteidigung und der Zivilbedarf sichergestellt werden können, so daß sich die Stabilhaltung des Geldwertes à tout prix schwerlich rechtfertigen ließe. Selbst B o ß h a r d t, den wir als entschiedenen Bekämpfer der Inflation kennen lernen werden, kann nicht umhin, zuzugeben: „Wie dem auch sei, und wie hoch die Gefahren einzuschätzen sind, die von einer Geldentwertung für die Wohlfahrt und das soziale Gleichgewicht eines Volkes ausgehen: der Uebel allerschlimmstes ist die Inflation sicherlich noch nicht, zumal wenn sie in gewissen Grenzen gehalten werden kann! Schlimmer als die Inflation ist der Krieg selbst, . . . und ohne Zweifel ist es immer noch besser, mit Inflation ein ordentliches Leben zu fristen als bei stabilem Geldwert Hunger zu leiden! Schlimmer als die produktionsanreizende Inflation ist wahrscheinlich auch die, menschliche Arbeit desorganisierende,

²⁰ Amonn, a. a. O., S. 54.

²¹ Amonn, a. a. O., S. 55.

Deflation“²². Es ist aber fast mit Sicherheit anzunehmen, daß eine Politik der Stabilhaltung des Geldwertes deflatorische Tendenzen hervorrufen würde.

Umgekehrt muß man sich jedoch davor hüten, die Folgen einer Inflation zu gering einzuschätzen. Im „Bericht“ wird eindringlich vor diesen Gefahren gewarnt²³. Die Inflation verschiebt alle Preisrelationen, beeinflußt dadurch die Einkommensverteilung (zum Vorteil der einen, zum Nachteil der andern Einkommenskategorien) und zieht bei längerer Dauer auch die Vermögensverhältnisse in Mitleidenschaft; sie führt, wenn sie größere Ausmaße annimmt, zu einer Zerrüttung des ganzen Wirtschaftslebens und birgt dadurch die Gefahr sozialer Unruhen in sich.

Es ist daher unerläßlich, die durch die Kriegswirtschaft bedingten Preissteigerungen in erträglichen Grenzen zu halten, wenn der Ablauf des Wirtschaftsprozesses nicht schweren Erschütterungen ausgesetzt werden soll. Wir werden uns in der Folge mit den inflationsverhütenden Maßnahmen noch näher befassen.

II. Die Produktionspolitik

In der Kriegswirtschaft weist, wie wir festgestellt haben, das Sozialprodukt eine sinkende Tendenz auf. Dies gilt namentlich für das verfügbare Sozialprodukt. Damit die Belastung der Volkswirtschaft durch den Wehrbedarf nicht zu groß wird, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten auszuschöpfen. An die Spitze des „Berichtes“ wurde denn auch die These gestellt: „Oberstes Ziel der Kriegswirtschaft ist die maximale Ausnützung der nationalen Produktionskräfte, d. h. die Beschaffung der größtmöglichen Gütermenge für Landesverteidigung und Zivilversorgung“¹.

Das Problem der Produktionssteigerung ist in einem in bewaffneter Neutralität verharrenden Lande grundsätzlich das gleiche wie in einem kriegführenden Staat: ein großer Teil der

²² Boßhardt, Steuern oder Inflation!, S. 42.

²³ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 134 ff.

¹ «Bericht», S. 123.

arbeitenden Bevölkerung steht zum Schutze des Landes unter den Waffen, wodurch ein Ausfall in der Erzeugung eintritt. Dieser Ausfall wird noch bedeutend größer, wenn dieses Land durch den internationalen Handel eng mit dem Ausland verbunden und auf dessen Importe dringend angewiesen ist, die infolge des Kriegszustandes nur noch in geringem Umfange erfolgen oder zum Teil überhaupt eingestellt werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, alle verfügbaren inländischen Produktivkräfte, personelle wie sachliche, der Erzeugung dienstbar zu machen. Zugleich drängt sich eine weitgehende Umstellung der Produktion auf den Wehrbedarf und eine Beschränkung auf die lebensnotwendigen Güter gebieterisch auf.

Die Aufgaben der Produktionspolitik bestehen somit erstens in der Umstellung der Produktion auf die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft und den lebensnotwendigen Bedarf sowie in der zweckmäßigsten Verteilung der Produktionsfaktoren auf die staatliche und die produktive Sphäre, zweitens in der Vermehrung des Angebotes an Produktionsfaktoren und Produktionsmitteln und drittens in der Intensivierung der Erzeugung.*

1. Die Umstellung auf den wehrwirtschaftlichen und lebensnotwendigen Bedarf vollzieht sich zum Teil automatisch, zum Teil gestützt auf besondere, vom Staate zu ergreifende Maßnahmen.

Eine automatische Umstellung ergibt sich insofern, als bestimmte Güter (z. B. Rüstungsgüter) infolge der erhöhten Nachfrage im Preise steigen, wodurch ihre Herstellung gefördert wird. Indessen darf man dieser Umstellung auf Grund von Verschiebungen in den Preisen nicht zuviel Spielraum lassen, denn einerseits muß ein Auftrieb der Preise der lebensnotwendigen Güter aus sozialpolitischen Erwägungen möglichst verhindert werden, andererseits ist ein unkontrolliertes Steigen der Preise der Rüstungsgüter vom finanzpolitischen Standpunkt aus unerwünscht². Schon aus diesen Gründen sind Lenkungsmaßnahmen unerlässlich.

* Als Maßnahme, die zwar nicht direkt zur Produktionspolitik gehört, chronologisch gesehen aber an die Spitze zu stellen wäre, ist die Ansammlung von Vorräten zu erwähnen (Vorratspolitik), welche vor allem für ein Land, das in hohem Maße von Importen abhängig ist, große Bedeutung besitzt. Böhler bezeichnet die Vorratspolitik als «einzig konsequente Grund-

Was die Umstellung auf den wehrwirtschaftlichen Bedarf betrifft, so dürften sich — wie A m o n n ³ glaubt — in einem stark industrialisierten Lande in dieser Hinsicht keine besonderen Schwierigkeiten ergeben. Vielmehr wird es sich darum handeln, die Roh- und Hilfsstoffe, welche infolge der gedroselten oder unterbundenen Zufuhren knapp geworden sind, einzuteilen und sie nach Maßgabe der Wichtigkeit für den wehrwirtschaftlichen bzw. zivilen Bedarf auf die verschiedenen Produktionszweige zu verteilen.

Anders liegt das Problem dagegen im Hinblick auf die Güter des lebensnotwendigen Bedarfes, insbesondere im landwirtschaftlichen Sektor. Anhand eines besonderen Planes muß einerseits eine Aenderung der Produktionsrichtung, andererseits eine Steigerung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse angestrebt werden, wobei ein Produktionsanreiz durch preis- und lohnpolitische Maßnahmen zu schaffen ist.

Besondere Schwierigkeiten wird dabei die Bereitstellung der erforderlichen Arbeitskräfte verursachen. Es wird sich daher als notwendig erweisen, Arbeitskräfte von volkswirtschaftlich weniger wichtigen Betrieben in lebensnotwendige Produktionszweige, also z. B. in die Landwirtschaft, umzuleiten⁴. Immerhin dürfen die Hindernisse, die sich bei dieser Umleitung infolge der unvollkommenen Mobilität der Produktionsfaktoren einstellen, nicht zu gering eingeschätzt werden.

B ö h l e r - D ü t s c h l e r ⁵ weisen in diesem Zusammenhang auf die nachteiligen Wirkungen der in Friedenszeiten gepflegten Abschließungstendenzen in verschiedenen Berufsarten und Erwerbszweigen hin. Im Kriegsfalle, wo infolge der veränderten Bedarfsstruktur Umstellungen in der Produktion vorgenommen werden müssen, ist eine möglichst große Mobilität

lage der schweizerischen Kriegswirtschaft» (Böhler, Die schweizerische Kriegswirtschaft, Weltwirtschaftliches Archiv, 53. Bd., Januar 1941, Heft 1, S. 49).

² Vgl. Amonn, Probleme der Kriegswirtschaft, S. 76.

³ Amonn, a. a. O., S. 77.

⁴ Die Preisbildungskommission befürwortet in diesem Zusammenhang eine Reduktion der Zahl der im Detailhandel Beschäftigten zugunsten anderer, wichtigerer Wirtschaftssektoren (Vgl. Gutachten betreffend die Frage der Kalkulationsbasis bei Festsetzung der höchstzulässigen Detailverkaufspreise, in «Die Volkswirtschaft», 15. Jg., 1942, Heft 3, S. 57).

⁵ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 165/166.

der Produktionsfaktoren anzustreben. Durch die in Friedenszeiten befolgte Politik wird jedoch diese Beweglichkeit, der ohnehin relativ enge Grenzen gesetzt sind, bewußt noch mehr gehemmt. „Es wäre mehr als nur zweckmäßig, diese Bindungen in bezug auf ihren Einfluß auf die Produktivität und die Produktion der Volkswirtschaft gründlich zu untersuchen und sie zu beseitigen, wo sie volkswirtschaftlich ungünstig wirken“⁶. Für Böhler-Dütschler ist diese Forderung gleichbedeutend mit dem „Postulat der möglichsten Aufrechterhaltung des privaten Sektors der Wirtschaft“.

Ein weiteres Problem bildet die Verteilung der verfügbaren Produktionsfaktoren auf den wehrwirtschaftlichen und den lebensnotwendigen Bedarf. Böhler⁷ sieht darin die Hauptaufgabe der Produktionspolitik. Es handle sich aber, so betont er, nicht nur um eine Frage der Entscheidung zwischen militärischem und zivilem Bedarf, sondern es müsse berücksichtigt werden, daß die „Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft“ im Hinblick auf die Landesverteidigung dringend notwendig sei, „da ja auch eine Luxusindustrie auf dem Umwege über die Ausfuhr und die Einfuhr kriegswichtiger Rohstoffe in entscheidendem Maße zur Landesverteidigung beitragen kann“⁸.

Wir konstatieren somit, daß Böhler immer wieder die Wichtigkeit der „Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft“ hervorhebt, was Amonn zu der erwähnten Kritik veranlaßt hat. Es liegt auf der Hand, daß die produktive Sphäre der Wirtschaft im Kriege nicht mehr eingeschränkt werden soll, als unumgänglich notwendig ist. Ebenso einleuchtend ist es, daß die Exportindustrie für die Landesversorgung eine bedeutende Rolle spielt. Böhler übersieht aber, daß unter kriegswirtschaftlichen Verhältnissen das Ausland keinen Bedarf an Luxusgütern hat und außerdem ein Abbau der Exportindustrie und eine weitgehende Umstellung auf den inländischen Bedarf erforderlich sein kann, wenn sich die Importe ständig verringern. Die Kriegswirtschaft bedingt aber ohnehin weitgehende Produktionsumstellungen, sodaß es irreführend ist, von einer

⁶ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 166.

⁷ Böhler, Die schweizerische Kriegswirtschaft, Weltwirtschaftliches Archiv, 53. Bd., Januar 1941, Heft 1, S. 60.

⁸ Böhler, a. a. O., S. 60.

Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft innerhalb der Kriegswirtschaft zu sprechen.

2. Bei der „Mobilisierung“ aller verfügbaren Produktionsfaktoren steht die Vermehrung des Angebots an Arbeitskräften im Mittelpunkt, denn in der Kriegswirtschaft muß die nicht zum Militärdienst aufgebotene Bevölkerung über den normalen Friedensbedarf hinaus nicht nur den außerordentlichen Rüstungsbedarf zusätzlich erzeugen, sondern auch den Ausfall der einberufenen Arbeitskräfte durch Mehrarbeit ersetzen. Diese doppelte Belastung ist auf die Dauer nicht tragbar, wenn nicht die entstandenen Lücken durch Heranziehung zusätzlicher Arbeitskräfte nach Möglichkeit ausgefüllt werden können⁹. Die Aufrechterhaltung der laufenden Erzeugung erfordert deshalb Einstellung von Arbeitslosen und älteren, bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Arbeitskräften (bzw. Hinausschiebung der Pensionierung) sowie die Eingliederung von Frauen und Jugendlichen in den Produktionsprozeß. Um der Knappheit an Arbeitskräften zu begegnen, wird auch die Verlängerung der Arbeitszeit notwendig sein.

Die Erfassung dieser zusätzlichen Arbeitskräfte kann erfolgen durch die Einführung der zivilen Arbeitsdienstpflicht, der ein geregelter Arbeitseinsatz zur Seite steht mit dem Zweck, diese Arbeitskräfte den lebenswichtigen Produktionszweigen zuzuweisen. Namentlich im Sektor der Landwirtschaft wird ein solcher Arbeitseinsatz unerlässlich sein, damit die zur Sicherstellung des Nahrungsmittelbedarfes notwendige Ausdehnung der Anbaufläche gewährleistet werden kann. Zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion wird es sich aber auch empfehlen, nicht-landwirtschaftliche Unternehmen zum Anbau einer bestimmten Ackerfläche zu verpflichten (vgl. Industripflanzwerk) und die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung zur teilweisen Selbstversorgung anzuhalten.

Weitere Maßnahmen dieser Art sind die Organisierung eines militärischen Hilfsdienstes zur Entlastung der regulären Truppe (womit die Möglichkeit geschaffen wird, dringend benötigte Arbeitskräfte vom Felddienst zu befreien) und die Bil-

⁹ Auch in der Schweiz war dieser Ausfall an Arbeitskräften, namentlich in der ersten Kriegszeit, beträchtlich. So betrug die Zahl der Mobilisierten im Jahresdurchschnitt 1939 350 000, 1940 237 000 Mann.

dung von Arbeitsdetachementen zur Durchführung von Arbeiten, die von nationalem Interesse sind, z. B. Bau von Befestigungsanlagen und Verkehrswegen, Vornahme von Rodungen, Meliorationen etc.¹⁰.

Ferner muß der Ausfall an Produktionsmitteln, der infolge der unterbundenen Zufuhren eintritt, zu beheben versucht werden, indem man inländische, bisher ungenutzte Produktionsmittel zur Erzeugung heranzieht oder, sofern das betreffende Produktionsmittel im Inland gänzlich fehlt, nach Ersatz sucht. Neben der Vergrößerung der Ackerfläche drängt sich daher einerseits die Ausbeutung einheimischer Bodenschätze, die Verwertung von Altstoffen und die Anwendung rohstoffsparender Herstellungsverfahren, anderseits die Forschung nach Neu- und Ersatzstoffen auf. In allen diesen Fällen ist ein erhöhter realer Kostenaufwand notwendig, doch müssen in der Kriegswirtschaft Rentabilitätsabwägungen in den Hintergrund treten¹¹.

3. Die Intensivierung der Erzeugung ist angesichts des verminderten Warenanfalles ein unerläßliches Gebot. Im Mittelpunkt dieser Bestrebung stehen die Rationalisierungsmaßnahmen. Rationalisierung bedeutet nichts anderes als eine konsequentere Anwendung des ökonomischen Prinzips, d. h. die Herstellung einer bestimmten Warenmenge mit einem geringeren Aufwand an Produktionsfaktoren.

Nun haben wir aber festgestellt, daß der Uebergang zur Kriegswirtschaft mit steigenden realen Kosten verbunden ist. Der Zweck der Rationalisierungsmaßnahmen besteht daher nicht nur darin, die Produktion zu intensivieren, sondern es soll mit ihrer Hilfe auch auf eine allgemeine Kosten- und Preissenkung, die der Steigerung der realen Kosten entgegenwirkt, hingearbeitet werden.

Die Voraussetzungen für eine Rationalisierung der Produktion sind vor allem in der Rüstungsindustrie gegeben, wo sich die Vorteile der Typisierung und Normierung relativ leicht

¹⁰ Die genannten Maßnahmen sind während des Krieges in der Schweiz zur Anwendung gekommen. Vgl. dazu Eidg. Gesetzessammlung, Bd. 55, (Neue Folge), Jg. 1939, S. 837 ff. und 1495 ff. sowie Bd. 56, Jg. 1940, S. 32 ff., 227 ff. und 494 ff.

¹¹ Vgl. über die Bestrebungen zur Aufrechterhaltung der Produktion in der Schweiz «4 Jahre wirtschaftliche Landesverteidigung», Heft 4 der Schriftenreihe des Aufklärungsdienstes der Eidg. Zentralstelle für Kriegswirtschaft, September 1943, S. 46 ff.

verwirklichen lassen, so daß sich weitgehende Möglichkeiten der Leistungssteigerung bieten¹².

Die Bedingungen im produktiven Sektor sind zwar für eine Rationalisierung weniger günstig, da der individuelle Bedarf eine Menge von Gütern und Dienstleistungen erfaßt, die sich zur Massenfabrication wenig eignen. Indessen bestehen auch hier Wege, die zur Produktionssteigerung und Kostensenkung führen können, wobei es sich vorwiegend um Fragen organisatorischer und technischer Natur handeln dürfte.

In organisatorischer Hinsicht lassen sich Verbesserungen erzielen durch zweckmäßigere Anordnung der verfügbaren Produktivkräfte in den verschiedenen Produktionszweigen oder innerhalb der einzelnen Betriebe selbst, durch vermehrte Anwendung des Leistungsprinzips (z. B. Akkordsystem) oder besseres Ausnützen der Vorteile der Arbeitsteilung usw. Auf diese Weise dürfte es möglich sein, namentlich in Mittel- und Kleinbetrieben, welche die Vorzüge der großbetrieblichen Organisation noch nicht im möglichen Umfange verwirklicht haben, den Herstellungsprozeß rationeller zu gestalten. Aber auch mittels Vereinfachung im Verteilungsapparat (z. B. Einschränkungen im Kundendienst) und in den betrieblichen Verwaltungen sowie durch Konzentration der Erzeugung von Bedarfsartikeln auf einige Typen und Gebrauchsqualitäten können die Kosten reduziert und Arbeitskräfte eingespart und einer produktiveren Beschäftigung zugeführt werden.

¹² Die Gründe, weshalb eine erhöhte Erzeugung im Rüstungssektor ermöglicht wird, sind in anschaulicher Weise in einem Jahresbericht der BIZ erläutert worden: «Diese auffallende Steigerung beruht teilweise auf Verbesserungen der technischen Leistungsfähigkeit; der Hauptgrund ist aber eine Verlagerung in der Beschäftigung von weniger produktiven Berufen zu anderen mit hoher Produktivität (die Leistung eines Menschen wird rasch wertvoller, wenn er von einer ‚Grenz‘-Farm zu einer mit allen neuesten Maschinen ausgestatteten Flugzeugfabrik überwechselt). Der Kriegsbedarf dürfte sich hauptsächlich auf Waren erstrecken, die am laufenden Band oder mit Hilfe anderer Verfahren der neuzeitlichen Massenproduktion hergestellt werden können, während der Friedensbedarf des gewöhnlichen Verbrauchers vorwiegend anderer Art ist und zu einem bedeutenden und wachsenden Teil auch Dienstleistungen ... betrifft, bei denen die Vorteile arbeitssparender Erfindungen oder der Massenproduktion weniger ausgenützt werden können. Dies dürfte übrigens einer der Gründe sein, weshalb bei der Deckung friedensmäßiger Bedürfnisse so starke Steigerungen des Nationalprodukts, wie sie während des Krieges erreicht wurden, nicht möglich sind» (Vgl. 13. Jahresbericht der BIZ, 1. 4. 1942—31. 3. 1943, S. 10/11).

Gleichzeitig muß auf technische Verbesserungen in den Produktionsverfahren hingearbeitet werden, die geeignet sind, die Produktivität zu heben. So ist es z. B. durchaus möglich, technische Neuerungen, die im Rüstungssektor erzielt worden sind, teilweise auch der produktiven Sphäre nutzbar zu machen.

Eine vermehrte Mechanisierung, d. h. ein gesteigerter Einsatz von Geräten und Maschinen, wird sich insbesondere in der Landwirtschaft in Verbindung mit Meliorationen, Güterzusammenlegungen, Flurbereinigungen, Verbesserungen in der Bebauung etc. als notwendig erweisen. Derartige Maßnahmen werden sich auch nach Kriegsende weiterhin vorteilhaft auswirken.

Die Rationalisierungsbestrebungen sollen in der Hauptsache der privaten Initiative überlassen werden, wobei der Staat allerdings helfend einspringen kann. Indessen ist es aber auch möglich, einen Ansporn zur Rationalisierung indirekt auszuüben, indem die preispolitische Behörde bei der Bewilligung von Preisanpassungen an die gestiegenen Kosten (z. B. infolge Lohnerhöhung) Zurückhaltung beobachtet und auf diese Weise die Unternehmer an einer Verbesserung der Produktionstechnik interessiert.

Die Konjunkturbeobachtungs- und Preisbildungskommission schlagen zur Erhöhung der Gesamtproduktion folgende staatliche Maßnahmen vor: Aufstellung eines allgemeinen Produktionsplanes mit dem Ziel, einerseits die lebenswichtigen, rationell arbeitenden Unternehmen bei der Zuteilung vor Arbeitskräften und Rohmaterialien zu bevorzugen, andererseits „nachweisbar nicht lebensfähige Betriebe“ stillzulegen, die dadurch freigesetzten Arbeitskräfte umzuschulen und in einen lebensnotwendigen Produktionszweig überzuführen, sowie Beschränkung der Produktion von Artikeln des täglichen Bedarfes „auf einige wenige Zwecks- und Gebrauchsqualitäten“. Vorgängig der Verwirklichung eines solchen Planes müßten jedoch alle sich daraus ergebenden Vor- und Nachteile, auch im Hinblick auf den Außenhandel, sorgfältig gegeneinander abgewogen werden¹³.

¹³ Siehe «Vernehmlassung zur Frage der bei der heutigen Preissituation zu empfehlenden lohnpolitischen Richtlinien», in «Die Volkswirtschaft», 14. Jg., 1941, Heft 9, S. 202.

Auch Böhler-Dütschler betonen die Notwendigkeit der Errichtung eines Produktionsprogrammes, die sich „konsequenterweise“ aus dem Postulat der maximalen Produktion ergebe, wobei die Erreichung eines bestimmten Erzeugungsvolumens (z. B. vom letzten Vorkriegsjahr) anzustreben sei. Zu diesem Zwecke müsse man aber die Größe des Armee- und Zivilbedarfes sowie den Umfang der verfügbaren Produktionskräfte kennen, um entscheiden zu können, „wo die organisatorischen Bemühungen zur Steigerung des Realeinkommens und zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft einzusetzen hätten“. In diesem Zusammenhange fordern die beiden Autoren die Schaffung eines besonderen Stabes, dem die Umstellung nicht-kriegswichtiger Unternehmen, die Fortführung von Betrieben Mobilisierter, die Umschulung freigesetzter und die Anlernung zusätzlicher Arbeitskräfte obliegen würde.

Ein solches Produktionsprogramm braucht nach der Ansicht Böhler-Dütschler's nicht zur Planwirtschaft zu führen, sondern es dürfte im Gegenteil eine „finanzielle Kontrolle der wichtigsten Wirtschaftselemente“ zur Wahrung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes genügen¹⁴. Man kann sich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß Böhler-Dütschler die Schwierigkeiten in dieser Hinsicht unterschätzen und das Problem stark vereinfachen.

Amonn ist gegenüber Produktionsplänen skeptischer eingestellt. Er gibt zu bedenken, daß sich solche Pläne über eine längere Zeitspanne erstrecken müssen, um das vorgesehene Ziel erreichen zu können. Dies birgt aber die Gefahr in sich, daß die Ergebnisse des Planes erst in einem Zeitpunkt eintreten, wo sie von der tatsächlichen Entwicklung bereits überholt sind. Immerhin könnte man bei ungewisser Dauer des Krieges auf eine positive Produktionspolitik nicht gänzlich verzichten¹⁵.

Neben der Intensivierung der Produktion muß aber auch die Gewähr dafür geboten werden, daß eine kriegswirtschaftlich unerwünschte Verwendung knapper Rohstoffe und Halbfabrikate vermieden wird. Dazu stehen Maßnahmen wie Kontingentierung, Einführung der Bewilligungspflicht für die Abgabe und den Bezug knapper Materialien, generelle und spezielle

¹⁴ Vgl. Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 165/66.

¹⁵ Amonn, a. a. O., S. 77.

Fabrikationsvorschriften sowie Verwendungsverbote zur Verfügung. Es steht in diesem Falle immer noch der Weg offen, nach Ersatzstoffen zu suchen. Grundsätzlich sollte daher auf den Erlaß von Herstellungsverboten verzichtet werden. Ergänzend kann auch die Bewilligungspflicht für die Ausübung bestimmter wirtschaftlicher Tätigkeiten, die Ausführung von Aufträgen und Projekten, die Neueröffnung von Betrieben usw. eingeführt werden. Schließlich besteht als letztes Mittel die Möglichkeit, im Interesse der Produktionsförderung direkte Eingriffe in das private Eigentumsrecht vorzunehmen, z. B. in Form von Ablieferungspflicht und Lieferzwang, Beschlagnahme und Expropriation, Zwangspacht etc.

Neben den direkten Maßnahmen zur Produktionsförderung und -lenkung kann auch eine indirekte Beeinflussung der Produktion stattfinden. So verlangen z. B. B ö h l e r - D ü t s c h l e r eine Steuerpolitik, die nicht nur nach fiskalischen, sondern nach produktionspolitischen Gesichtspunkten ausgerichtet sein soll¹⁶.

Dieser Forderung ist beizupflichten, wenn man berücksichtigt, daß sich eine übermäßige Steuerlast ungünstig auf die Unternehmerinitiative auswirken kann, was ganz besonders in der Kriegswirtschaft zu vermeiden ist; sie steht aber im Widerspruch zu der von den beiden Autoren befürworteten Politik der Inflationsverhütung, denn diese verlangt ja ein möglichst starkes Anziehen der Steuerschraube. Die steuerlichen Erleichterungen werden aber vor allem aus Rücksicht auf „gewisse Friedensindustrien“ (z. B. Hotellerie, Autogewerbe) vorgeschlagen, um jene Erwerbszweige trotz der unvermeidlichen Konsumeinschränkung vor einer noch größeren Notlage zu bewahren.

Eine Steigerung der Erzeugung kann ebenfalls mit preispolitischen Mitteln herbeigeführt werden, indem gewissen Produktionszweigen zwecks Stimulierung der Produktionsleistung Preiserhöhungen zugestanden werden, so z. B. in der Landwirtschaft, wo auch Anbauprämien ausgerichtet werden. Es liegt jedoch auf der Hand, daß dieser Form der Produktionsintensivierung, wie erwähnt, relativ enge Grenzen gesetzt sind, da ein Steigen der Preise, namentlich der Nahrungsmittel, möglichst

¹⁶ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 166.

zu verhindern ist. Die kriegswirtschaftliche Praxis wird daher einen Mittelweg zwischen Zwang und Produktionsanreiz durch erhöhte Entschädigung finden müssen.

Mit der Produktionspolitik hängt die Verteilungspolitik eng zusammen, „weil das Maß der Produktionsleistung, der Einsatz von Kapital und von Arbeitskraft von der Verteilung nicht unabhängig ist“¹⁷. Dabei ist aber zu beachten, daß bestimmte Maßnahmen zur Förderung der Produktion (Preiserhöhungen) die Güterverteilung ungünstig beeinflussen können und umgekehrt verteilungspolitische Vorkehrungen sich ungünstig auf die Produktion auswirken, so daß sich daraus wiederum besondere Probleme ergeben.

III. Die Außenhandelspolitik

Ueber die Bedeutung des Außenhandels für die Schweiz braucht man nicht viel Worte zu verlieren. Sie ist in der Tatsache begründet, daß nahezu sämtliche wichtige industriellen Roh- und Hilfsstoffe und annähernd die Hälfte des Nahrungsmittelbedarfes importiert werden müssen. Auf dieser Grundlage baut sich eine hochentwickelte und leistungsfähige Exportindustrie auf; pro Kopf der Bevölkerung weist die Schweiz denn auch die höchste Ausfuhrquote auf. Der hohe Anteil der Exportbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung macht den Außenhandel neben der Bauwirtschaft zum entscheidenden Faktor der schweizerischen Konjunkturentwicklung.

Die intensive weltwirtschaftliche Verflechtung unseres Landes, die sich in Friedenszeiten wohlstandsfördernd auswirkt, verursacht im Kriegsfall infolge Unterbindung der Zufuhrwege gewaltige Schwierigkeiten. Trotzdem ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Importe nicht gänzlich ausbleiben, ansonst unsere wirtschaftliche Existenz gefährdet würde.

Die Lage der Schweiz im zweiten Weltkrieg war außergewöhnlich. Zur weitgehenden Abhängigkeit vom Ausland und zu der an sich ungünstigen geographischen Lage als Binnenland trat die Einkreisung durch eine einzige Mächtegruppe hinzu.

¹⁷ Amonn, a. a. O., S. 55.

Einem Land, das sich in einer solchen Situation befindet, bleibt aber „nur eine geringe Freiheit hinsichtlich der Gestaltung seiner Außenhandelspolitik und die beschränkten Möglichkeiten seiner Außenhandelspolitik werfen wieder besondere Probleme auf“¹.

Ist die Handlungsfreiheit auf dem Gebiete des zwischenstaatlichen Verkehrs derart eingeengt, so wird auch der ökonomische Gesichtspunkt in den Hintergrund treten und die kriegswirtschaftliche Handelspolitik auf die realen Gegebenheiten abstellen müssen, die von den früheren günstigen Bedingungen abweichen werden. Unter diesen Umständen hält es schwer, allgemein gültige Richtlinien für den Außenhandel aufzustellen; die Entscheidungen werden hauptsächlich auf dem Gebiet der reinen Politik getroffen werden.

Grundsätzlich besteht die Aufgabe der kriegswirtschaftlichen Handelspolitik darin, die Landesversorgung sicherzustellen und im Zusammenhang damit den Außenhandel der staatlichen Kontrolle zu unterstellen. Um einer wirtschaftlichen Isolierung vorzubeugen, müssen die Importe durch Abschluß von Handelsverträgen bzw. Anpassung der handelsvertraglichen Abmachungen an die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse gesichert werden². Dabei wird es sich unter Umständen als notwendig erweisen, den Hertransport der Waren selbst zu übernehmen, da die kriegführenden Staaten ihre Transportmittel selbst dringend benötigen und nicht oder nur in ungenügendem Maße auf die Bedürfnisse eines neutralen Landes Rücksicht nehmen.

Die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr ist unerläßlich, um einerseits kriegswirtschaftlich unerwünschte Exporte verhindern, anderseits über die Rangordnung der Einfuhren entscheiden und schließlich die Verwendung der importierten Güter kontrollieren zu können³. Sie ist aber auch unumgänglich im

¹ Amonn, Probleme der Kriegswirtschaft, S. 78.

² Die Schweiz pflegte bereits vor Ausbruch der Feindseligkeiten Bepreisungen mit den wichtigsten Handelspartnern, wobei der Frage der Sicherstellung unserer Zufuhren besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Auch nach Eintritt des Kriegszustandes gelang es, mehrere Wirtschaftsabkommen abzuschließen bzw. zu erneuern.

³ Vgl. Bundesratsbeschluß (BRB) über die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr vom 22. 9. 1939, Eidg. Gesetzsammlung, Bd. 55 (Neue Folge), Jg. 1939, S. 1063. — Die Kontrolle über die Verwendung der importierten Waren ist kriegswirtschaftlichen Syndikaten übertragen worden.

Hinblick auf die mit dem Ausland getroffenen Abmachungen. Der Staat schafft somit nicht nur die rechtlichen Voraussetzungen, die den Handelsverkehr mit dem Ausland ermöglichen, sondern er nimmt zugleich eine inhaltliche Planung vor⁴.

Die Struktur des Außenhandels erfährt infolge der kriegsbedingten Veränderung der Bedürfnisse und Liefermöglichkeiten von In- und Ausland sowie durch die Unterbrechung zahlreicher Verkehrswege (Blockade) zwangsläufig eine tiefgreifende Wandlung. „Auf keinem Gebiet des Wirtschaftslebens sind die Veränderungen, die der totale Krieg mit sich bringt, so groß . . . wie auf dem des Außenhandels. Große Bezugsquellen wie Absatzgebiete gehen verloren, das Außenhandelsvolumen wird mehr oder weniger stark reduziert und in der Richtung des Außenhandels vollzieht sich notwendigerweise ganz von selbst eine radikale Umstellung“⁵.

Aber nicht nur die gebietsweise Verlagerung des Außenhandels verursacht diese Strukturveränderung, sondern auch die Priorität, die der Sicherstellung der Landesversorgung in Kriegszeiten zukommt, führt eine Umkehrung im Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr herbei: die in Friedenszeiten gültige Formel, wonach dem Export der Vorrang gebührt und der Import in den Dienst des Exportes zu stellen ist, wird in ihr Gegenteil umgewandelt und das Hauptgewicht auf die Importförderung gelegt. Namentlich die Kriegführenden sind bestrebt, die Einfuhr kriegswichtiger Güter zu begünstigen, während sie der Erhaltung der Beschäftigung im Exportsektor nicht mehr die frühere Aufmerksamkeit schenken, da es unter kriegswirtschaftlichen Verhältnissen relativ leicht möglich ist, Arbeitskräfte aus der Exportindustrie in andere Produktionszweige überzuführen.

Für ein Land wie die Schweiz verliert jedoch der Export trotz der veränderten Zielsetzung der Außenhandelspolitik nicht in diesem Maße an Bedeutung. Abgesehen davon, daß der Export die Voraussetzung des Imports bildet, ist er auch vom Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der Beschäftigung von Wichtigkeit, denn die Anspannung der Produktivkräfte durch

⁴ Vgl. Böhler, Die schweizerische Kriegswirtschaft, S. 59.

⁵ Amonn, a. a. O., S. 53.

die Rüstungsproduktion ist in einem neutralen Staate nicht derart, daß das Beschäftigungsproblem gänzlich zum Verschwinden gebracht werden könnte. Aber auch im Hinblick auf später müssen die bestehenden Handelsbeziehungen soweit als möglich weitergeführt werden.

Wie schwierig dies in Wirklichkeit ist, geht daraus hervor, daß namentlich die Kriegführenden zwar die Einfuhr kriegswichtiger Güter forcieren, aus verständlichen Gründen aber den Import nicht-kriegswichtiger Güter drosseln. Solche Restriktionen müssen die schweizerische Exportindustrie umso mehr treffen, als sie ja zur Hauptsache eine Veredelungsindustrie ist und zu einem großen Teil Luxuswaren herstellt.

Aehnliche Nachteile haben sich durch die zunehmende Regulierung des Außenhandels auf der Basis des Clearing ergeben⁶. Die Clearingabkommen neigen zur Einseitigkeit, da ihnen in der Regel das Prinzip der qualitativen Aequivalenz zugrunde gelegt wird, d. h. einer Leistung muß eine Gegenleistung von entsprechender ökonomischer Bedeutung gegenüberstehen. Dieser Grundsatz widerspricht den Interessen der Schweiz in gleicher Weise, denn sie leidet selbst Mangel an jenen Gütern, denen in Kriegszeiten erhöhte Wertschätzung zuteil wird. Die Erschließung neuer Absatzgebiete und Umstellungen in der Exportindustrie werden daher unumgänglich sein.

Daneben ergeben sich noch eine Reihe weiterer Probleme. So lenkt A m o n n u. a. die Aufmerksamkeit auf die Frage der Ausfuhr ohne entsprechende Einfuhr⁷. Diese einseitige Ausfuhr bedeutet, daß das Inland Produktivkräfte zugunsten des Auslandes aufwendet, die es nutzbringender zur Deckung des eigenen Bedarfes hätte einsetzen können. Statt vom Ausland die dringend benötigten Importe zu erhalten, müssen die eigenen Vorräte vermehrt herangezogen werden und vermindert sich dadurch die Warensubstanz im Inland. Dieser Verzicht auf un-

⁶ Der Anteil der über den Clearing abgewickelten Einfuhr stieg während des Krieges, gemessen an der Gesamteinfuhr, von rund 40 auf 70 %, während er sich bei der Ausfuhr von ca. nur 30 % auf ebenfalls 70 % erhöhte. Diese Zahlen beziehen sich auf die Werte (Vgl. Statistisches Handbuch des schweizerischen Geld- und Kapitalmarktes, herausgegeben von der Statistischen Abteilung der Schweizerischen Nationalbank, Zürich 1944, S. 248).

⁷ Amonn, a. a. O., S. 78/79.

mittelbare Gegenleistung kann sich aber als notwendig erweisen „als ein zusätzlicher Aufwand zur Erlangung jener Güter, die das Aequivalent für die wirtschaftlich notwendige Ausfuhr bilden“ und als unumgängliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Außenhandels überhaupt.

A m o n n betont, daß es sich dabei nicht um eine wirtschaftspolitische, sondern um eine Frage rein politischer Natur handle. Die Folge davon kann nur eine weitere Einschränkung des Verbrauches im Inland sein. Dasselbe ist der Fall, wenn Güter als Kompensationsartikel für wichtige Einfuhrwaren exportiert werden müssen, über die das Land selbst nur in beschränktem Umfange verfügt (z. B. Elektrizität gegen Kohle).

Um diese Ausfuhr ohne entsprechende Gegenleistungen durchführen zu können, mußte die Schweiz dem Ausland Kredite gewähren, was in der Form von Clearingvorschüssen zugunsten der Exporteure geschah, denn ohne diese Vorschüsse hätte die Ausfuhr schließlich eingestellt werden müssen.

Auf die währungspolitischen Folgen dieser Bevorschussung der Clearingguthaben ist bereits früher hingewiesen worden: indem der Staat der Wirtschaft erhebliche Summen zur Verfügung stellen mußte, erhöhte sich die Kaufkraft im Inland, während die vorhandene Warenmenge abnahm, so daß ein weiterer Druck auf die Preise entstand. Auf der anderen Seite waren damit, wie K e l l e n b e r g e r bemerkt, auch Vorteile verbunden: „Dieses Verfahren erlaubt uns einen größeren Export, als er sonst bemessen wäre, beschäftigt unsere Industrie, die sonst bereits teilweise arbeitslos wäre, und macht das Ausland geneigt, uns mit gewissen Rohstoffen, Brennmaterial usw. zu beliefern“⁸.

A m o n n wirft allerdings die Frage auf, ob nicht diese zugunsten des Auslandes beschäftigten Produktivkräfte dem inländischen Bedarf dienstbar gemacht werden könnten, d. h. ob in diesem Falle nicht eine vermehrte Umstellung auf den landeseigenen Bedarf ins Auge gefaßt werden muß. Er ist der Ansicht, daß sich solche Exporte ohne entsprechende Importe nicht mit dem Argument, Arbeitslosigkeit verhindern zu wollen, rechtfertigen lassen, denn bei längerer Dauer des Krieges

⁸ Kellenberger, Kriegsfinanzierung und Inflationsverhütung, S. 24.

seien produktionspolitische Umdisponierungen durchaus möglich⁹. Wie aber A m o n n selbst zugibt, spielen im Kriegsfall politische Faktoren eine große Rolle, so daß nicht immer ökonomische Erwägungen ausschlaggebend sein können.

Ein anderes Problem wiederum ergab sich aus der Verschiebung im Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhrpreisen. Der Kriegsausbruch brachte aus verschiedenen Gründen ein rapides Ansteigen der Importgüterpreise mit sich, so z. B. infolge Preissteigerungen im Ausland, allgemein erhöhter Nachfrage nach kriegswichtigen Gütern, Ausnützen einer durch die kriegsbedingten Umstände erlangten monopolartigen Angebotsposition, Wegfall von Exportbeihilfen des Auslandes, gestiegener Transport- und Versicherungskosten etc. Namentlich die Transport- und Versicherungsspesen fielen bei der Importvertéuerung stark ins Gewicht; sie betrugen in manchen Fällen ein Vielfaches des Warenpreises.

Ganz allgemein war die Verlagerung unserer Handelsbeziehungen, d. h. die weitgehende Beschränkung auf dem Kontinent, mit einer Verminderung der Produktivität des Außenhandels verbunden, denn sie bedeutete in den meisten Fällen eine Verschiebung von den billigsten zu den teureren Bezugsquellen. Die Preise der Ausfuhr Güter stiegen zwar ebenfalls, doch nicht im gleichen Maße wie jene der Einfuhr Güter, da die Schweiz kaum über kriegswichtige Materialien verfügt, welche ein willkürliches Hinaufsetzen der Preise erlaubt hätten.

Der schweizerische Außenhandel war somit gekennzeichnet durch eine starke mengenmäßige Schrumpfung und eine erhebliche wertmäßige Zunahme der Einfuhr und eine — wenigstens anfänglich — sich relativ gut haltende Ausfuhr, die wertmäßig, im Vergleich zur Einfuhr, nur langsam anstieg¹⁰. Diese Entwicklung wird besonders anschaulich, wenn wir die bei Ein- und Ausfuhr eingetretene Teuerung in Prozenten einander gegenüberstellen (Basisjahr: 1938)¹¹:

⁹ Vgl. A m o n n, a. a. O., S. 79.

¹⁰ Vgl. die wert- und mengenmäßigen Außenhandelszahlen im erwähnten Statistischen Handbuch des schweizerischen Geld- und Kapitalmarktes, S. 242.

¹¹ Vgl. «Der schweizerische Außenhandel unter den Einwirkungen des Krieges 1939—1945», bearbeitet von der Handelsstatistik der Oberzolldirektion, in «Die Volkswirtschaft», 19. Jg., 1946, Heft 1, S. 5.

(Jan.—Sept.)

	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Einfuhr	0,1	32,7	80,6	115,9	127,3	134,1	158,6
Ausfuhr	2,9	14,1	31,1	61,1	95,9	113,9	94,9

Anfänglich bestand also eine ausgeprägte Preisschere zu Ungunsten der Ausfuhr, die sich erst in den Jahren 1942—44 etwas schloß, indem eine Annäherung an das Niveau der Einfuhrpreise erfolgte.

Diese Verschiebung im Verhältnis zwischen den Ein- und Ausfuhrgüterpreisen bedeutete eine Verschlechterung des realen Austauschverhältnisses und damit, wie erwähnt, abnehmende Produktivität des Außenhandels. Die Ueberhöhung der Importpreise ist aber nicht nur vom Gesichtspunkt eines günstigen realen Austauschverhältnisses, sondern auch wegen der Rückwirkungen auf das inländische Preisniveau unerwünscht. Es muß daher versucht werden, diese Einflüsse nach Möglichkeit abzuschwächen bzw. zu eliminieren.

A m o n n betrachtet in einem solchen Falle eine Aufwertung als das geeignete Mittel¹². Gegen die Einwände, daß es fraglich sei, ob das Ausland seine Produkte „billiger“ abgeben bzw. für unsere eigenen Ausfuhrgüter mehr bezahlen würde, bringt er vor, daß es „in seiner Währung genau denselben Preis“ für seine Ware erhalten hätte, während die eigenen erhöhten Exportpreise angesichts der stark eingeschränkten internationalen Konkurrenz kaum ins Gewicht gefallen wären. Man hätte übrigens, so schlägt er vor, die Exportpreise etwas reduzieren und damit die volle Auswirkung der Aufwertung* zugunsten des Auslandes mildern können.

A m o n n nimmt auch gegen die im „Bericht“ geäußerten Argumente gegen eine Aufwertung Stellung. Sie wird dort abgelehnt, weil erstens nach der Abwertung von 1936 eine Ueberhöhung des Preisniveaus nach außen weiterbestanden habe, zweitens durch eine Aufwertung deflatorische Erscheinungen im Inland und eine Erschwerung des Exportes zu befürchten

¹² Amonn, a. a. O., S. 79/80.

* Im Text (S. 80) heißt es — wohl infolge eines Druckfehlers — «Abwertung».

gewesen wären und drittens die Nationalbank Buchverluste erlitten hätte¹³.

A m o n n hält demgegenüber fest, daß diese Argumentation im Hinblick auf normale Zeiten zwar richtig sei, jedoch der durch den Krieg geschaffenen Lage nicht gerecht zu werden vermöge. Man müsse berücksichtigen, daß sich die Struktur des Außenhandels infolge des Krieges völlig verändert habe. Das Interesse am Export sei allgemein nicht mehr so groß wie in Friedenszeiten. Die Ausfuhr gewisser Güter müsse zwar aufrechterhalten werden; für andere dagegen bestehe im Inland selbst Verwendung. Es gelte daher, eine „differenzierte“ Außenhandelspolitik zu betreiben, was bei höherem Goldwert des Frankens eher leichter durchführbar sei. Allfällige durch die Aufwertung hervorgerufene deflatorische Effekte könnten ohne große Mühe verhindert bzw. korrigiert werden.

Einen anderen Weg, die Wirkungen der gestiegenen Importpreise abzuwehren, will B o ß h a r d t¹⁴ beschreiten. Er weist zunächst darauf hin, daß man nicht die gesamte Verteuerung der Einfuhrgüter als „warensseitig“ betrachten dürfe, da in den Importgüterpreisen eine nicht geringe Inflationskomponente als Folge einer inflatorischen Entwicklung in den betreffenden Lieferländern enthalten sei. Diese Inflationskomponente muß nun wieder auf das Ausland „abgewälzt“ werden, indem man die Preise der eigenen Exportprodukte erhöht, und zwar nicht nur in dem Ausmaß, „als der darin enthaltene Rohstoffanteil teurer geworden ist“, sondern der gesamte Export muß soweit verteuert werden, „daß ein gesamtwirtschaftlicher Mehrerlös erzielt wird, welcher groß genug sein muß, um die Mehrkosten der Gesamteinfuhr nach Möglichkeit auszugleichen“.

B o ß h a r d t übersieht aber offenbar, wie A m o n n, die Tatsache, daß die Schweiz nur über wenig Exportartikel verfügt, die vom Ausland ohne Rücksichten auf Preiserwägungen nachgefragt werden. J ö h r bemerkt dazu, daß zwar durch Hin aufsetzung der eigenen Exportpreise das Gleichgewicht in der

¹³ Vgl. «Bericht», 18. These, S. 126. — Die gleichen Argumente werden von der Preisbildungskommission geltend gemacht (siehe «Ueber die Beeinflussung der Preisbildung, speziell von der Geldseite her», in «Die Volkswirtschaft», 13. Jg., 1940, Heft 2, S. 72.

¹⁴ Vgl. Boßhardt, Steuern oder Inflation!, S. 14/15.

Handels- und Leistungsbilanz wieder herbeigeführt, der Einfluß der gestiegenen Importgüterpreise jedoch nur dann abgeschwächt werden kann, wenn die erhöhten Exportgewinne zur Ermäßigung der Importe herangezogen werden. Andernfalls verursachen die Exportgewinne lediglich eine Verbreiterung des Einkommensstromes und damit eine Verstärkung der Tendenz zu Preissteigerungen¹⁵.

An anderer Stelle setzt sich B o ß h a r d t¹⁶ erneut mit dem „Problem der ungleichen Teuerung oder der ungleichen Geldentwertung in Ländern, die miteinander Handel treiben“, auseinander. Er weist darauf hin, daß die Preise im Ausland infolge inflatorischer Kriegsfinanzierung um das Drei-, Fünf- und zum Teil sogar Zehnfache stiegen, während sich die eigenen Exportpreise nur um 50—100, in vereinzelt Fällen vielleicht 200 % erhöhten. Daraus ergab sich die Schwierigkeit, die überhöhten Preise des Auslandes mit dem inländischen Preis- und Lohnniveau in Uebereinstimmung zu bringen.

Unter normalen Verhältnissen, so führt B o ß h a r d t weiter aus, wäre diese Uebereinstimmung automatisch durch eine Korrektur der Wechselkurse erfolgt. Die Devisenbewirtschaftung verunmöglichte jedoch eine solche automatische Anpassung. Die Inflationsländer hüteten sich ängstlich davor, an den festgesetzten Wechselkursen (Clearingkursen) Änderungen vorzunehmen und damit die Geldentwertung im Landesinnern einzugestehen; vielmehr zogen sie es vor, die Kurse zum Nachteil ihrer Güterversorgung aufrechtzuerhalten oder ihre Währungen gar aufzuwerten¹⁷.

Die naheliegendste Gegenmaßnahme hätte nun darin bestanden, die eigene Währung aufzuwerten, wie dies von A m o n n vorgeschlagen worden ist. B o ß h a r d t gibt aber zu bedenken, daß die Schweiz auch mit Ländern im Verkehr stand, welche keine oder keine größere Inflation als die Schweiz selbst aufwiesen; wir wären daher diesen Ländern gegenüber

¹⁵ W. A. Jöhr, Zur Frage der kreislaufgerechten Kriegsfinanzierung. Bemerkungen im Anschluß an die Schriften Amonns und Boßhardts, in Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 79. Jg., 1943, Heft 5, S. 391.

¹⁶ Vgl. A. Boßhardt, Der schweizerische Außenhandel heute und in der Zukunft, St. Galler Tagblatt, 7. Januar 1943, Nr. 10.

¹⁷ Vgl. 12. Jahresbericht der BIZ, 1. 4. 1941—31. 3. 1942, S. 45.

„vollkommen konkurrenzunfähig“ geworden. Aus diesem Grunde konnte es sich nur darum handeln, eine „partielle Korrektur des Wechselkurses“ vorzunehmen. Die Lösung mußte deshalb in einem System von Exportabgaben gesucht werden, die „im Effekt nichts anderes als eine Valutakorrektur gegenüber hochinflationistischen Staaten“ bedeuteten. Dieses System hat sich als notwendig erwiesen, um einen Stillstand im Güteraustausch mit den Inflationsländern und die Zersplitterung des Clearingverkehrs in private Tauschgeschäfte zu verhindern.

Die Befürchtungen B o ß h a r d t ' s, die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie würde durch eine Aufwertung bedroht, dürfte allerdings weniger ins Gewicht fallen, da — wie A m o n n betont — die Konkurrenz in Kriegszeiten stark eingeschränkt ist; hingegen ist erneut darauf hinzuweisen, daß die betreffenden Länder wohl nicht gewillt gewesen wären, eine willkürliche Verteuerung unserer Exportprodukte zu akzeptieren und ihr Waren zu den bisherigen Preisen zu liefern.

In diesem Zusammenhang ist A m o n n ganz allgemein entgegenzuhalten, daß es fraglich ist, ob mit einer Aufwertung die gewünschten Wirkungen überhaupt hätten erzielt werden können. Die Voraussetzung dafür ist — wie für jede Währungskorrektur — nur bei freiem internationalem Handel und freiem Devisenverkehr gegeben. Im übrigen ist bereits erläutert worden, weshalb seiner Argumentation, der Außenhandel verliere in Kriegszeiten allgemein an Interesse, nicht zugestimmt werden kann.

Auch von Seiten der Nationalbank hat man sich gegen eine Aufwertung ausgesprochen, obwohl sie vom theoretischen Standpunkt zu begrüßen gewesen wäre; sie hätte scharfe Kreditrestriktionen und eine Erschwerung der Lage der Exportindustrie zur Folge gehabt¹⁸. Außerdem dürfe man von ihr keine wesentliche Verbilligung der Importe erwarten, sondern es müßte im Gegenteil damit gerechnet werden, daß eine Aenderung der Clearingkurse eine entsprechende Aenderung der Preisgrundlage nach sich ziehen würde. Es bleibe daher nichts anderes übrig, als dem Ausland die verlangten Preise zu be-

¹⁸ Vgl. Referat des Präsidenten des Nationalbankdirektoriums zum Geschäftsbericht für das Jahr 1939, Monatsbericht der Nationalbank, 15. Jg., März 1940, S. 52.

zahlen und die Transportkosten zu tragen. Der Preisauftrieb im Inland werde durch den ausgesprochenen Warenmangel und die fehlende Konkurrenz verursacht. An dieser Tatsache vermöge auch eine Aufwertung nichts zu ändern¹⁹.

Zur Abschwächung des absoluten Ausmaßes der Importverteuerung im Inland hat die Preisbildungskommission die Herabsetzung von Zöllen und andere Maßnahmen der Zollpolitik sowie die Ausrichtung von Einfuhrsubventionen, d. h. die Abgabe von Importwaren an den Handel oder die verarbeitenden Industrien zu einem unter den effektiven Selbstkosten liegenden Preis vorgeschlagen, weist aber selbst darauf hin, daß diesen Möglichkeiten aus fiskalischen Gründen relativ enge Grenzen gesetzt sind²⁰. Infolgedessen ist nochmals das bei B o ß h a r d t erwähnte System von Exportabgaben in Betracht zu ziehen, wonach die Exporteure einen Teil ihrer gestiegenen Erlöse abliefern müssen, damit die Einfuhrgüterpreise ermäßigt werden können. Es handelt sich dabei um ein den deutschen Exportbeihilfen, wie sie bis zum Kriegsausbruch zur Anwendung gelangten, entgegengesetztes Verfahren. Die Verbilligung des Imports durch Belastung des Exports ist in der Praxis mittels Preisausgleichskassen verwirklicht worden. Wir werden darauf noch im folgenden Kapitel zu sprechen kommen.

Die außerordentlichen kriegswirtschaftlichen Verhältnisse haben noch weitere Eigentümlichkeiten im Außenhandel zur Folge gehabt. Normalerweise ergibt sich im Warenhandelsverkehr mit dem Ausland ein Einfuhrüberschuß von einigen hundert Millionen Franken, der aus den Erlösen des sog. „unsichtbaren“ Exportes, d. h. aus Einnahmen im Fremdenverkehr, Bank- und Versicherungsgeschäft, Transithandel, Erträgen aus Kapitalanlagen im Ausland etc. gedeckt wird. Die stockenden Einfuhren führten jedoch zu einer abnehmenden Passivität der Handelsbilanz, die zeitweise sogar aktiv war, was auf einen gütermäßigen Substanzverlust hindeutete. Gleichzeitig entwickelten sich die Einnahmen aus dem unsichtbaren Export rück-

¹⁹ Vgl. zum Referat des Präsidenten des Nationalbankdirektoriums zum Geschäftsbericht für das Jahr 1941, Monatsbericht der Nationalbank, 17. Jg., März 1942, S. 56.

²⁰ Zur Frage der Beeinflussung der Preisbildung von der Warensseite, in «Die Volkswirtschaft», 14. Jg., 1941, Heft 6, S. 129.

läufig, zum Teil aus naheliegenden Gründen (Unterbindung des Fremdenverkehrs), z. T. infolge der ausländischen Devisenvorschriften, Stillhalteabkommen oder ähnlichen Vereinbarungen sowie Sperrung von Guthaben im Ausland usw. Außerdem war die Möglichkeit der Realisierung von Kapitalerträgen durch Güterimporte sehr beschränkt.

Während also in Friedenszeiten die genannten Posten das Defizit der Handelsbilanz decken, verhinderte im Kriege die sinkende Passivität im Warenverkehr ein wachsendes Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz. Diese wiederum erfuhr infolge des zunehmend gebundenen Zahlungsverkehrs eine „Aufspaltung“ in eine „Mehrzahl von Salden“, so daß eine passive Handelsbilanz gegenüber den anderen neutralen Ländern und den Balkanstaaten durch Abgabe von Gold ausgeglichen werden mußte, der Aktivsaldo im Warenaustausch mit Deutschland und den besetzten Gebieten als Gegenposten die Clearingvorschüsse aufwies und die aktive Bilanz gegenüber den Dollar- und Pfund-Ländern zur Ansammlung gesperrter Guthaben führte. Die Deckung eines Importüberschusses von nicht einmal ganz 100 Millionen Franken im Jahre 1943 bereitete unter diesen Umständen die größeren Schwierigkeiten als die der wesentlich größeren Handelsbilanzdefizite in früheren Jahren²¹.

Damit sind einige wenige Probleme aufgezeigt worden, wie sie sich durch den Einbezug der neutralen Schweiz in die wirtschaftliche Kriegführung ergeben haben. Abschließend sei nochmals betont, daß es schwer hält, für die kriegswirtschaftliche Außenhandelspolitik allgemeingültige Richtlinien aufzustellen, da sich die äußeren Umstände stets ändern und die Entscheidung über außenwirtschaftliche Fragen weitgehend auf rein politischer Basis getroffen wird. Daß eine weitreichende Umstellung der Produktion mangels genügender Importe auch in einem rohstoffarmen Lande möglich ist, hat die Erfahrung gezeigt. In jedem Falle aber ist es notwendig, den Außenhandel in einem beschränkten Umfange aufrecht zu erhalten. Das Ausland muß deshalb davon überzeugt werden, daß wir nur dann auf die Dauer liefern können, wenn unsere Zufuhren nicht allzu

²¹ Vgl. Referat des Präsidenten der Nationalbank zum Geschäftsbericht für das Jahr 1943, Monatsbericht der Nationalbank, 19. Jg., März 1944, S. 54.

stark beeinträchtigt werden. Die einzigen wirksamen „Waffen“, über die die Schweiz ihrerseits auf dem Gebiete des Außenhandels verfügt, bestehen in der Elastizität und Produktionskapazität der Exportindustrie, in einem leistungsfähigen Transportsystem (Beschaffung und Betrieb eigener Verkehrsmittel im Ausland) und in der Bereitschaft, dem Ausland Kredite einzuräumen. Immerhin können damit, wenn man sie zweckmäßig handhabt, beachtliche Erfolge erzielt werden.

IV. Die Preispolitik

Das Mißverhältnis zwischen nominaler und realer Seite der Wirtschaft hat seine Ursache in der veränderten Produktionsstruktur, wie sie sich infolge der Veränderung im Verhältnis zwischen privatem und staatlichem Bedarf ergibt: das Angebot an Konsumgütern nimmt ab, während die Produktion für den staatlichen Bedarf gesteigert wird. Die in der staatlichen Sphäre erzeugten Einkommen wenden sich aber zusammen mit den in der produktiven Sphäre ausgeschütteten dem Markt für zivile Verbrauchsgüter zu, so daß — auch wenn wir den hypothetischen Fall eines unveränderten nominalen Volkseinkommens annehmen —, zwischen realer und nominaler Verbrauchsquote ein Ungleichgewicht entsteht, das einen ständigen Druck auf die Konsumgüterpreise ausübt. Der Preisauftrieb wird noch verstärkt, wenn die Wirtschaftssubjekte von ihren Einkommen mehr für den Verbrauch ausgeben oder sogar auf frühere Ersparnisse zurückgreifen. Zudem sind sie in der Regel bereit, in Zeiten der Warenverknappung höhere Preise zu bezahlen, während die Anbieter bestrebt sind, diese Tendenz auszunützen und die erwarteten Preissteigerungen vorwegzunehmen.

Der Uebergang zur Kriegswirtschaft bewirkt daher, daß eine ganze Reihe von Gütern in geringeren Mengen und höheren Preisen angeboten bzw. in größeren Mengen und zu höheren Preisen nachgefragt werden. Dies wird vor allem bei den Gütern des lebensnotwendigen Bedarfes der Fall sein. Da aber die Nachfrage nach solchen Artikeln sehr unelastisch ist, so müssen die Preise, wenn ihnen freier Lauf gelassen wird, be-

trächtlich steigen. Daneben gibt es zahlreiche Waren, die zwar nicht unmittelbar zum lebensnotwendigen Bedarf zu zählen sind, die aber trotzdem zu erhöhten Preisen nachgefragt werden (sogenannte „Luxusgüter des Massenbedarfs“ wie Tee, Kaffee, Tabak, Zigaretten usw.). Immerhin wird, wenn die Preise der unentbehrlichen Bedarfsartikel stark ansteigen, die Nachfrage der Wirtschaftssubjekte mit niedrigem Einkommen nach jenen Produkten absinken, doch ist anzunehmen, daß dieser Ausfall durch eine vermehrte Nachfrage der kaufkräftigeren Bevölkerungsschichten wettgemacht wird, umso mehr, als sich das Angebot rückläufig bewegt, da die meisten dieser Güter importiert werden müssen.

Aehnlich wie bei den lebensnotwendigen Bedarfsartikeln verhält es sich mit den Gütern des Wehrbedarfs. Die Dringlichkeit, mit welcher der Staat diese Güter benötigt und das zunächst noch ungenügende Angebot sind geeignet, deren Preise in die Höhe zu treiben. Der Staat muß außerdem, falls die Preisbildung den freien Marktkräften überlassen bleibt, mit dem zivilen Bedarf in Konkurrenz treten und höhere Preise bezahlen, um die zur Deckung seiner Bedürfnisse erforderlichen Produktivkräfte zu beschaffen¹.

Wenn man unter diesen Umständen die Preise, die den ganzen volkswirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozeß steuern, sich selbst überließe, so würden die Veränderungen im Wirtschaftsablauf, wie sie durch den Uebergang zur Kriegswirtschaft ohnehin eintreten, noch verschärft. Die Produktion würde in volkswirtschaftlich unerwünschte Bahnen gelenkt und die Erzeugung jener Güter forciert, wofür die höchsten Preise erzielt werden könnten und jene Nachfragenden ausgeschieden, deren Einkommen zu klein wäre, um die gestiegenen Preise zu bezahlen (Rationierung durch den Preis!). Neben den wirtschaftlich ungünstigen Folgen einer Erschütterung des Preisgefüges würden somit auch soziale Spannungen auftreten.

Um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, müssen die vorhandenen Preisauftriebskräfte eingedämmt werden. Zu diesem Zwecke ist es unerläßlich, eine direkte Beeinflussung der Preise vorzunehmen, d. h. eine eigentliche „Preispolitik“ zu be-

¹ Vgl. Amonn, Probleme der Kriegswirtschaft, S. 26 ff.

treiben. Das unmittelbare Ziel dieser Preispolitik besteht darin, die Preise nach Möglichkeit am Steigen zu hindern, damit einerseits die Preise der Konsumgüter auf einem erschwinglichen Niveau und anderseits die finanziellen Lasten des Staates in erträglichen Grenzen gehalten werden können; das mittelbare Ziel ist darauf gerichtet, Verschiebungen in der Einkommensverteilung zu verhüten.

Als das einfachste Mittel, Preissteigerungen zu verhindern, bezeichnet Amonn² den Preisstop. Man kann dabei zwischen einem absoluten und einem bedingten oder temporär begrenzten Preisstop unterscheiden.

1. Der absolute Preisstop hat zum Ziel, möglichst jede Preisteigerung auszuschalten. Um dies zu erreichen, genügt es nicht, die Preise der Endprodukte festzulegen, sondern die Behörden müssen ihren Einfluß bereits bei den Kostenelementen, d. h. bei den Preisen der Produktionsfaktoren geltend machen. Vor allem obliegt ihnen die Bestimmung der Lohnhöhe und die Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Produktionszweige und Betriebe. Daraus geht hervor, daß ein absoluter Preisstop die unbeschränkten Machtbefugnisse des totalitären Staates voraussetzt.

Die Nachteile eines solchen Systems sind offensichtlich: zunächst sind es Schwierigkeiten technisch-organisatorischer Art, die aus der Kontrolle der Kosten in den einzelnen Betrieben erwachsen und einen umfangreichen Beamtenstab erfordern. Die Behörden werden daher eine Vereinfachung in Form von Kalkulationsvorschriften anstreben. Die Gefahren der Schematisierung der Preisbildung sind jedoch sehr groß. Sichern die festgesetzten Preise den Unternehmern die Deckung der Kosten und einen angemessenen Gewinn, so wird ihre Initiative nachlassen und eine Stagnation der Produktion eintreten. Ist die Gewinnmarge sehr kurz bemessen, so werden sich die Produzenten — und namentlich die Grenzproduzenten — zwar bemühen, ihre Kosten zu senken; wahrscheinlicher ist aber, daß sie versuchen, den Preisstop zu umgehen. Die fixierten Preise werden aber auch je länger je weniger der tatsächlichen Markt-

² Vgl. Amonn, a. a. O., S. S. 59.

situation entsprechen und über den verschiedenen Grad der Knappheit der einzelnen Güter und Dienstleistungen nicht mehr den notwendigen Aufschluß erteilen, so daß eine Orientierung an den Preisen verunmöglicht wird. In Kriegszeiten, wo sich das Bedarfsschema rasch ändern kann, muß sich daher eine starre Bindung der Preise doppelt nachteilig auswirken.

Ueberdies ist zu bedenken, daß, solange die Preise mit den effektiven Angebots- und Nachfrageverhältnissen nicht übereinstimmen, der Erfolg des Preisstops in Frage gestellt ist, denn das Gesetz von Angebot und Nachfrage bleibt stets latent wirksam. Die Anbieter werden infolgedessen auch aus diesem Grunde bestrebt sein, den Preisstop auf irgend eine Weise zu umgehen, wogegen die Preisbehörden in vielen Fällen machtlos sind (z. B. veränderte Zahlungs- und Lieferungsbedingungen, Verminderung der Auswahl und Beschränkung auf einige Artikel, welche den höchsten Gewinn einbringen sowie Koppelgeschäfte, wo der Kauf einer Ware mit geringer Gewinnspanne vom gleichzeitigen Bezug einer anderen Ware mit höherer Marge abhängig gemacht wird, ferner Qualitätsverschlechterungen, Abwandern bestimmter Waren auf den „schwarzen Markt“ etc.).

2. Der bedingte Preisstop stellt eine elastischere Form der Preispolitik dar. Er ermöglicht die Ueberwachung der Preise von einem bestimmten Stichtag an, nach dem Preiserhöhungen nur noch nach Einholen der amtlichen Genehmigung erlaubt sind³. Die Preiskontrolle beschränkt sich dabei im wesentlichen darauf, ein Steigen der Preise über die realen Kosten hinaus zu verhindern und damit das spekulative Zurückhalten und Hamstern von lebensnotwendigen Gütern und die Erzielung übermäßiger Gewinne, namentlich bei Staatsaufträgen, zu unterbinden.

Vor allem in einem Staate, dessen Wirtschaft nicht zentral gelenkt und der wirtschaftlich weitgehend vom Ausland abhängig ist, kann ein Steigen der Preise im Kriege a priori

³ Vgl. Bundesratsbeschluß und Verfügung 1 des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes betr. die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung vom 1. 9. 1939 bzw. 2. 9. 1939, Eidg. Gesetzsammlung, Bd. 55 (neue Folge), Jg. 1939, S. 817 und 820.

nicht unterdrückt werden. Die Verteuerung der Importwaren muß sich in den Produktionskosten der Inlandgüter auswirken, ebenso die durch Produktionsumstellungen bedingten höheren Kosten. Der vermehrte Aufwand an Produktionsfaktoren hat steigende Geldkosten zur Folge, so daß die Preise entsprechend hinausgesetzt werden müssen. Würde man diese Preiserhöhungen nicht zulassen, so könnten die Produzenten ihre Kosten nicht mehr decken, was mit schwerwiegenden Rückwirkungen auf die Produktion verbunden wäre. Eine vollständige Stabilisierung des Preisniveaus (wie dies z. B. in Deutschland, dessen Außenhandel streng reguliert war, durchgeführt werden konnte) ist daher unmöglich. Die Aufgabe der Preiskontrolle besteht unter diesen Umständen darin, die inflatorischen, d. h. geldseitig bedingten und damit wirtschaftlich nicht „legitimen“ Preissteigerungen zu hemmen und in Schranken zu halten. Es fallen darunter alle Kostenerhöhungen, die bloß nominellen Charakter tragen wie Erhöhung der Löhne und Gehälter, der Unternehmergewinne und -löhne, der Zinsen, Dividenden usw.

Als oberster Grundsatz der Preiskontrolle ist demnach das Realkostenprinzip zu betrachten, wonach Preisaufschläge, die kostenmäßig nachweisbar gerechtfertigt sind, bewilligt werden. Die Unterscheidung zwischen realen und nominalen Kosten erweist sich somit für die Handhabung der Preiskontrolle als unentbehrlich, obwohl sie von der Betriebswirtschaft nicht angewendet wird.

Die Importverteuerung fällt bei den realen Kostensteigerungen am meisten ins Gewicht. Im Interesse der Sicherstellung der Landesversorgung müssen jedoch die vom Ausland geforderten Preise bezahlt werden: „Im allgemeinen wird die Kontrolle der Preise . . . die vom Ausland kommenden Preiserhöhungen sich auswirken lassen, um die Versorgung aus dem Ausland nicht zu gefährden“⁴.

Wie wirkt sich die Importverteuerung auf das inländische Preisniveau aus? Wir orientieren uns dabei am besten an den beiden wichtigsten schweizerischen Indexzahlen, d. h. am Lebenskosten- und Großhandelsindex. Die Steigerung der Importwarenpreise übt nach Böhler⁵ naturgemäß einen großen

⁴ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 168.

Einfluß auf den inländischen Preisspiegel und damit die Preisindices aus, da fast die Hälfte der Gesamtgewichtung im Großhandelsindex (der in erster Linie Repräsentant der Rohstoffpreise ist) auf Einfuhrgüter fällt, deren Verteuerung sich wiederum sowohl direkt als auch indirekt auf den Lebenskostenindex auswirkt — direkt, soweit es sich um in diesem selber enthaltene Importwaren handelt und indirekt, indem solche in fast alle Inlandgüter eingehen.

H ä n e ⁶ gelangt auf Grund einer Untersuchung über diese Frage zu folgenden Schlußfolgerungen: die verschiedenen Preisebenen werden von der ausländischen Preisentwicklung ungleichmäßig berührt, wobei die Rohstoffpreise am stärksten, die Lebenshaltungskosten am schwächsten reagieren, da am wenigsten ausländische Preiskomponenten bei ihrer Preisbildung mitwirken. Der ausländische Einfluß auf das inländische Preisniveau läßt sich indessen statistisch nicht genau ermitteln, weil neben der unmittelbaren Wirkung der steigenden Importpreise auch mittelbare Anstöße auf dem Umweg über die Lebenskosten und Löhne, Handels- und Verarbeitungskosten etc. stattfinden. Desgleichen wird auf die empirische Tatsache verwiesen, daß die Großhandelspreise der Inlandwaren in einer Hausseperiode hinter den Großhandelspreisen für Importgüter zurückbleiben, während die Kleinhandelspreise (Lebenskosten exkl. Miete) die Bewegungen der ersteren ziemlich ausgeprägt mitmachen, die Lebenskosten hingegen eher langsamer steigen. Zur Preisentwicklung nach Kriegsausbruch (1939) bemerkt H ä n e, daß sie sich gegenüber der Abwertungsperiode 1936/1937 durch vermehrtes Angleichen der Inlandpreise und damit des Großhandelstotalindex an die Importpreiserhöhung kennzeichnete und sich dementsprechend auch die Kleinhandelspreise und Lebenshaltungskosten ausgeprägter hoben.

3. Ueber die Möglichkeit, das Ausmaß der Importverteuerung im Inland zu mildern, ist bereits einiges gesagt worden

⁵ Böhler, Das Preisproblem in der schweizerischen Kriegswirtschaft, Gutachten zuhanden des Schweizerischen Städteverbandes, Zürich, Ende August 1941, S. 18/19.

⁶ M. Haene, Welchen Einfluß hat die Gestaltung der ausländischen Preise auf das schweizerische Preisniveau?, Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 76. Jg., 1940, Heft 2, S. 195 ff. (Gutachten im Rahmen des «Berichts»).

(vgl. C III), so z. B. über eine Aufwertung, die — theoretisch gesehen — zu begrüßen gewesen wäre, aus wirtschaftspolitischen und politischen Gründen jedoch nicht durchführbar war; ferner sind Zollherabsetzungen und ähnliche Maßnahmen der Zollpolitik (Reduktion von Preiszuschlägen) sowie Ausrichtung von Einfuhrsubventionen genannt worden, wobei man sich davon allerdings keine großen Effekte versprechen darf, denn einerseits kann es nicht im Interesse des Staates liegen, in Zeiten einer vermehrten finanziellen Belastung eine wichtige Einnahmequelle, die ohnehin an Bedeutung verliert, noch weniger ergiebig zu gestalten, andererseits würde die konsequente Subventionierung der Einfuhr gewaltige Summen erfordern, so daß die Volkswirtschaft die Importverteuerung lediglich in anderer Form (z. B. massive Besteuerung) zu tragen hätte. Immerhin wäre es dann möglich, die Lasten so zu verteilen, daß die minderbemittelten Bevölkerungsschichten die Preissteigerungen nicht in vollem Umfange zu spüren bekommen.

In Anbetracht der geringen Wirksamkeit dieser Mittel ist daher eine Ueberwälzung der gestiegenen Einfuhrgüterpreise zulasten der von den Unternehmern angesammelten Reserven oder anderweitiger Ersparnisse anzustreben⁷. Unter den „anderweitigen Ersparnissen“ sind Kosteneinsparungen zu verstehen, wie sie durch Rationalisierung der Erzeugung und Verteilung mittels Normung, Typisierung und ähnlichen Maßnahmen erzielt werden können (dies gilt grundsätzlich auch für die inlandbedingten Produktionskostensteigerungen). Die Preisüberwachungsbehörden können die Rationalisierung fördern, indem sie in der Bewilligung von Preiserhöhungen Zurückhaltung üben (vgl. C II).

Ein anderer Weg, die gestiegenen realen Kosten nicht voll zur Auswirkung gelangen zu lassen, besteht darin, die Handelsspannen zu reduzieren oder sie wenigstens nicht über ihre absolute Höhe steigen zu lassen, indem man die üblichen prozentualen Zuschläge untersagt. Dadurch wird erreicht, daß die Preise verhältnismäßig hinter der Kostensteigerung zurück-

⁷ Vgl. die Postulate der Eidg. Preiskontrollkommission vom 11. 3. 1943, in «Vier Jahre wirtschaftliche Landesverteidigung», S. 123 ff. (2. These).

bleiben⁸. Dieses Verfahren hat am ehesten dort Erfolg, wo das Produkt bis zu seiner Vollendung mehrere Produktionsstufen durchläuft.

Es ist jedoch fraglich, ob auf diese Weise nennenswerte Erfolge erzielt werden können. Zahlreiche Betriebe würden durch eine Verkürzung ihrer Handelsspanne auf die Dauer in eine bedrängte Lage geraten, so daß mit deflatorischen Erscheinungen zu rechnen wäre. Stellt eine Unternehmung mehrere Artikel her, so kann sie günstigenfalls Verluste auf den einen mit den Erlösen aus den anderen, im Preise günstigeren Produkten decken. Die Folge davon wäre, daß die Waren, die mit Verlust bzw. geringem Gewinn verkauft werden, nur noch in reduziertem Umfange erzeugt oder überhaupt vom Markte verschwinden würden, falls kein Produktionszwang besteht (d. h. es käme zu analogen Erscheinungen wie beim Preisstop). Ist dies aber der Fall, so müßten die Produzenten versuchen, ihre Kosten zu senken, was nicht immer möglich ist.

Ein Steigen der Preise könnte nur dann verhindert werden, wenn man den hauptsächlichsten Kostenfaktor, d. h. die Löhne und damit die Geldkosten der Unternehmer senken würde. Ein solches Vorgehen müßte aber auf entschiedenem Widerstand stoßen und dürfte praktisch kaum durchführbar sein, namentlich unter kriegswirtschaftlichen Verhältnissen, wo vom Einzelnen erhöhte Leistungen verlangt werden. Hingegen wird es sich als notwendig erweisen, die Bewegung der Löhne scharf zu überwachen, da in der Kriegswirtschaft, die in der Regel einen Zustand der „Vollbeschäftigung“ herbeiführt, die Gefahr von Lohnsteigerungen, die nicht auf entsprechenden Leistungssteigerungen beruhen, besonders groß ist. So werden vor allem die konjunkturrell begünstigten Betriebe infolge des Mangels an Arbeitskräften und Spezialarbeitern bestrebt sein, die fehlenden Arbeiter durch Lohnüberbietungen an sich zu ziehen. Die dadurch erhöhten (nominalen) Kosten können zwar in bestimmtem Umfange vom Unternehmen selbst getragen werden, doch darf man diese Möglichkeit nicht zu hoch einschätzen (vor allem, wenn bereits eine Beschränkung der Gewinnmargen durch preispolitische Maßnahmen vorliegt), so daß die Lohnsteige-

⁸ Vgl. Preisbildungskommission, Zur Frage der Beeinflussung der Preisbildung von der Warensseite, S. 129.

rungen früher oder später auf die Preise überwältigt und die Ziele der Preispolitik somit durchkreuzt werden.

4. In praxi führt das Prinzip der Kostendeckung zur Festsetzung von Höchstpreisen oder Kalkulationsnormen. Die Höchstpreise können, je nach Produktionsbedingungen und verfügbaren Vorräten, in freierer Weise angesetzt werden, als wenn man lediglich auf die Preise eines zufällig gewählten Stichtages abstellt. Sie sollen grundsätzlich „die betriebsnotwendig anfallenden Kosten nebst einer angemessenen Reingewinn- und Risikomarge“ decken⁹; dasselbe wie die „betriebsnotwendig anfallenden Kosten“ bedeuten die „brancheüblichen Selbstkosten“¹⁰ oder, etwas näher präzisiert, die „Aufwendungen eines gutgeleiteten Betriebes bei normaler Finanzierung und Beschäftigung oder die entsprechend gewogenen Durchschnittskosten“ einer bestimmten Branche, die als Norm für die Kosten eines Erwerbszweiges gelten sollen¹¹.

Die Festsetzung von „Durchschnittskosten“ eines Produktionszweiges, von denen man bei der Bestimmung von Höchstpreisen ausgehen muß, ist insofern schwierig, als die einzelnen Betriebe eine unterschiedliche Kostenstruktur aufweisen. Es stellt sich daher die Frage, ob die Gestehungskosten der Grenzbetriebe oder der mittelmäßig arbeitenden Betriebe als Grundlage zu wählen sind. Vom produktionspolitischen Standpunkt gesehen müßte man von den Kosten der Grenzbetriebe ausgehen, während die zweite Methode den Vorzug hat, daß die Konkurrenz unter den Unternehmern in bestimmtem Umfange erhalten bleibt.

Unter den „brancheüblichen Selbstkosten“ sind, gemäß Definition der Eidg. Preiskontrollstelle, die „Selbstkosten des Durchschnittsbetriebes eines geschlossenen Erwerbszweiges“ zu verstehen. Zu ihrer Ermittlung sind nur „Betriebe mit guter Organisation“ heranzuziehen, denn auf diese Weise soll verhindert werden, „daß die Kosten offensichtlicher Fehlorgani-

⁹ Vgl. R. Pahud (Direktor der Eidg. Preiskontrollstelle), Grundsätze bei der Handhabung der staatlichen Preiskontrolle, in «Kalkulation, betriebswirtschaftliche Preispolitik und staatliche Preiskontrolle», herausgegeben vom Verband Schweiz. Bücherexperten, Zürich 1944, S. 135.

¹⁰ Vgl. Verfügung 1 des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes (EVD) vom 2. 9. 1939, Art. 2, lit. a.

¹¹ Vgl. Postulate der Eidg. Preiskontrollkommission (8. These).

sationen“, die ja auch in einer freien Marktwirtschaft auf die Dauer nicht existieren könnten, „unter dem Drucke der kriegswirtschaftlichen Verhältnisse im Preise vergütet werden können“¹². Demnach wäre also während des Krieges „die Zusammenlegung von unterbeschäftigten und unrationell arbeitenden Betrieben zu fördern“¹³, was unter Berücksichtigung der Materialknappheit zu begrüßen sein mag; immerhin sollte die Preiskontrolle nicht mit Absicht in dieser Richtung tätig sein.

Indem die Durchschnittskosten einem bzw. mehreren „gutgeleiteten“ Betrieben entnommen werden und die Betonung auf die „betriebsnotwendigen Kosten“ gelegt wird, soll erreicht werden, daß auch unter kriegswirtschaftlichen Verhältnissen und trotz staatlichen Eingriffen in den Preismechanismus grundsätzlich die Kosten, wie sie sich bei friedenswirtschaftlichen Konkurrenzbedingungen ergeben, ausschlaggebend bleiben. Die Aufrechterhaltung der Konkurrenz ist in jedem Falle von Vorteil, denn sie verhindert unsorgfältiges Wirtschaften und spornt zu Höchstleistungen an.

Bei der Beurteilung der einzelnen Kostenelemente stellen sich wiederum beträchtliche Schwierigkeiten ein. So muß z. B. den Abschreibungen, Rückstellungen und der Reservebildung Rechnung getragen werden. Hinsichtlich der kriegsbedingten Anlagen war, nach den Richtlinien der Eidg. Preiskontrollstelle, eine „der kürzeren Gebrauchsdauer und den überteuerten Anschaffungskosten“ angemessene Abschreibungsquote gestattet; ebenso durfte der kriegsbedingte Lagerabbau „im Rahmen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten“ in den Preisen berücksichtigt werden. Ferner sind Rückstellungen für „jedes klar voraussehbare und nachweisbare Risiko“ zugestanden worden, während durch die Beschränkung der Gewinne auch die Reservebildung eine Begrenzung erfuhr. Dies ist aber unvermeidlich, wenn ein unkontrolliertes Steigen der Preise verhindert werden soll. Ein „normal beschäftigtes“ Unternehmen wird trotzdem Rücklagen machen können. Auch die Gefahr des Preissturzes nach dem Kriege rechtfertigt nicht die Anlage weiterer finanzieller Reserven, da sie nicht als „voraussehbares“ Risiko

¹² Pahud, a. a. O., S. 136.

¹³ Vgl. Postulate der Eidg. Preiskontrollkommission (8. These).

zu betrachten ist und nicht „mit einer bestimmten Unternehmung oder Branche im Zusammenhang steht“, sondern, wenn ein Preiserfall tatsächlich eintritt, „die ganze Volkswirtschaft betreffen würde“.

In bezug auf die Lohnkosten hat sich die Preiskontrollstelle darauf beschränkt, darüber zu entscheiden, „inwieweit Löhne, Saläre und Gehälter bei der Preisberechnung als überwälzbare Kosten“ zu gelten hatten. Hinsichtlich der Steuern wurde die Regel aufgestellt, die Subjektsteuern (Einkommens- und Vermögenssteuern) nicht auf die Preise zu schlagen, sondern nur die Objektsteuern wie Zölle, Verkehrsabgaben, Umsatz- und Verbrauchssteuern — „soweit sie nicht durch Sonderzuschläge überwältzt werden“¹⁴.

Neben den „betriebsnotwendigen Kosten“ sollen die Höchstpreise einen „angemessenen“ oder „normalen“ Reingewinn einschließen. Unter „normalem“ Reingewinn ist jener Gewinn zu verstehen, „welcher nach Deckung der anfallenden Kosten sowie nach Berücksichtigung aller voraussehbaren Risiken eine stabile und, gesamtwirtschaftlich gesehen, gleichmässige Belohnung für den wirtschaftlichen Einsatz des betriebsnotwendigen Kapitals und für die Unternehmerbetätigung darstellt“¹⁵. Dagegen soll das Kostenprinzip verhindern, daß Gewinne, die „mit der allgemeinen Wirtschaftslage unvereinbar“ sind, entstehen¹⁶. Dadurch wird aber nicht bezweckt, das Leistungsprinzip zu unterdrücken, was vom produktionspolitischen Standpunkt durchaus verfehlt wäre, sondern „überdurchschnittlich leistungsfähigen Betrieben ist ein Leistungsgewinn zu belassen“¹⁷. Dagegen ist es die Aufgabe der Preiskontrolle, gegen die reinen „Konjunkturgewinne“, wie sie sich aus den kriegsbedingten Nachfrageverschiebungen ergeben, vorzugehen. Daraus folgt, daß nicht in jedem Falle die Höchstpreise zur Anwendung gelangen dürfen. Ist die Gewinnspanne, die auf diese Weise erzielt würde, sehr hoch, ohne daß der Unternehmer durch eine besondere Leistung dazu beigetragen hat, so

¹⁴ Vgl. Pahud, a. a. O., S. 139 ff. und Postulate der Preiskontrollkommission.

¹⁵ Pahud, a. a. O., S. 142.

¹⁶ Vgl. Verfügung 1 des EVD.

¹⁷ Vgl. Postulate der Preiskontrollkommission (8. These).

ist sie als „mit der wirtschaftlichen Lage unvereinbar“ zu betrachten; beruht sie dagegen auf einer ausgesprochenen Leistung des Unternehmers, so ist sie diesem als „Leistungsprämie“ zu überlassen. In Praxi dürfte eine klare Scheidung in diesem Sinne allerdings sehr schwierig sein.

5. Nun lassen sich aber gewisse Ausnahmen vom Grundsatz der Kostendeckung wohl kaum vermeiden, wenn nachteilige Rückwirkungen, z. B. auf die Produktion, umgangen werden sollen (wie ja auch ein absoluter Preisstop kaum mit eiserer Konsequenz durchgeführt werden kann).

Zunächst gilt es auf jene Erwerbszweige Rücksicht zu nehmen, welche vor dem Kriege infolge der besonderen strukturellen Verhältnisse unter einer Unterbewertung ihrer Erzeugnisse zu leiden hatten, wie dies z. B. in der Schweiz bei der Landwirtschaft und der Textilindustrie der Fall gewesen ist. Unter diesen Umständen ist eine Sonderbehandlung gerechtfertigt, namentlich wenn es sich darum handelt, die betreffende Produktion nach Möglichkeit zu steigern, doch besteht dann allerdings die Gefahr, daß die Produzenten, die Situation ausnützend, ungerechtfertigte Preisbegehren stellen¹⁸.

Als weiterer Faktor ist die Beschäftigungslage in den verschiedenen Betrieben bzw. Branchen in Betracht zu ziehen. Eine konsequente Befolgung des Kostenprinzips würde, wie Böhler bemerkt, dazu führen, „daß bei gestiegener Beschäftigung ... die Preise entsprechend gesenkt, bei sinkender Beschäftigung entsprechend erhöht würden“¹⁹. Dies würde aber zu unliebsamen Preisschwankungen führen und eine gleichmäßige Preisentwicklung vereiteln. Infolgedessen muß bei der Preisfestsetzung von einem „normalen Umsatz bzw. Vollbeschäftigung“ ausgegangen werden²⁰. Um jedoch „unbillige Härten in betriebswirtschaftlicher oder sozialer Hinsicht“ zu vermeiden, können Ausnahmen vorgesehen werden, wobei „in erster Linie auf das Jahresergebnis und die wirtschaftliche Lage des ge-

¹⁸ Vgl. Böhler, Die schweizerische Preissituation und das Problem der Preisstabilisierung, Gutachten zuhanden des Schweiz. Städteverbandes, Zürich 1942, S. 28 ff.

¹⁹ Böhler, Die staatliche Preiskontrolle im allgemeinen, in «Kalkulation, betriebswirtschaftliche Preispolitik und staatliche Preiskontrolle», S. 114.

²⁰ Pahud. a. a. O., S. 137.

samten Unternehmens“ abzustellen ist. In jedem Falle aber muß „ein angemessener Teil der infolge des Umsatzrückganges eingetretenen Kostenverteuerung vom Unternehmen selbst“ getragen werden²¹.

Eine Ausnahmestellung hat ferner der Export erfahren²². Vom Standpunkt eines günstigen realen Austauschverhältnisses im Außenhandel kann eine solche Vorzugsbehandlung nur begrüßt werden, da ja auch die Importgüterpreise steigen. Indessen ist zu beachten, daß die hohen Preise in der Exportindustrie die Tendenz haben, die Preise der Inlandgüter „mitzuziehen“. Man muß daher eine Beeinflussung dieser Preise seitens der Preise der Außenhandelswaren verhindern. Die erhöhten Exporterlöse sind aber auch der Allgemeinheit dienstbar zu machen, ansonst die Exportindustrie eine Sonderprämie realisiert, die bei freier Preisbildung nicht entstanden wäre, während die Konsumenten die ganze Importverteuerung zu tragen hätten. Es ist daher nur recht und billig, „aus Rücksicht auf das gesamte Preisniveau und die Gleichmäßigkeit der Einkommensverteilung die überdurchschnittlichen Exporterlöse zur Verbilligung der Importe heranzuziehen“²³.

Eine sinnvolle Anwendung des Realkostenprinzips setzt voraus, daß keine inflatorischen Preis- und Einkommenserhöhungen stattfinden. Gewisse Ausnahmen vom Realkostenprinzip sind, wie wir soeben erörtert haben, unumgänglich; sie werden sich auch dort als notwendig erweisen, wo eine maximale Produktionsleistung besonders erwünscht ist. Indessen ist es nicht dasselbe, „ob Ausnahmen von der Regel gemacht werden oder ob die Regel zur Ausnahme gemacht wird“²⁴. Erfährt die bisherige Einkommensverteilung, die grundsätzlich als „gerecht“ betrachtet wird, durch inflatorische Preiserhöhungen eine Verschiebung, so müßte man alle Einkommen entsprechend steigen lassen, so daß vom Realkostenprinzip nicht mehr viel übrig bleibt. Es ist daher auch verfehlt, nominale Lohnerhöhungen wie reale Kostensteigerungen zu behandeln. Böhler verhält sich deshalb auch gegenüber einer Durchbrechung des Kosten-

²¹ Siehe Postulate der Preiskontrollkommission (4. These).

²² Vgl. Verfügung 1 des EVD.

²³ Böhler, a. a. O., S. 114.

²⁴ Amonn, a. a. O., S. 60.

grundsatzes zwecks Produktionsanreiz (wie z. B. in der Landwirtschaft) ablehnend. Die Produktion — so führt er aus — sei nicht durch „Uebergewinne“, sondern hauptsächlich durch staatliche Lenkungsmaßnahmen anzuregen, wodurch das Leistungsprinzip nicht ausgeschaltet werde. Anhand früherer Beobachtungen beweist er, daß man sich von der stimulierenden Wirkung erhöhter Preise nicht zuviel versprechen dürfe. Außerdem könnte dadurch statt einer Vermehrung des Angebots ein spekulatives Zurückhalten der Waren hervorgerufen werden. Mit einer „vernünftigen Stabilisierung der Gewinnmargen“ werde daher ein „fortlaufendes Marktangebot“ viel eher erreicht²⁵.

Je mehr Ausnahmen vom Realkostenprinzip zugelassen werden und je mehr eine inflatorische Geldvermehrung stattfindet, desto schwieriger gestaltet sich die Aufgabe der Preiskontrolle, denn „da der Preisstand im wesentlichen vom Verhältnis der Nominaleinkommen zur verfügbaren Güterproduktion und Einfuhr abhängt“, hat die Preiskontrolle auf die „absolute Höhe des Preisniveaus“ nur einen „sekundären Einfluß“²⁶. Dazu ist jedoch zu bemerken, daß — obwohl es „bei einem System der beweglichen Preisbildung entgegen theoretischen Erörterungen“ nicht gelingen wird, „nominelle Teuerungsfaktoren vollständig zu unterdrücken“²⁷ — die Preiskontrolle ein geeignetes Mittel ist, um den Einfluß dieser „nominellen Teuerungsfaktoren“ beträchtlich herabzumindern — vorausgesetzt, daß sie energisch genug gehandhabt und gegen Sonderinteressen durchgesetzt wird. Dem Umstand aber, daß die Preise nicht nur von den Kosten, sondern auch von Angebot und Nachfrage abhängen, ist durch entsprechende Maßnahmen auf der Güterseite (Verbrauchsrationierung) Rechnung zu tragen.

6. Wenn es nicht gelingt, die inflatorischen Preissteigerungen im gewünschten Maße auszuschalten, so bleibt nach Amonn²⁸ nur noch der Weg einer „differenziellen Preisregulierungspolitik“ offen. In diesem Falle muß als allgemeiner Grundsatz die Verhinderung von geldseitig bedingten Preissteigerun-

²⁵ Böhler, Die schweizerische Preissituation und das Problem der Preisstabilisierung, S. 9/10.

²⁶ Vgl. Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 167.

²⁷ Vgl. Pahud, a. a. O., S. 135.

²⁸ Vgl. Amonn, a. a. O., S. 60.

gen bei den lebensnotwendigen Gütern gelten, sofern nicht leistungspolitische Erwägungen solche als zweckmäßig erscheinen lassen. Dasselbe Prinzip ist nach A m o n n auch bei den Rüstungsgütern anzuwenden. Hinsichtlich der nicht lebensnotwendigen Güter kann dagegen eine andere Politik eingeschlagen werden. Es wird sich empfehlen, deren Preise freizugeben bzw. höhere Margen zuzugestehen, damit dort, „wo es sich um eine zusammenhängende Produktion handelt“, Produktionskostensteigerungen bei den lebenswichtigen Gütern kompensiert werden können, d. h. durch eine differentielle kalkulatorische Behandlung von Produkten der gleichen Warengruppe sollen billige Artikel des täglichen Bedarfs geschaffen werden.

Auch B ö h l e r ²⁹ weist auf die Möglichkeit hin, mittels „kalkulatorischer Differentialbehandlung“ der verschiedenen Warensorten „im Rahmen der einzelnen Erwerbszweige“ die Herstellung sogenannter „Volksqualitäten“ zu erzielen, d. h. die Massenbedarfsartikel mit „unterdurchschnittlichen“, Gebrauchsgüter der kaufkräftigeren Schichten dagegen mit „überdurchschnittlichen“ Unkostenzuschlägen zu belasten. Dieses Prinzip könne sowohl vom direkt importierenden Staat als auch von den privaten Unternehmern praktiziert werden.

Ein derartiges Verfahren ist allerdings, wie B ö h l e r weiter bemerkt, mit gewissen Nachteilen und Gefahren verbunden, indem die Produzenten infolge der höheren Margen bei den teureren Qualitäten versucht sein werden, die Erzeugung der Gebrauchsqualitäten zu vermindern, wobei die durch den Rohstoffmangel bedingte Tendenz, hochwertige Artikel herzustellen, diesen Bestrebungen noch Vorschub leistet, so daß schließlich das Gegenteil des angestrebten Zweckes eintreten würde. Aus diesem Grunde müssen die Behörden darüber wachen, daß die Produktion der Volksqualitäten, gemessen an der Gesamtzeugung, nach Möglichkeit nicht abnimmt³⁰. Die Unternehmer werden dann allerdings versuchen, die Unkostenverteilung zu Ungunsten der Massenbedarfsartikel zu ändern, so daß „durch einen höheren absoluten Unkostenzuschlag auf den Volksqua-

²⁹ Böhler, Das Problem in der schweizerischen Kriegswirtschaft, S. 43/44.

³⁰ Vgl. Postulate der Preiskontrollkommission (6. These).

litäten eine indirekte Verteuerung eintritt“³¹. Es fragt sich daher, ob in diesem Falle nicht durch ausgedehntere Zentralisierung des Außenhandels das Prinzip der Preisdifferenzierung vermehrt vom Staate angewendet werden könnte³². Böhler gibt schließlich zu bedenken, daß die Aussichten, dieses Verfahren mit Erfolg anzuwenden, sinken, wenn infolge Rohstoffmangels der Beschäftigungsgrad abnimmt, weil dann „die fixen Lasten je Produkteinheit zunehmen“.

7. Ein weiteres Problem, das in Zeiten einer allgemeinen Teuerung bei der Festsetzung der zulässigen Preise auftaucht, betrifft die Frage, ob unter diesen Umständen mit Einstands- oder mit Wiederbeschaffungspreisen kalkuliert werden soll.

Die Aufgabe der Preiskontrolle wäre relativ einfach, wenn es sich nur darum handeln würde, die Preise der Inland- und solchen Importwaren zu regeln, welche bereits im Inland vorhanden sind. Die Preisbestimmung wird jedoch schwierig, wenn die Importgüterpreise steigen und dadurch die meisten Inlandgüter verteuert werden. Es fragt sich dann, welche Kalkulationsweise man einschlagen soll, damit Einfuhr und Inlandproduktion nicht beeinträchtigt werden.

Mit diesem Problem setzt sich u. a. Sieber³³ auseinander, wobei er zwischen einer Wiederbeschaffungspreisrechnung bei rein geldseitig und rein güterseitig bedingter Teuerung unterscheidet. Der zweite Fall scheidet nach seinen Ausführungen im vornherein „als nutzlos und der preispolitischen Zielsetzung zuwiderlaufend“ aus, denn „wo in einer Volkswirtschaft ein allgemeiner Substanzverlust gegeben ist, da kann er mit Preismaßnahmen nicht weggezaubert werden“. Bei einer geldseitigen Teuerung hingegen seien die Dinge nicht so eindeutig, da das Zugeständnis, mit Wiederbeschaffungspreisen zu operieren, „nur zum Ausgleich des geldseitigen Anteils der laufenden und künftigen Teuerung betrachtet werden kann“. Damit aber würde die staatliche Preispolitik zum Voraus ihre Unfähigkeit, eine inflatorische Entwicklung zu verhindern, eingestehen.

³¹ Böhler, a. a. O., S. 44.

³² Vgl. zur Frage der Preisdifferenzierung auch Preisbildungskommission, a. a. O., S. 129/130.

³³ H. Sieber, Die Wiederbeschaffungspreiskalkulation in der kriegswirtschaftlichen Preispolitik. Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 78. Jg., 1942, Heft 3, S. 182 ff.

Die zu erwartenden Preissteigerungen könnten aber unmöglich genau vorausberechnet werden, womit die Problematik des Wiederbeschaffungsprinzips deutlich hervortrete. Sieber zieht daraus den Schluß, daß diese Kalkulationsweise von einer ernsthaft auf die Verhütung nomineller Preiserhöhungen hinarbeitenden Preispolitik keinesfalls zugelassen werden darf.

Auch die Preisbildungskommission³⁴ gelangt in dieser Frage zum gleichen Ergebnis. Sie vertritt die Auffassung, daß die Kalkulation nach Wiederbeschaffungspreisen nur in Zeiten einer Währungszerrüttung zulässig ist; liegt aber eine solche nicht vor, so wäre diese Rechnungsart nur dazu angetan, die Preise inflatorisch in die Höhe zu treiben. Die Mehrgewinne, welche durch das „Hinaufzeichnen der Warenlager“ entstanden, würden entweder auf den Konsumgütermärkten auftreten (wenn ein Nachbezug von Waren nur noch beschränkt möglich ist) oder aber den Detailhandel geneigt machen, den Großisten höhere Preise zuzugestehen.

Zur Frage der Reservebildung wird festgestellt, daß es infolge der anfänglich praktizierten Kalkulation auf Grund des „letzten ausweisbaren Neubeschaffungspreises“ den verschiedenen Branchen ein Leichtes gewesen wäre, Reserven zum Ausgleich allfälliger Preisabschlagsverluste anzulegen, vor allem in Anbetracht der billigen Vorkriegsvorräte. In solchen Fällen sei daher, statt die Ausschüttung der „Aufwertungsgewinne“ zuzulassen, eine zwangsweise Reservebildung empfehlenswert. Im übrigen müsse die Preiskontrolle in Befolgung einer Politik der Inflationsverhütung von der Einstandspreis-Basis ausgehen.

Auch Pahud³⁵ äußert sich im gleichen Sinne. Er macht geltend, daß die Kalkulation nach Wiederbeschaffungspreisen betriebswirtschaftlich wohl vertretbar sei, daß sie aber in einer Phase des Preisanstieges die Teuerung vorwegnehmen, beim Eintritt eines Preisfalles dagegen praktisch nicht spielen würde. Bei Anwendung dieser Berechnungsmethode könnte man aber auch die Entstehung von Differentialgewinnen, „welche mit der berechtigten Forderung auf Substanzerhaltung im Wa-

³⁴ Preisbildungskommission, Gutachten betreffend die Frage der Kalkulationsbasis bei Festsetzung der höchstzulässigen Detailverkaufspreise, in «Die Volkswirtschaft», 15. Jg., 1942, Heft 3, S. 54 ff.

³⁵ Pahud, a. a. O., S. 138.

renlager nichts mehr zu tun haben und auch nicht zur Wiedergänzung des Lagers verwendet werden bzw. verwendet werden können“, nicht verhindern. Bei „namhaften Preissteigerungen“ könnten aber diese Gewinne „ein Mehrfaches des Wertes des durchschnittlichen Lagers ausmachen“, so daß die Preiskontrolle das Einstandspreis-Prinzip zugrunde legen müsse³⁶.

8. Ein weiteres preispolitisches Mittel ist der Preisausgleich. Der „reine Preisausgleich“ bezweckt „die Vereinheitlichung oder Angleichung verschieden hoher Preise verschiedener Anbieter in bezug auf ein Gut von einheitlicher Qualität auf dem gleichen Markt und zur selben Zeit“³⁷. Vor allem in der Kriegswirtschaft bestehen wesentliche Unterschiede in den Produktionskosten der Unternehmer; ein Teil von ihnen sieht sich genötigt, auf beträchtlich teurere Ersatzstoffe zu greifen, um die Produktion aufrechtzuerhalten, oder aber die frühere Bezugsquelle fällt aus, und es muß eine in preislicher Hinsicht weit ungünstigere in Anspruch genommen werden. Demgegenüber wird es Produzenten geben, welche noch über billige Bezugsmöglichkeiten oder große Lager zu Vorkriegspreisen verfügen. Wenn sich nun die Preise nach den höchsten Gestehungskosten richten würden, so würde das Preisniveau unnötigerweise in die Höhe getrieben, und bei allen übrigen Unternehmern mit geringeren Kosten ergäben sich Differentialgewinne, deren Entstehung aus Gründen der Inflationsverhütung unerwünscht ist. Vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt gesehen ist es daher erstrebenswert, diese Differentialrenten heranzuziehen, um eine möglichst langfristige Stabilisierung der betreffenden Warenpreise auf einem mittleren Niveau zu erreichen. Im Prinzip handelt es sich also darum, daß die Unternehmer mit den niedrigeren Kosten einen Teil ihres Differentialgewinnes (Unterschied zwischen Einstandspreis + bewilligte Marge und amtlichem Preis) an die teurer produzierenden abtreten und diesen so der Verkauf ihres Produktes unter dem Selbstkostenpreis ermöglicht wird. In praxi geht der Ausgleich so vor sich,

³⁶ Vgl. dazu auch F. Legler, Einstandspreis, Wiederbeschaffungspreis, Durchschnittspreis, in «Kalkulation, betriebswirtschaftliche Preispolitik und staatliche Preiskontrolle», S. 93 ff.

³⁷ Sieber, Die Preisausgleichskassen als Mittel der staatlichen Preispolitik, Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 81. Jg., 1945, Heft 2, S. 161.

daß alle Produzenten eines bestimmten Gutes an die betreffende Ausgleichskasse Abgaben entrichten, wobei dann den Betrieben mit ungünstiger Kostenstruktur Zuschüsse gewährt werden (Betrag, um den der effektive Gestehungspreis + Marge den offiziellen Preis übersteigt).

Ein derartiger Ausgleich kann gelegentlich auch durch Verbilligung einer Ware auf Kosten einer anderen vorgenommen werden, doch liegt in diesem Falle kein Preisausgleich im eigentlichen Sinne, sondern eine „Preisdifferenzierung“, wie sie oben beschrieben wurde, vor.

Beim Preisausgleich können auch Zielsetzungen wie z. B. die Preisvereinheitlichung aus produktionspolitischen Gründen, wo nicht eine Beeinflussung der Preise nach unten angestrebt wird, maßgebend sein; indessen dient er namentlich in der Kriegswirtschaft dazu, die Preise zu stabilisieren bzw. den Preisanstieg zu mildern³⁸.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang nochmals auf die im 3. Kapitel erwähnte Verbilligung des Importes durch Belastung des Exportes hinzuweisen, die eine Uebertragung des Ausgleichsprinzips auf das Gebiet des Außenhandels darstellt, indem mittels eines Teiles der Exportgewinne der Einfluß der verteuerten Einfuhrgrüter auf das inländische Preisniveau abgeschwächt wird. Zu diesem Zwecke müßte auch die Preisbildung im Außenhandelssektor vermehrt von der Preisbildung für inländische Güter isoliert werden, d. h. es wären verschiedene Preise für einheimische Waren einerseits und Außenhandelswaren anderseits festzusetzen. Dies setzt allerdings eine weitgehende Zentralisierung des Außenhandels voraus.

9. Als letztes Mittel, die Preise lebenswichtiger Güter auf einem erschwinglichen Niveau zu halten, kommen Verbilligungsaktionen des Staates in Frage. Diese Verbilligung kann, wie erwähnt, bereits bei den Produzenten durch Subventionierung der Importe bzw. der Inlanderzeugung einsetzen. Der Importeur bzw. Inlandproduzent erzielt damit einen Preis, der die Importwilligkeit und Produktion nicht hemmt, während gleichzeitig die Konsumentenpreise tiefer gehalten werden können, als sie sich

³⁸ Ueber die verschiedenen Formen des Preisausgleichs siehe Sieber, a. a. O., S. 161 ff.

ohne staatliche Intervention stellen würden. Auf diese Weise nimmt die Gesamtheit der Bevölkerung an der Verbilligung teil. Es ist aber auch möglich, daß der Staat nur an besonders bedürftige Bevölkerungsschichten direkte Zuschüsse richtet.

Nach B ö h l e r³⁹ besteht der Vorteil der generellen Verbilligung in der Niedrighaltung der Lebenskosten, nach denen sich die Lohnforderungen zu richten pflegen; dagegen muß der Staat in diesem Falle ganz beträchtliche Mittel aufbringen, die — wenn sie nicht auf „kreislaufgerechte“ Art beschafft werden —, inflatorisch wirken. Mit einer „individuellen Verbilligung“ wird zwar erreicht, daß die wirklich Bedürftigen der Unterstützung teilhaftig werden und die „Entschädigung im Einzelfall“ höher ausfällt, doch gestaltet sich dieses Verfahren viel komplizierter und werden dadurch die Bedürftigen gekennzeichnet.

Ungeachtet des Weges, der eingeschlagen wird, ist zu verhindern, daß derartige Subventionen bzw. Unterstützungsgelder zu einer weiteren Quelle der Staatsverschuldung werden. Die dazu aufgewendeten Beträge müssen eine besondere Deckung erfahren (Erhebung besonderer Steuern, Belastung des nicht lebensnotwendigen Imports, Zuschläge auf Luxusgüter etc.).

V. Die Verbrauchslenkung

Im Anschluß an die Bemerkungen im vorangehenden Kapitel* soll noch etwas näher auf die Bedeutung der verbrauchspolitischen Maßnahmen eingegangen werden.

Es ist kurz angetönt worden, daß die Preiskontrolle nicht genügt, um eine Stabilisierung der Preise zu gewährleisten, sondern daß es eines entsprechenden Regulativs auf der Wareenseite bedarf. Einer Inflationsbekämpfung „durch bloße Einwirkung auf die Preise, sei es in Gestalt eines absoluten Preisstops oder einer Preiskontrolle, kann kein dauerhafter Erfolg beschieden sein. Dies wird sofort verständlich, sobald wir uns

³⁹ Böhler, a. a. O., S. 46/47.

* Siehe S. 70.

erinnern, was Angebot und Nachfrage effektiv bedeuten und in welcher Weise sich der Preis aus ihnen ergibt¹.

Der Zusammenhang ist dementsprechend einfach: da die Preise infolge der behördlichen Eingriffe dem freien Spiel der Kräfte entzogen sind und damit ihrer natürlichen Funktion, Angebot und Nachfrage in Uebereinstimmung zu bringen, verlustig gehen, muß ein neues Gleichgewicht künstlich herbeigeführt werden. Wenn man Angebot und Nachfrage sich selbst überließe, so würde sich auf die Dauer trotz Preisfixierungen die Tendenz zum Gleichgewichtspreis unwillkürlich durchsetzen — anfänglich versteckt, dann aber unter dem Druck des Nachfrageüberschusses immer offener, demgegenüber die Preiskontrolle machtlos wäre. Die knappen Güter würden in der Folge dorthin fließen, wo die höchsten Preise dafür bezahlt werden, so daß eine zweckmäßige Güterverteilung und eine gleichmäßige Bedürfnisbefriedigung verunmöglicht würde.

Damit nun die Nachfrage der Wirtschaftssubjekte mit den amtlich festgesetzten Preisen in Uebereinstimmung gebracht und diese Preise durchgesetzt werden können, muß der Staat zu einer Rationierung des Verbrauchs schreiten. Der Zweck dieser Rationierung besteht aber nicht nur darin, die Nachfrage dem verminderten Angebot anzupassen und damit Preissteigerungen von der Nachfrageseite her zu verhindern, sondern ihr fällt die zweite und nicht minder wichtige Aufgabe zu, jedem Wirtschaftssubjekt wenigstens einen dem Minimalbedarf entsprechenden Anteil am verfügbaren Realeinkommen zu sichern, so daß sich die kaufkräftigeren Bevölkerungsschichten nicht auf Kosten der minderbemittelten eindecken können (dies setzt allerdings einen genügend hohen Geldlohn voraus, womit die betreffenden Rationen gekauft werden können). Der Rationierung liegt also auch ein ausgesprochen sozialer Aspekt zugrunde, den u. a. die Preisbildungskommission wie folgt zum Ausdruck bringt: „Rationierungsmaßnahmen bezwecken grundsätzlich die Warenverteilung nach dem Bedürfnis und nach der zur Verfügung stehenden Warenmenge, nicht nach der Kaufkraft der Käufer“².

¹ Jöhr, Inflation und Rationierung, S. 85.

² Preisbildungskommission, Zur Frage der Beeinflussung der Preisbildung von der Warensseite, S. 130.

Damit eine gewisse Kontinuität in der Zuteilung der Waren erzielt werden kann, ist einerseits ein Ueberblick über die Vorräte, die voraussichtliche Produktion und die Einfuhr unerlässlich, während andererseits die Ausfuhr in Rechnung gestellt werden muß. Diese Größen können, je nach den Umständen, mehr oder weniger genau im Voraus bestimmt werden.

Abgesehen von den organisatorischen Problemen bietet die Verbrauchsrationierung mannigfaltige Schwierigkeiten, und ganz besonders in einem Lande mit föderalistischer Struktur stoßen derartige Maßnahmen auf größere Widerstände als in einem zentral geleiteten Staat. Eine einheitliche Durchführung wird aber auch erschwert durch die Vielfalt der Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten, die Abstufung nach physiologischen Gesichtspunkten usw.³.

In die Lenkung des Verbrauchs muß auch die Produktion einbezogen werden. „Damit die Rationierung reibungslos funktioniere und die Kontrolle gewährleistet sei, muß sie alle Stufen des Handels und gegebenenfalls auch der Produktion umfassen“⁴. Die Kriegswirtschaftspolitik muß jedoch, wie wir eingangs feststellten, eine maximale Produktion anstreben. Lenkungsmaßnahmen innerhalb der Produktionssphäre können infolgedessen nur den Sinn haben, knappe Produktionsmittel (Rohstoffe) so zu verteilen, daß unter den gegebenen Verhältnissen ein größtmöglicher Nutzen erreicht wird. Praktisch erfolgt dies durch die Kontingentierung, d. h. die Produzenten erhalten nur noch einen bestimmten Teil der von ihnen während eines bestimmten Zeitabschnittes bezogenen Rohstoffmenge. Die Zuteilungsstelle hat es dabei in der Hand, Abstufungen nach Dringlichkeit, Beschäftigungsmöglichkeit, Leistungskapazität der Betriebe usw. vorzunehmen. Des weitern kann sie darüber wachen, daß knappe Materialien nicht unerwünschten Produktionen zugeführt werden. Schließlich wird auch zu entscheiden sein, ob Rationierung und Kontingentierung unabhängig voneinander durchgeführt werden können oder ob eine Koordinierung vorzuziehen ist.

³ Vgl. Eidg. Zentralstelle für Kriegswirtschaft, Vier Jahre wirtschaftliche Landesverteidigung, S. 109 ff.

⁴ Eidg. Zentralstelle für Kriegswirtschaft, a. a. O., S. 110.

⁵ Vgl. dazu und zum Folgenden: Jöhr, a. a. O., S. 81 ff. — Ueber die verschiedenen Methoden selbst siehe S. 75—81.

Es bestehen verschiedene Möglichkeiten der Produktions- und Verbrauchslenkung. J ö h r ⁵ führt darüber aus, daß der Entscheid, welche davon in der Praxis zur Anwendung gelangen soll, vom Gesichtspunkt abhängt, den sich der Staat bei diesen Lenkungsmaßnahmen zu eigen macht, also entweder die Erhaltung einer größtmöglichen Produktions- bzw. Konsumfreiheit, Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wirtschaftssubjekte, Vorrang des staatlichen Bedarfes usf.

Die Mängel einer einseitigen Kontingentierung bzw. Rationierung sind offensichtlich. Die Kontingentierung allein kann eine gleichmäßige Bedürfnisbefriedigung nicht gewährleisten, da sie eine unterschiedliche Belieferung des Detailhandels und damit eine ungleichmäßige Versorgung der Konsumenten zur Folge hätte. Eine bloße Rationierung wiederum würde bei den konsumnahen Stufen der Produktion zu einer Anhäufung von Vorräten führen, wobei ebenfalls eine gleichmäßige Eindeckung nicht erzielt werden könnte und dadurch der Vorteil einer relativen Konsumfreiheit leicht dahinfiele. Uebrigens würden, wie J ö h r bemerkt, die Produzenten diese Situation auszunutzen versuchen, indem sie zur Herstellung von arbeitsintensiven Produkten mit höheren Gewinnmöglichkeiten übergangen und so der Luxusgütererzeugung Vorschub leisteten.

Diese wenigen Argumente bestätigen offensichtlich, daß nur eine Koordinierung der beiden Steuerungsmittel die gewünschte Wirkung herbeizuführen vermag. Dabei kann so vorgegangen werden, daß jeder Produktionsstufe ein bestimmtes Kontingent und den Konsumenten eine entsprechende Ration zugeteilt wird, die weitgehend spezifiziert sein muß, da die gesamte Erzeugung darauf ausgerichtet ist. Diese „zentrale Steuerung“ gewährleistet wohl eine Bedürfnisbefriedigung nach der staatlichen Norm, birgt aber den großen Nachteil in sich, daß sowohl die Produktionsfreiheit und Konkurrenz als auch die freie Konsumwahl stark eingeschränkt und die Absatzwege festgesetzt werden müssen. Nach J ö h r ist sie nur bei solchen Gütern gerechtfertigt, die geringe Qualitätsunterschiede aufweisen und nicht substituierbar sind.

Um nun den effektiven Bedürfnissen der Wirtschaftssubjekte besser Rechnung tragen zu können, besteht die andere Möglichkeit, im Gegensatz zur soeben beschriebenen Methode

der Produktions- und Verbrauchsdrosselung „von oben nach unten“ eine solche „von unten nach oben“, d. h. durch „Konsumsteuerung“ zu organisieren, die praktisch mittels „Couponrückfluß“ realisiert wird. Auf diese Weise kann jede Produktionsstufe nur im Umfang der eingenommenen Coupons von der nächst höheren Waren nachbeziehen, wodurch eine übermäßige und unterschiedliche Lagererweiterung im Handel verhindert und die Erzeugung dem tatsächlichen Verbrauch angepaßt wird. Obwohl dadurch die Produktionsfreiheit in gewisser Hinsicht eine Einschränkung erfährt, so stehen demgegenüber die Vorteile einer weitgehenden individuellen Bedürfnisbefriedigung, Freigabe der Absatzwege (sofern sich die Bedürfnisse nicht plötzlich ändern) und Aufrechterhaltung der Konkurrenz.

J ö h r macht allerdings darauf aufmerksam, daß dieses System der Konsumsteuerung auf den staatlichen Bedarf angewendet, der sich sachlich und hinsichtlich Dringlichkeit vom zivilen weitgehend unterscheidet und plötzlichen Veränderungen unterworfen sein kann, zu umständlich und schwerfällig wäre. Aber auch aus einem andern Grunde ist es nicht zu empfehlen: der Staat müßte nämlich in diesem Falle in Konkurrenz zu den Produzenten treten, um sich die von ihm benötigten Produktionsfaktoren zu beschaffen, wodurch er gezwungen wäre, höhere Preise dafür zu bezahlen⁶. Um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, muß er über die erforderlichen Produktivkräfte autoritativ verfügen können und gleichzeitig die Konkurrenz unter seinen Lieferanten erhalten. Der Anreiz zur Produktion für den öffentlichen Bedarf müsse mit moralischen Mitteln und nicht durch Preiserhöhungen geschaffen werden. Es ist allerdings fraglich, ob damit in praxi die Rüstungsproduktion stimuliert werden kann.

Ein anderes Verfahren ist nach J ö h r auch im Exportsektor einzuschlagen. Für den Fall, daß sich der Staat selbst als Exporteur betätigt, soll — wie beim wehrwirtschaftlichen

⁶ J ö h r schreibt darüber an anderer Stelle: «Beschränkt der Staat nicht zwangsweise die Erzeugung von Gütern des individuellen Bedarfes, so muß er durch Erhöhung seiner Nachfragepreise für Rüstungsgüter einen Teil jener Produktionsfaktoren, die ihm infolge des kriegsbedingten Rückganges der Investition nicht ohnehin zur Verfügung stehen, ihrer bisherigen Verwendung entreißen. Jede Steigerung der Konsumgüterpreise zwingt also den Staat, die Nachfragepreise für Rüstungsgüter noch mehr zu erhöhen» (J ö h r, *Die Nachkriegsdeflation*, S. 59).

Bedarf — die zentrale Steuerung gewählt werden. Wird jedoch die Ausfuhr weiterhin der privaten Initiative überlassen, so kann der Staat den Exporteuren ein bestimmtes Ausfuhrkontingent zuteilen oder von Fall zu Fall eine Ausfuhrbewilligung erteilen. J ö h r weist ferner auf die Möglichkeit hin, den Produzenten freizustellen, wie sie ihr Kontingent auf Konsum, Rüstungsbedarf und Export aufteilen wollen, macht indessen darauf aufmerksam, daß dann das Kontingent vorwiegend zur Herstellung solcher Produkte verwendet würde, die den größten Gewinn einbringen, so daß der individuelle Konsum zu kurz käme.

Damit ein Rationierungssystem reibungslos funktioniert, müssen die zugeteilten Gütermengen zu den amtlich festgesetzten Preisen und in Mengen, die eine Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse gewährleisten, zur Verfügung stehen und darf ferner in der Verteilung keine Stockung auftreten. Andernfalls werden illegale Märkte entstehen und die Wirtschaftssubjekte gezwungen, sich dort ergänzend und zu bedeutend höheren Preisen als den offiziell bewilligten einzudecken, denn wenn die benötigten Konsumgüter auf legalem Weg nicht erhältlich sind, so kann keine noch so große Autorität des Staates versteckte Preisaufschläge verhüten. Die Leidtragenden solcher Mängel in der Rationierung sind die Bezüger niedriger Einkommen, die infolge des Absinkens ihres Realeinkommens in eine prekäre Lage geraten, was in der Folge zu sozialen Spannungen führen muß.

Es fragt sich nun, ob die Rationierung möglichst umfassend zu gestalten ist oder ob sie Lücken aufweisen soll. Nach theoretischen Gesichtspunkten muß die Rationierung möglichst umfassend sein, damit sich die Nachfrage nicht auf Waren, die keiner Restriktion unterliegen, richten und dort preisstigernd wirken kann. J ö h r äußert sich dazu wie folgt: „Die Rationierung muß möglichst umfassend sein. Nur dann werden auch Preisstop oder Preiskontrolle in allen Gebieten der Wirtschaft erfolgreich sein. Eine partielle Rationierung macht ja gerade Einkommensbeträge für nicht rationierte Konsumgüter frei“⁷. Demgegenüber ist aber auch die entgegengesetzte Auffassung

⁷ J ö h r, *Inflation und Rationierung*, S. 91.

vertreten worden: „Da und dort wurde die Unterstellung aller verfügbaren Lebensmittel unter die Rationierung als sozial erstrebenswertes Ziel bezeichnet. Aber bei Lichte besehen wäre die Totalrationierung kaum das richtige Mittel, um den wirtschaftlich schwächeren Volkskreisen wirksam zu helfen“⁸.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch dieser zweite Standpunkt seine Berechtigung hat, denn die totale Rationierung bedeutet eine empfindliche Einschränkung der Konsumfreiheit. Indessen ist es ökonomisch nur dann gerechtfertigt, ein Gut des täglichen Bedarfes von der Rationierung auszunehmen, wenn davon genügende Mengen vorhanden sind. Zweifellos ist vom Standpunkt der Versorgung die Existenz solcher Güter außerhalb des Rationierungssystems zu begrüßen⁹.

Damit eine möglichst freie Gestaltung der Bedarfsdeckung trotz weitreichender Rationierung beibehalten werden kann, schlägt J ö h r eine nur geringe Spezifikation der Rationen vor, weist aber darauf hin, daß in diesem Falle bei einer plötzlichen Verknappung einer bestimmten Ware eine kumulative Eindeckung ungeachtet der Rationierung eintreten könne. Dergleichen betont er, daß der Handel mit Rationierungskarten aus Gründen der Inflationsverhütung zu unterbinden sei, ansonst daraus der Grad der Wertschätzung eines Gutes abgeleitet werden könnte und die Anbieter versuchen würden, die Preise dementsprechend hinaufzusetzen.

Von den eingangs geschilderten Aufgaben der Rationierung verdient die der Inflationsverhütung noch etwas mehr hervorgehoben zu werden. Die Rationierung übernimmt, wie erwähnt, die Funktion der Preise, indem sie die Verteilung des Realeinkommens reguliert und mit Hilfe der Preiskontrolle reale und nominale Verbrauchsquote ins Gleichgewicht bringt; sie soll die überschüssige Kaufkraft vom Markte fernhalten. Dadurch wird der Druck des „Kaufkraftüberhanges“ auf die

⁸ Eidg. Zentralstelle für Kriegswirtschaft, Vier Jahre wirtschaftliche Landesverteidigung, S. 115/116.

⁹ Die Preisbildungskommission schreibt der systematischen Beachtung solcher «Ausweichmöglichkeiten» durch das Publikum im Hinblick auf den Verlauf der Lebenskosten große Bedeutung zu, (vgl. «Bemerkungen zur schweizerischen Preisentwicklung seit Kriegsausbruch», in «Die Volkswirtschaft», 13. Jg., 1940, Heft 4, S. 197).

Preise eingedämmt und die Tendenz zu nomineller Erhöhung der Preise bedeutend verringert, die sich bei freiem Spiel von Angebot und Nachfrage unwillkürlich durchsetzen würde.

Die Rationierung besitzt aber auch große Bedeutung im Hinblick auf die Verhinderung der „sekundären Inflation“. Die Antizipation steigender Preise kann den Inflationsprozeß beschleunigen und die Teuerung vorwegnehmen. In einer Kriegswirtschaft mit Verbrauchslenkung, wo jeder Konsument seine Rationen zugeteilt erhält, ist die Gefahr einer solchen Entwicklung stark herabgemindert. Wird aber damit zugleich die Inflationsverhütung in der Produktionssphäre gewährleistet? Die Kontingentierung an sich erweist sich in dieser Hinsicht als unzulängliches Mittel; auch die Verbrauchsrationierung genügt nicht, um jegliche inflatorische Erscheinung in den konsumferneren Stufen der Produktion auszuschließen. Zwar kann dadurch die Gefahr einer primären Inflation insofern gebannt werden, als sich die Ausgaben der Produzenten entsprechend den verminderten Verbrauchsausgaben der Konsumenten rückläufig bewegen, nicht aber die der sekundären Inflation, da die Unternehmer in Erwartung einer eintretenden Verknappung und Verteuerung bestimmter Materialien versuchen werden, sich nach Möglichkeit damit einzudecken. Dies wiederum hätte zur Folge, daß die Nachfrage nach Produktionsmitteln zunimmt und deren Preise steigen, die zunächst aus „kreislaufgerechten“ Bankkrediten (d. h. Kredite auf Grund von Spareinlagen), später jedoch mit zusätzlichem Geld bezahlt würden. Die gestiegenen Produktionsmittelpreise aber treiben ihrerseits die Konsumgüterpreise in die Höhe.

Die Koordinierung der Konsum- und Produktionslenkungsmaßnahmen drängt sich somit nicht nur aus Gründen einer gleichmäßigen Versorgung und Bedarfsdeckung, sondern auch vom Gesichtspunkte der Verhütung der sekundären Inflation auf. Als die geeignetste Methode im Hinblick darauf erachtet J ö h r die konsumgesteuerte Produktionsdrosselung, da dieses System — wie wir erwähnt haben — jedem Produzenten nur in dem Umfange Waren nachzubeziehen erlaubt, als er selbst abgesetzt hat, so daß das Motiv zu einer kumulativen Eindeckung dahinfällt.

Die inflationsverhütende Wirkung der Rationierung hat sich denn auch in der kriegswirtschaftlichen Praxis erwiesen. So konnte B ö h l e r ein allmähliches Abflauen der Zahlungsumsätze im gesamten Verbrauchsgütersektor gegenüber den beiden ersten Kriegsjahren konstatieren. Wörtlich führt er darüber aus: „Diese Tendenz entspricht nun vollkommen der gleichgerichteten Gestaltung der Detailhandelswertumsätze und ist ein weiteres Anzeichen dafür, daß die Ausweitung der Geldeinkommen auf den Konsumgütermärkten nicht zur Geltung zu gelangen, bzw. mindestens bei den rationierten Gütern keine Preiserhöhungen mehr auszulösen vermochte“¹⁰.

Neben ihrer Bedeutung als inflationsverhütende Maßnahme hat die Rationierung schließlich noch einen finanzpolitischen Aspekt aufzuweisen, indem sie durch die Beschränkung der Verbrauchsausgaben eine Steigerung der Spartätigkeit herbeiführt. J ö h r bemerkt dazu, daß, je vollständiger die Lenkungsmaßnahmen gestaltet werden, die Spartätigkeit umso mehr die Form eines „Zwangssparens“ annehme, wodurch dem Staat eine inflationsfreie Finanzierung seiner Kriegsausgaben ermöglicht werde; außerdem resultiere daraus eine Verlangsamung der Kreislaufgeschwindigkeit des Geldes. Die Rationierung stellt damit in Verbindung mit der Preiskontrolle ein unerläßliches Instrument der Kriegswirtschaftspolitik dar.

J ö h r macht schließlich noch auf die Nachteile aufmerksam, die sich durch eine zu rigide Anwendung dieser beiden Steuerungsmittel ergeben können. Es sei wohl möglich, den Preisauftrieb durch eine möglichst umfassende und spezifizierte Rationierung sowie durch eine scharfe Preiskontrolle auf ein Minimum zu beschränken, doch würde man damit „bald in die Phase des sinkenden Erfolges geraten“ und „bald einen Punkt erreichen, wo die Einbußen an Produktions- und Konsumfreiheit und an wirtschaftlicher Elastizität die Nachteile jener Teuerung, die durch diese Maßnahmen verhindert würden, an Gewicht überträfen“¹¹.

¹⁰ Böhler, Die schweizerische Preissituation und das Problem der Preisstabilisierung, S. 65.

¹¹ Jöhr, Zur Frage der kreislaufgerechten Kriegsfinanzierung, S. 418.

VI. Die Lohnpolitik

Der Lohn ist für die Wirtschaft in doppelter Hinsicht von Bedeutung: einerseits stellt er ein wichtiges Kostenelement dar, anderseits ist er wesentlicher Bestandteil des Volkseinkommens. Als Kostenfaktor beeinflußt er maßgebend die Preise, während umgekehrt das Realeinkommen der Lohnempfänger von den Preisen jener Güter abhängt, welche diese mit ihrem Geldlohn erwerben (Lohn Güter). Jede Preispolitik ist damit Einkommenspolitik. Dieser enge Zusammenhang macht eine Uebereinstimmung zwischen Preis- und Lohnpolitik notwendig. Wenn also das Ziel der Preispolitik darin besteht, Preissteigerungen zu verhindern, so muß in sinnvoller Weise ebenso darauf geachtet werden, daß keine Lohnerhöhungen stattfinden. Gelingt es aber nicht, die Preise zu stabilisieren, so ist es nur recht und billig, die Löhne (und die Einkommen allgemein) auch steigen zu lassen. Werden Mindestlöhne festgesetzt, so bedingt dies eine konsequente Anwendung entsprechender Höchstpreise und umgekehrt.

Der Uebergang zur Kriegswirtschaft ist mit dem Steigen zahlreicher Preise verbunden, während die weniger reagiblen Löhne — wenigstens zunächst — auf gleicher Höhe verharren, der Reallohn also sinkt. Gerechterweise müßten nun die Löhne, d. h. die Nominallöhne, ebenfalls hinaufgesetzt werden; der Reallohn kann dagegen durch keine unmittelbare Lohnpolitik bestimmt werden, denn dieser hängt „von der wirtschaftlichen Sachlage und der in volkswirtschaftlichen Dingen waltenden Gesetzmäßigkeit ab“¹.

Die wirtschaftliche Sachlage in der Kriegswirtschaft ist gekennzeichnet durch das Absinken der realen Verbrauchsquote, so daß sich der Reallohn, auch wenn die Preise unverändert blieben, im Durchschnitt vermindert; treten Preissteigerungen hinzu (was unvermeidlich ist), so wird er sozusagen doppelt gekürzt. Der Lohnpolitik erwachsen somit besondere Probleme, dies umso mehr, als man zwischen waren- und geldseitig bedingten Preiserhöhungen unterscheiden muß.

¹ Amonn, Das Lohnproblem, zweite erweiterte Auflage, Bern 1945, S. 74.

Im mehrfach erwähnten „Bericht über die Maßnahmen zur Inflationsverhütung in der Schweiz“ wird das Lohnproblem, entsprechend dem dort aufgestellten Ziel der Kriegswirtschaftspolitik überhaupt, unter dem Gesichtswinkel der Inflationsverhütung betrachtet. Dabei nimmt die These der Verhinderung nomineller Einkommenssteigerungen eine geradezu zentrale Stellung ein. Begründet wird diese These damit, daß die Finanzpolitik die Gesamtwirtschaft weitgehend beeinflusse und damit gleichzeitig eines der wichtigsten Mittel der Produktionspolitik sei. Aus dieser Erkenntnis müsse die Notwendigkeit der „Stabilhaltung gewisser Wirtschaftselemente, im Krieg vor allem die Stabilhaltung der Nominaleinkommen“ abgeleitet werden, „die die Voraussetzung der Verhütung der Inflation, d. h. die Preissteigerung von der Geldseite her“ bilde. Andererseits wird aber darauf hingewiesen, daß es infolge der Verminderung des Warenangebots oder der gesunkenen Produktivität im In- und Ausland unmöglich sei, das Preisniveau in Kriegszeiten konstant zu halten, denn eine Verhinderung dieser realkostenbedingten Preiserhöhungen durch deflatorische Maßnahmen müsse sich depressiv auf die Produktion auswirken. Werde jedoch eine Vermehrung der Nominaleinkommen verhindert, so bedürfe es „wahrscheinlich nur noch ganz weniger anderer staatlicher Eingriffe, um die gewünschten wirtschaftlichen Ziele zu erreichen“². Diese Behauptung erklärt sich aus der Annahme, daß sich die Produktion für den wehrwirtschaftlichen Bedarf in dem Maße erweitert, wie die Produktion für den zivilen Bedarf abnimmt und daß dementsprechend lediglich innerhalb des nominalen Volkseinkommens eine Verschiebung stattfindet, ohne seine Größe zu verändern³.

Der Einwand, der gegenüber der schematisch-statischen Betrachtungsweise Böhler-Dütschler's an anderer Stelle gemacht worden ist (vgl. C I), kann hier mit Recht erneut vorgebracht werden, da die Verfasser offensichtlich eine Reihe dynamischer Faktoren vernachlässigt haben.

Mit dem Postulat der Stabilhaltung der Nominaleinkom-

² Böhler-Dütschler a. a. O., S. 153/154.

³ Vgl. bei Böhler-Dütschler auch die Darstellungen 5 und 7, a. a. O., S. 143 bzw. 153.

men setzt sich u. a. W a g n e r⁴ kritisch auseinander. Er beanstandet vorab, daß nicht näher ausgeführt wird, was unter einer Politik konstanter Geldeinkommen zu verstehen ist, da man ja zumindest zwischen individuellen Nominaleinkommen und dem gesamten nominalen Volkseinkommen unterscheiden muß, wobei sich die beiden Größen nicht unbedingt übereinstimmend zu verhalten brauchen⁵. Sowohl eine Konstanthaltung des gesamten nominalen Volkseinkommens als auch der Nominaleinkommen pro Kopf sei indessen in der Kriegswirtschaft mit ihren strukturell-dynamischen Veränderungen kaum durchführbar, und es liege kein zwingender Grund vor, daß die in der staatlichen Sphäre ausbezahlten Einkommen den früher bezogenen entsprechen.

Die Aufrechterhaltung dieses Grundsatzes werde aber noch weiter erschwert durch die im „Bericht“ aus sozial- und leistungspolitischen Ueberlegungen befürworteten Einkommenskorrekturen, wodurch ein beträchtlicher Teil des nominalen Volkseinkommens tangiert und die ganze Einkommensstruktur verändert werde, so daß vom Grundsatz stabiler individueller Einkommen nicht mehr viel übrig bleibe.

Es ist aber ferner zu beachten, daß der erhöhte reale Kostenaufwand zu steigenden Preisen führt. Solche Preissteigerungen sollen, wie B ö h l e r - D ü t s c h l e r selbst ausführen, nicht verhindert werden. Wenn also die Preise nicht stabil gehalten werden können, gleichzeitig aber die Einkommen konstant bleiben müssen, so liegt hier offenbar ein Widerspruch vor. W a g n e r bemerkt dazu, daß in diesem Falle ein deflatorischer Preisdruck ausgelöst würde, der nicht im Sinne des „Berichtes“ liegt. Damit die Preise proportional zum erhöhten Kostenaufwand steigen können, müsse das nominale Volkseinkommen vergrößert werden. Außerdem ist auch zu berücksichtigen, daß die Zahl der Einkommensempfänger zunimmt.

Wie W a g n e r, so beurteilt auch A m o n n⁶ das Postu-

⁴ V. F. Wagner, Bemerkungen zur Kriegswirtschaftspolitik, Separatdruck aus der Festgabe für Fritz Mangold «Schweizerische Wirtschaftsfragen», Basel 1941, S. 9 ff.

⁵ Vgl. Wagner, a. a. O., S. 10.

⁶ Amonn, Probleme der Kriegswirtschaft. S. 72.

lat stabiler Nominaleinkommen negativ, sobald die Preissteigerungen der Lohngüter eine bestimmte Grenze überschritten haben, so daß sich bloße sozialpolitische Berichtigungen als unzulängliches Mittel herausstellen müssen. Der praktische Wert eines auf theoretischem Wege abgeleiteten Prinzips kann sich somit als geringfügig erweisen, sobald die realen Gegebenheiten näher in Betracht gezogen werden. W a g n e r ist aber trotzdem der Ansicht, daß dieser Grundsatz nach außen aus taktischen und psychologischen Gründen beibehalten werden sollte.

Nach welchen Gesichtspunkten sind nun Lohnerhöhungen vorzunehmen, wenn dies innerhalb eines gleichbleibenden Volkseinkommens nicht möglich ist, ohne dabei das Moment der Inflationsverhütung zu vernachlässigen?

Die Veränderungen in den Preisen, wie sie beim Uebergang zur Kriegswirtschaft auftreten, verursachen Verschiebungen in der Einkommensverteilung. Daran können sowohl die Produkt- als auch die Produktionsmittelpreise beteiligt sein, und das Realeinkommen der an der Erzeugung mitwirkenden Produktionsfaktoren kann entweder steigen, auf gleicher Höhe verharren oder sinken. Steigen wird es dort, wo sich die Produktionsmittelpreise nicht in gleichem Maße wie die Produktpreise erhöht haben, also namentlich in solchen Produktionszweigen, deren Erzeugnisse weniger aus Gründen realer Kostensteigerungen als vielmehr infolge einer vergrößerten Nachfrage einen Preisauftrieb erfahren (z. B. Rüstungsgüter, bestimmte Exportartikel usw.). Davon werden zunächst die Unternehmer und Kapitalgeber, nach kurzer Zeit aber auch die in den betreffenden Erwerbszweigen beschäftigten Arbeitskräfte profitieren — unter Voraussetzung allerdings, daß die Preise der Lohngüter nicht entsprechend steigen. Ferner werden gewisse Kategorien von Arbeit besonders begehrt und infolgedessen einen hohen Preis erzielen.

Demgegenüber existiert eine ganze Reihe von Branchen, die mit steigenden realen Kosten arbeiten oder mit kriegsbedingten Absatzschwierigkeiten zu kämpfen haben (Ersatzstoffproduktion, Altmaterialverwertung — Auto-, Hotelgewerbe etc.) und wo aus diesem Grunde das Realeinkommen der betreffen-

den Produktionsfaktoren sinkt. Die gesamte Einkommensverteilung wird dadurch ungleichmäßiger⁷.

Diese Ungleichheit zeigt sich nicht nur zwischen Unternehmer- und Lohneinkommen, sondern auch innerhalb der Arbeitseinkommen selbst, „zwar nicht in der Weise, daß einige Arten von ihnen eine Erhöhung auf Kosten anderer erfahren oder daß bei irgendwelchen eine absolute Erhöhung des Realeinkommens stattfindet, aber in der Weise, daß die Erhöhung der Geldeinkommen und damit die Verminderung der Realeinkommen bei den verschiedenen Arten eine sehr verschieden große ist“⁸.

A m o n n weist darauf hin, daß eine Berichtigung dieser Einkommensunterschiede nicht auf dem üblichen privatwirtschaftlichen Weg erreicht werden kann. Er betrachtet es aber aus Gründen der Inflationsverhütung als verfehlt, die Lösung des Problems in einer allgemeinen Lohnerhöhung suchen zu wollen und befürwortet deshalb eine Beschränkung auf die unteren Lohnkategorien, denen in der Kriegswirtschaft besondere Beachtung geschenkt werden muß — selbst auf die Gefahr hin, daß eine Nivellierung der Lohneinkommen erfolgt⁹.

Von ähnlichen Ueberlegungen haben sich auch die Konjunkturbeobachtungs- und Preisbildungskommission leiten lassen¹⁰. Sie unterscheiden zunächst zwischen „warenseitigen“ und „geldseitigen“ Preisauftriebsfaktoren. Diesen beiden Ursachen der Preissteigerung wird eine grundsätzlich verschiedene Bedeutung im Hinblick auf die Lohnanpassung zugeschrieben. Die These der beiden Kommissionen geht dahin, daß die warensseitige Teuerung von allen Wirtschaftssubjekten gleichmäßig zu tragen ist, da sie, als geldmäs-

⁷ Amonn, a. a. O., S. 48.

⁸ Amonn, a. a. O., S. 51.

⁹ Amonn, a. a. O., S. 71. — Im gleichen Sinne äußert sich auch Böhler: «Endlich müssen auch innerhalb der Arbeiterschaft der gleichen Branche Abstufungen vorgenommen werden, indem den unteren Kategorien, die nahe am Existenzminimum sind, höhere Zulagen bewilligt werden als den oberen Kategorien. Dadurch wird zwar der Leistungslohn nivelliert, aber im Kriege ist dieser Tatbestand nicht zu vermeiden» (Böhler, Das Preis- und Lohnproblem in volkswirtschaftlicher Beleuchtung, Referat gehalten am schweizerischen Städtetag vom 27. 9. 1941, Zürich 1941, S. 16).

¹⁰ Vernehmlassung zur Frage der bei der heutigen Preissituation zu empfehlenden lohnpolitischen Richtlinien, in «Die Volkswirtschaft», 14. Jg., 1941, Heft 9, S. 200 ff.

siger Ausdruck der verschlechterten Güterversorgung, „durch (nominelle) Lohn- bzw. Einkommenserhöhungen nicht ausgeglichen werden darf und mit Erfolg auch nicht ausgeglichen werden kann“, d. h. es kann real nicht mehr verteilt werden als vorhanden ist. Wollte man diese Teuerung trotzdem ausgleichen, so würden die Preise dadurch nur noch mehr in die Höhe getrieben. Demgegenüber seien Preissteigerungen, deren Ursache auf der Geldseite zu suchen ist, prinzipiell in den Löhnen auszugleichen. Die geldseitige Teuerung, so wird argumentiert, stelle nichts anderes dar als eine Einkommensverschiebung zu Ungunsten der Lohnempfänger, und es sei deshalb sowohl ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit als auch eine staatspolitische und soziale Notwendigkeit, das gestörte Gleichgewicht in der Einkommensverteilung wieder herzustellen.

Diese von der Konjunkturbeobachtungs- und Preisbildungskommission aufgestellte These wird auch von Amonn¹¹ und Böhler¹² vertreten; beide betonen jedoch, daß man diesen Grundsatz nicht schematisch anwenden dürfe. Wenn also eine Steigerung der Preise der Lohngüter vorliegt, so kann, wie Amonn betont, eine Lohnerhöhung nicht durchwegs vermieden werden, „und dies ganz unabhängig davon, ob die Preissteigerung ‚geldseitig‘ oder ‚warensseitig‘ bedingt ist. Sie wird sogar unerläßlich sein, insoweit durch solche Preissteigerungen der Reallohn unter die Existenzminimumgrenze herabgedrückt wird“¹³. Es handle sich hiebei ausschließlich um eine Frage der Verteilung der verminderten Lohngütermenge, wobei diese Verteilung eine möglichst gleichmäßige sein müsse, denn die Rationierung allein garantiere noch nicht dafür, daß die zugeteilten Rationen auch tatsächlich gekauft werden können.

Diesem Aspekt haben auch die beiden Kommissionen besondere Beachtung geschenkt. Um einen Lohnausgleich nach den aufgestellten Gesichtspunkten praktisch vornehmen zu können, muß versucht werden, den Anteil der beiden Teuerungsfaktoren

¹¹ Amonn, a. a. O., S. 50.

¹² Böhler, Das Preisproblem in der schweizerischen Kriegswirtschaft, S. 26/27.

¹³ Amonn, a. a. O., S. 70.

zahlenmäßig festzuhalten¹⁴. Jenen Einkommensempfängern, die infolge der Preissteigerung an die Grenze des Existenzminimums gedrängt werden, soll aber ein Ausgleich „über die durchschnittlich geldseitig bedingte Teuerung hinaus“ zugebilligt werden. Es fragt sich indessen, bei welchem Punkt dieses Existenzminimum liegt. Jedenfalls dürfte es schwierig sein, ein solches zahlenmäßig zu erfassen. Böhler bemerkt dazu, daß man nur dann „einige Richtlinien“ aufstellen könne, wenn man von den bei uns herrschenden Lebensgewohnheiten und Lebensverhältnissen ausgehe¹⁵. Da das physische Existenzminimum offenbar mit den Reproduktionskosten der Arbeitskraft identisch ist, so sollte, wenn keine unmittelbare Notlage besteht, nicht dieses die untere Grenze bilden. Nach Böhler sollten die Löhne im Durchschnitt so hoch sein, daß die auf die Dauer verfügbare Menge an Konsumgütern gekauft werden kann. Die durchschnittliche Höhe dieser Menge hänge dabei von der laufenden Produktion und von den Vorräten ab¹⁶.

Gemäß den weiteren Ausführungen der Konjunkturbewachtungs- und Preisbildungskommission ist bei der Bemessung der Teuerungszulagen auch der konjunkturellen Situation, der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und der bisherigen Lohnentwicklung in den einzelnen Branchen bzw. Betrieben Rechnung zu tragen. Außerdem soll — im Gegensatz zum Standpunkt Amonn's, — bei allen Lohn- und Gehaltsklassen eine Einkommenserhöhung vorgenommen werden, und zwar nach unten hin progressiv zunehmend. Ferner wird auf die Möglichkeit hingewiesen, durch „kalkulatorisch unterschiedliche Behandlung einzelner Artikel des Volksverbrauches“ eine Entlastung der schwächeren Käuferschichten herbeizuführen, wäh-

¹⁴ Auf Grund mittlerer Schätzungen kommen die beiden Kommissionen zum Resultat, daß Waren- und Geldseite je zur Hälfte an der Teuerung (von insgesamt 30 % im damaligen Zeitpunkt) beteiligt seien. Dabei hat es sich allerdings eher um einen Kompromiß gehandelt.

¹⁵ Böhler, a. a. O., S. 57. — Vgl. auch seinen Versuch der Berechnung eines Einkommensminimums für eine vierköpfige Familie, a. a. O., S. 57 ff.

Ueber die Frage des Existenzminimums orientiert ferner die Lohnbegutachtungskommission in ihrem «Beitrag zur Frage des existenzminimalen Bedarfs», Sonderheft Nr. 44 der «Volkswirtschaft», Bern 1943. Es finden sich dort grundsätzliche Erörterungen über das Problem und den Begriff des Existenzminimums sowie umfangreiches statistisches Material.

¹⁶ Böhler, a. a. O., S. 27.

rend Nicht-Lohnbezüger der Sozialfürsorge zu überantworten seien (vgl. auch C IV). Im Hinblick auf jene Unternehmen, die wirtschaftlich zu schwach sind, um angemessene Lohnzuschüsse zu gewähren, wird ein Ausgleichsverfahren vorgeschlagen. Danach hätten die Empfänger von Lohnzulagen einen bestimmten Betrag davon an einen Fonds zu entrichten, aus dem an die in den benachteiligten Betrieben Beschäftigten Zuschüsse auszubezahlen wären. Gegenüber einem solchen Ausgleichssystem werden allerdings einige Bedenken gehegt, weshalb den Fürsorgemaßnahmen der Vorrang gegeben wird.

Die Kommissionen schenken auch der Inflationsverhütung besondere Aufmerksamkeit und befassen sich mit der Frage des Einflusses von Lohnerhöhungen auf die Preise. Um „die sog. ‚Spiralwirkung‘ von Lohnerhöhungen bis zu einem mehr oder weniger hohen Grade auszugleichen“, werden Rationalisierungsmaßnahmen in den einzelnen Betrieben und staatliche Vorkehrungen wie Produktionsplanung, Stillegung nicht lebensfähiger Betriebe und Umschulung der dadurch freigesetzten Produktionsfaktoren, schärfere Handhabung der Preiskontrolle, Erweiterung der Rationierung auf bisher freie Artikel¹⁷ usw. gefordert (siehe auch C II).

Es mag von Interesse sein, auf diese gefürchtete Preis-Lohn-Spirale etwas näher einzugehen. Sie stößt in der Theorie, was Ursache und Ablauf betrifft, nicht auf eine ungeteilte Meinung. Die „herkömmliche“ Ansicht über diesen Inflationsprozeß kommt u. a. in ausgeprägter Form bei B ö h l e r zum Ausdruck, so z. B. wenn er schreibt: „Eine vierte Quelle der Inflation endlich bildet die sog. inflatorische Spirale. Sie entsteht durch den Versuch einzelner Bevölkerungsschichten, trotz der Verminderung der Warenversorgung ihr bisheriges Realeinkommen aufrechtzuerhalten, indem sie ihr Geldeinkommen im vollen Umfang der Teuerung zu steigern versuchen“¹⁸. Die Folge davon sei eine wechselseitige Steigerung von Preisen und Löhnen.

¹⁷ Solange diese «freien» Artikel in genügender Menge vorhanden sind, kann es unseres Erachtens nur erwünscht sein, wenn überschüssige Kaufkraft dorthin fließt und nicht einen inflatorischen Druck auf die Preise der rationierten Waren ausübt; es wäre daher unzweckmäßig, sie der Rationierung zu unterstellen.

¹⁸ Böhler, Das Preis- und Lohnproblem in volkswirtschaftlicher Beleuchtung, S. 8.

Demgegenüber stellt Kellenberger¹⁹, gestützt auf empirische Untersuchungen, die Gegenthese auf, daß höhere Produktionskosten nicht unbedingt höhere Preise hervorrufen müssen, denn 1. könne ein stetes Nachhinken der Löhne hinter den Bewegungen der Preise beobachtet werden, 2. sei eine allgemeine Lohnerhöhung bzw. -senkung niemals Ursache einer allgemeinen Preissteigerung bzw. -reduktion gewesen und 3. habe in Perioden günstiger Konjunktur trotz rückläufiger Bewegung der Preise eine allgemeine Lohnerhöhung stattgefunden, während in Depressionszeiten trotz unveränderten oder sogar steigenden Preisen die Löhne abwärts verliefen. Aber auch andere Ueberlegungen ließen den Schluß zu, daß erhöhte Produktionskosten nicht einfach auf die Preise überwältzt werden können (Einfluß der Konkurrenz, Rationalisierungsmöglichkeiten). Unter den Einwirkungen der Kriegswirtschaft seien in erster Linie nicht die Produktionskosten, sondern der Mangel bzw. Ueberfluß an Gütern, d. h. also Angebot und Nachfrage, für die Preishöhe ausschlaggebend. Die behördlichen Preistaxen könnten die Anpassung der Preise an die Angebots- und Nachfragesituation nur verzögern; setze man sie zu tief an, so verknappe sich das Angebot und würden später umso größere Preissteigerungen notwendig²⁰.

Wie Kellenberger, so verhält sich auch Amonn²¹ der „Schraube-ohne-Ende-Theorie“ gegenüber ablehnend. Er führt darüber aus, daß im Falle der Erhöhung gewisser Löhne (etwa im Rüstungs- und Exportsektor), woraus eine Vergrößerung der Nachfrage nach Lohngütern und ein Steigen der Preise dieser Güter resultieren könne, eine „Schraube ohne Ende“ dabei nicht entstehe, weil sowohl Preis- wie Lohnsteigerungen durch den Geldumlauf begrenzt seien. Eine „Schraube ohne Ende“ könne dagegen entstehen, wenn der Geldumlauf selbst sukzessive ausgeweitet werde, d. h. wenn eine „kontinuierliche Inflation“ stattfinde, so daß man diese als selbständige und alleinige Ursache betrachten müsse (Es ist allerdings beizufügen,

¹⁹ Kellenberger, Teuerung und Löhne. Ist die Schraube-ohne-Ende-Theorie richtig?, Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 76. Jg., 1940, Heft 4, S. 490 ff.

²⁰ Aus diesen Äußerungen Kellenbergers geht hervor, daß er die Wirksamkeit der Preiskontrolle — zu Unrecht — nicht hoch einschätzt.

²¹ Amonn, a. a. O., S. 50/51.

daß die Löhne — analog den Preisen — nicht allein vom Geldumlauf abhängen, sondern daß eine Lohnerhöhung eintreten kann, wobei sich der Geldumlauf erst nachträglich dem dadurch gestiegenen Geldbedarf anpaßt — entsprechend den „preisinduzierten Kreislaufveränderungen“).

Gegen die „Vernehmlassung“ der Konjunkturbeobachtungs- und Preisbildungskommission, die zur Bildung einer beratenden Kommission für Lohnfragen geführt hat²², sind von Amonn²³ einige Einwände vorgebracht worden. Er beanstandet zunächst die schematisch-statische Behandlung des Problems. So erscheint ihm die Art und Weise, wie der geldseitig bedingte Anteil an der Teuerung berechnet wird, nämlich aus der Gegenüberstellung einer bestimmten Geldmenge und einer bestimmten undifferenzierten Gütermenge, als verfehlt und der damit gewonnene Maßstab des Teuerungsausgleichs als unzweckmäßig. Wie bereits erwähnt, betrachtet Amonn eine allgemeine Lohnerhöhung — in diesem Falle eine Erhöhung des gesamten Arbeitseinkommens um einen bestimmten Prozentsatz — vom Standpunkt der Inflationsverhütung als unerwünscht, wogegen dieser Satz unter Umständen nicht ausreicht, um die unteren Lohneinkommen auf der Höhe des Existenzminimums zu halten. Des weitern weist er darauf hin, daß man angesichts der kriegswirtschaftlich bedingten Strukturwandlungen nicht mit einer undifferenzierten Gütermenge operieren könne. Es gehe nicht einfach um den Einfluß der Geld- bzw. Einkommensvermehrung auf die Warensseite schlechthin, sondern vielmehr um die Preise jener Güter, die mit den Arbeitseinkommen gekauft werden, d. h. also der Lohngüter.

Die beiden Kommissionen haben ferner auf einige spezielle Fälle hingewiesen, wo eine Lohnerhöhung nicht zu einer entsprechenden Preissteigerung führen müsse, nämlich erstens wenn eine Lohnerhöhung beim öffentlichen Personal durch Steuern oder Anleihen aus laufenden Einkommen bzw. neuen, echten Ersparnissen finanziert wird, zweitens eine solche in der

²² Vgl. dazu F. Marbach, Die Eidgenössische Lohnbegutachtungskommission, Entstehung, Aufgabe und Arbeit, Heft 6 der Schriftenreihe des Aufklärungsdienstes der Eidg. Zentralstelle für Kriegswirtschaft, Bern 1944.

²³ Amonn, a. a. O., S. 73 ff.

privaten (produktiven) Sphäre durch Kosteneinsparung ausgeglichen werden kann und drittens andere Einkommen entsprechend gekürzt werden. A m o n n dagegen bezweifelt, daß in diesen Fällen eine Preissteigerung a priori verhindert werden kann. Er gibt zu bedenken, daß ausschlaggebend sei, welche Wirkungen von den auf diese Weise entstandenen Lohnerhöhungen ausgehen. Bei den angeführten Beispielen sei eher damit zu rechnen, daß die Lohnerhöhungen zu einer vermehrten Nachfrage nach Lohngütern führen, während ein entsprechender Nachfrageausfall nicht erwartet werden könne und so ein Druck auf die Lohngüterpreise entstehe, da auch Kosteneinsparungen aller Voraussicht nach in anderen Produktionszweigen und nicht in der Lohngüterindustrie erzielt würden.

Gegen die von den Kommissionen vertretene „differenzierte Lohnpolitik“, die eine Abstufung des generellen Satzes der Lohnerhöhung nach sozialen Gesichtspunkten darstellt, ist nach A m o n n prinzipiell nichts einzuwenden, außer daß ein solches Verfahren ziemlich kompliziert und seine praktische Durchführung dementsprechend mit Schwierigkeiten verbunden ist.

In der „Vernehmlassung“ sind auch Bedenken gegenüber einem Lohnausgleichsverfahren zwischen den Lohnbezüglern in den konjunkturell begünstigten und benachteiligten Erwerbszweigen geäußert worden, denn einerseits sei es schwierig, festzustellen, für welchen Unternehmer eine Lohnerhöhung untragbar wäre, andererseits würden dadurch „nicht mehr lebensfähige Betriebe“ begünstigt. A m o n n bemerkt dazu, daß man dieses System insofern verbessern könnte, wenn man den Ausgleichsfonds nicht mittels „zusätzlichen Lohnbeträgen“, sondern aus Unternehmergewinnen (Kriegsgewinnen) finanzieren würde, statt sie zu „über das Maß der Existenzsicherung hinausgehenden“ Lohnausschüttungen zu verwenden. Die Bevorzugung der Sozialfürsorge durch die beiden Kommissionen ist nach A m o n n nicht gerechtfertigt, denn weder auf die eine noch auf die andere Art werde etwas an der Tatsache geändert, daß es einerseits Arbeitnehmer mit ausreichender, andererseits solche mit ungenügender Entlohnung gebe, die der Unterstützung bedürfen; das eine Mal gelange eine Lohnsumme zur Verteilung, das andere Mal erfolge ein Zuschuß aus Staatsgeldern.

Schließlich setzt sich A m o n n noch mit einem Vorschlag B ö h l e r's auseinander. B ö h l e r²⁴ geht davon aus, daß das Realeinkommen der unteren Einkommensklassen nicht im gleichen Maße wie bei den höheren eingeschränkt werden darf, da es sich teilweise schon in Friedenszeiten hart an der Grenze des Existenzminimums bewegt. Zu diesem Zwecke müßten eine entsprechende Abstufung der Teuerungszulagen vorgenommen oder direkte Geldzuschüsse ausgerichtet werden. Die volkswirtschaftlich ideale Lösung würde nach B ö h l e r jedoch in der Gewährung von Unterstützungsbeträgen an die bedürftigen Lohnempfänger bestehen, die mittels Besteuerung der kaufkräftigeren Bevölkerungsschichten aufzubringen wären. Dem dadurch ermöglichten Mehrkonsum auf der einen Seite, so glaubt er, würde „automatisch“ ein Minderkonsum auf der anderen Seite gegenüberstehen und könnte auf diese Weise eine Steigerung des Preisniveaus verhindert werden.

A m o n n hält nun B ö h l e r entgegen, daß nicht das allgemeine Preisniveau, sondern vorab die Preise der Lohngüter im Hinblick auf die Wirtschaftssubjekte mit geringem Verdienst von Bedeutung sind. Die Besteuerung der oberen Einkommensschichten wird aber nicht in der Richtung einer Beschränkung der Nachfrage nach Lohngütern wirken, sondern es werden dadurch andere Warenkategorien, wie z. B. Luxusgüter, betroffen, so daß bei den Lohngütern kein kompensierender Nachfrageausfall eintritt und auf deren Preise weiterhin ein Druck ausgeübt wird. Nur durch Rationierung und Preiskontrolle könne das erreicht werden, was B ö h l e r mit seiner „idealen Lösung“ anstrebe.

Eine Kritik anderer Art, welche die „Vernehmlassung“ betrifft, übt Z o l l i n g e r²⁵. Er hat zwar gegen eine differenzierte Lohnpolitik an sich nicht viel einzuwenden, wohl aber gegen die Gedankengänge, auf der sie beruht. Die These, daß grundsätzlich nur die „geldseitigen“ Preissteigerungen in den Löhnen ausgeglichen werden sollten, bezeichnet er als unrichtig und macht geltend, daß nicht diese soziale Störungen hervorrufen, sondern die „Teuerung“ an sich. Die Ursachen dieser

²⁴ Böhler, Das Preisproblem in der schweizerischen Kriegswirtschaft, S. 43.

²⁵ Zollinger, Die Inflationstheorie auf Irrwegen, S. 137 ff.

Teuerung seien aber nicht beim Geld, sondern „hauptsächlich in der stark gesteigerten Ausübung von Kaufkraft durch den Staat und seine Bürger bei gesunkenem Angebot“ zu suchen²⁶. Aber auch abgesehen davon müßte dieses Postulat wirklichkeitsfremd an und sei für die breite Öffentlichkeit unverständlich.

Zollinger legt dagegen großen Wert auf die Berechnung des Lebenskostenindex unter Heranziehung der tatsächlich verfügbaren Konsumgütermenge, da der amtliche Index nur über die Kostenschwankungen einer typischen, gleichbleibenden Lebenshaltung Aufschluß gebe und sich somit nicht für die Beurteilung von Lohnfragen in Kriegszeiten eigne²⁷. Außerdem tönt er das Problem der Tragbarkeit von Lohnerhöhungen vom Standpunkt der Unternehmer an, ohne jedoch selbst eine Lösungsmöglichkeit in dieser Hinsicht zu unterbreiten. Hingegen stimmt er mit den beiden Kommissionen darin überein, daß die Teuerung von allen getragen werden muß, da ein voller Ausgleich durch Lohnerhöhungen nicht erfolgen könne, „ganz abgesehen davon, daß ein voller Ausgleich der Teuerung durch Lohnsteigerungen die Inland- und Exportpreise stark erhöhen könnte“²⁸. Zollinger kommt also zu der gleichen Schlußfolgerung wie die „Inflationstheoretiker“, obwohl er deren Argumente entschieden ablehnt.

Mit großer Skepsis begegnet ferner Großmann²⁹ den lohnpolitischen Maximen der Konjunkturbeobachtungs- und Preisbildungskommission. Seine Kritik richtet sich namentlich gegen die „abstrakt-mechanische Behandlung“ des Lohnproblems und, wie bei Zollinger, gegen den Grundgedanken der Inflationsverhütung, auf dem diese Thesen beruhen. Zu einem Punkt bemerkt er, daß es unzumutbar sei, ein Problem von derart mannigfaltiger Natur auf so „summarische Weise“ zu behandeln. Es genüge nicht, nur auf die wirtschaftliche Situation der einzelnen Erwerbszweige und

²⁶ Zollinger, a. a. O., S. 157. — Mit diesem Passus gibt Zollinger eine treffende Umschreibung der waren- und geldseitig bedingten Preissteigerungen: die gesteigerte Ausübung von Kaufkraft einerseits, das verminderte Angebot andererseits.

²⁷ Ein solcher Index ist von der Lohnbegutachtungskommission berechnet worden (Vgl. die erwähnte Schrift von Marbach).

²⁸ Zollinger, a. a. O., S. 141.

²⁹ Großmann, Geldtheorie und Wirtschaftspolitik, S. 436 ff.

Unternehmungen abzustellen, sondern man müsse die verschiedenartigen Lebensbedingungen und -gewohnheiten, die Mentalität der Arbeitnehmer, die Haltung der Gewerkschaften und Unternehmerverbände in Betracht ziehen, um das Lohnproblem in seiner ganzen Komplexität erfassen zu können, so daß von einheitlichen prozentualen Lohnzuschlägen ein Lösungsschwerlich zu erwarten sei³⁰.

Zum andern Punkt, dem „Motiv der Inflationsfurcht“, verweist Großmann auf den erwähnten Aufsatz von Kellenberger, bemerkt aber, daß Lohnerhöhungen ihrerseits weitere Preissteigerungen hervorrufen können. Diese Gefahr bestehe vor allem bei den Gütern des Massenverbrauchs.

Im übrigen gibt auch Großmann keinen konkreten Lösungsvorschlag. Er beschränkt sich darauf, die Behandlung von Lohnfragen durch Einigungsämter zu befürworten, denen er in dieser Hinsicht eine größere Beweglichkeit zuschreibt, übersieht aber dabei, daß auch diese Ämter gewisser Richtlinien bedürfen.

Die von Großmann nebenbei angetönte Möglichkeit der Abwälzung von Lohnerhöhungen auf den Unternehmergewinn ist, wie er selbst ausführt, ziemlich beschränkt. In Wirklichkeit könnte dies nur in den von der Kriegskonjunktur begünstigten Produktionszweigen bzw. Unternehmungen der Fall sein — soweit die höheren Löhne die alte Gewinnmarge bestehen lassen und die Kriegsgewinne nicht weggesteuert werden. Auch Marbach³¹ weist darauf hin, daß man sich hinsichtlich der Lohnerhöhungen auf Kosten der Gewinnrate keinen allzu großen Erwartungen hingeben dürfe, sobald man nicht nur einzelne Erwerbszweige oder Betriebe, wo das Verhältnis zwischen Gewinn und aufgewendetem Lohnkapital besonders auffallend sei, sondern den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt berücksichtige. Mit allgemeinen realen Lohnerhöhungen könne

³⁰ Großmann wird in diesem Punkt der «Vernehmlassung» nicht ganz gerecht. Sie erhebt nicht Anspruch darauf, eine definitive Lösung des Lohnproblems zu geben, sondern will vielmehr nur Richtlinien aufstellen, wobei ausdrücklich auf die Notwendigkeit des Ausbaues für die praktische Anwendung hingewiesen wird.

³¹ Siehe Verhandlungsbericht über die Tagung der Schweiz. Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik vom 19. und 20. September 1947 in Montreux, Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 83. Jg., 1947, Heft 5, S. 440/441.

man daher nur dann rechnen, wenn eine Steigerung der Produktivität eintrete³². Böhler³³ zufolge sind überhaupt nur solche Lohnerhöhungen als „legitim“ zu betrachten, die auf einer Leistungssteigerung oder Produktivitätsverbesserung beruhen.

Nun haben wir aber festgestellt, daß die Produktivität der Arbeit in der Kriegswirtschaft weitgehend die Tendenz hat, zu sinken. Daneben wird es Industriezweige geben, die eine Steigerung der Produktivität verzeichnen können. Äußert sich diese in einer Preissenkung, so erzielen alle, die das betreffende Produkt kaufen, einen realen Einkommenszuwachs. Werden stattdessen höhere Löhne ausgerichtet, so beschränkt sich der Realgewinn auf die in jenen Branchen beschäftigten Einkommensbezüger (solche Produktivitätssteigerungen sind aber, wie bereits erwähnt, in der Lohngüterindustrie nicht zu erwarten). Im Falle einer Senkung der Produktivität hingegen steigen die Preise der betreffenden Güter bei unveränderten Löhnen oder die Löhne sinken bei gleichbleibenden Preisen, d. h. die Real-löhne nehmen im Durchschnitt ab³⁴.

A m o n n³⁵ schlägt nun zwei Wege zu einer zweckmäßigen Lösung des Problems vor: der erste, auf den bereits hingewiesen wurde, besteht in der Errichtung eines Lohnausgleichssystems. Aus den Gewinnen der konjunkturrell begünstigten Produktionszweige soll ein „Lohnfonds“ geäufnet werden, der dazu dient, jenen Lohnempfängern Zuschüsse zu gewähren, deren Einkommen zum Kauf einer existenzminimalen Konsumgütermenge nicht ausreicht. Auf diese Weise würden zugleich die vom Gesichtspunkt der Inflationsverhütung unerwünschten Lohnsteigerungen, wie sie sich aus der Abzweigung von Kriegsgewinnen ergeben, verhindert.

Die zweite Möglichkeit ist nach A m o n n in einer „mehr oder weniger allgemeinen Erhöhung der Geldlöhne“, die sich auf die unteren Lohnkategorien beschränkt, zu suchen, wobei jene Beträge, die das (soziale) Existenzminimum überschreiten, entweder zu sperren oder auf später aufzuschieben (im Sinne

³² Vgl. dazu auch Amonn, Das Lohnproblem, S. 64/65.

³³ Böhler, Die schweizerische Preissituation und das Problem der Preisstabilisierung, S. 22.

³⁴ Vgl. Amonn, Probleme der Kriegswirtschaft, S. 49.

³⁵ Amonn, a. a. O., S. 71/72.

des Zwangssparens) oder aber in eine bestimmte Richtung zu lenken wären, und zwar auf solche Güter, „deren Angebot größer ist als die Nachfrage und nicht zugunsten der Verwendung der betreffenden Produktionsmittel für die Produktion von lebensnotwendigen Gütern oder Lohngütern im weiteren Sinn oder Gütern des Wehrbedarfs eingeschränkt werden kann“, d. h. in erster Linie auf „Luxusgüter“. Damit würde außer der Verhinderung eines inflatorischen Preisdruckes auf die Lohngüter (im engsten Sinn) erreicht, daß konjunkturell benachteiligte Erwerbszweige (wie Hotellerie, Luxusgüterindustrie etc.) nicht in eine Notlage geraten³⁶.

A m o n n gibt dieser letzten Variante den Vorzug. Unter obigem Aspekt betrachtet weist sie gegenüber einer bloßen Sperrung der das Existenzminimum übersteigenden Lohnbeträge zweifellos mehr Vorteile auf, wobei die Einschränkung der Konsumfreiheit für diese Summen als kleinstes Uebel anzusehen wäre. Der praktischen Durchführung eines solchen Systems müßte nach A m o n n eine Berechnung des Existenzbedarfes vorausgehen, auf Grund dessen ein „dementsprechendes Verhältnis zwischen Geldlöhnen und Preisen der lebensnotwendigen Güter“ zu bestimmen wäre, wobei die Preise und Löhne „nur in Verbindung miteinander“ steigen dürften.

An anderer Stelle weist A m o n n³⁷ auf die Schwierigkeiten hin, im Falle einer allgemeinen Preissteigerung einen Maßstab zu finden, der sowohl den Lohnempfängern als auch den Unternehmern den ihnen gebührenden Anteil am Sozialprodukt zukommen läßt. Bei einer zum Teil realkosten, zum Teil geldseitig bedingten Teuerung, wie sie in der Kriegswirtschaft aufzutreten pflegt, würde seiner Ansicht nach eine Orientierung der Löhne am Index in der Konjunkturbewegung gute Dienste leisten. Indessen sei eine starre Bindung der Löhne an einen Index nicht empfehlenswert, da ein solches System voraussichtlich nur nach oben hin funktionieren würde.

³⁶ Diese Lösung liegt ganz im Sinne von Böhler-Dütschler, die sich die Rücksichtnahme auf gewisse «Friedensindustrien» angelegen sein lassen (vgl. Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 166).

³⁷ Vortrag an der Tagung der Schweiz. Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik vom 19./20. 9. 1947 in Montreux über das Thema «Lohntheorie und Lohnpolitik», Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 83. Jg., 1947, Heft 5, S. 391.

Zur Rolle des Staates in Lohnfragen äußert sich A m o n n dahin, daß er sich im Falle einer direkten Einflußnahme auf die Lohngestaltung eine große Belastung aufbürden und sich einer unlösbaren Aufgabe gegenübergestellt sehen würde. Der Staat müsse sich deshalb auf eine beratende und vermittelnde Funktion beschränken, die er aber nur dann mit Erfolg ausüben könne, wenn ihm neben einer Lohn- auch eine Produktionsstatistik sowie Kosten- und Gewinnrechnungen von Betrieben zur Verfügung stehen.

Welche allgemeinen Schlußfolgerungen können aus den obigen Ausführungen abgeleitet werden?

Soll die Lohnpolitik nicht wesentlich erschwert werden, so muß der Preisauftrieb namentlich bei den lebensnotwendigen Gütern möglichst hintangehalten werden. Dabei gilt es vor allem Preissteigerungen von der Geldseite her zu verhindern. Gelingt dies aber nicht, so tritt eine Erhöhung der Unternehmereinkommen ein, der schließlich auch die Arbeitseinkommen angepaßt werden müssen, denn es wäre ungerecht, den verschiedenen Lohnkategorien sukzessive Reallohneinbußen zuzumuten, während die Unternehmer Gewinne erzielen, die wirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind und aus der Disparität zwischen den Preisen der Endprodukte und der Kostengüter stammen.

Anders verhält es sich dagegen, wenn die Ursache der Preiserhöhungen auf der Warensseite, d. h. in einer Verminderung der Produktivität zu suchen ist. Die Folge davon ist ein im Durchschnitt gesunkener Reallohn, der durch Nominallohnsteigerungen nicht wettgemacht werden kann, sondern im Gegenteil den Preisauftrieb nur noch verstärken würde. Es muß daher versucht werden, den Anteil der waren- und der geldseitig bedingten Faktoren an der Gesamtteuerung annähernd festzustellen.

Eine Ausnahme in dieser Hinsicht ist bei jenen Lohnkategorien zu machen, deren Realeinkommen infolge der Teuerung unter das Existenzminimum sinkt; ihnen muß ein voller Teuerungsausgleich gewährt werden, ungeachtet der Ursache, die der Preissteigerung zugrunde liegt. Ein solches Existenzminimum wäre zuerst festzulegen. Besteht keine unmittelbare Notlage, so sollte nicht das absolute, sondern das relative oder soziale Existenzminimum die Grundlage bilden: „Solange es aber

in einer Volkswirtschaft noch unausgenützte Einkommensquellen gibt (Fremdenverkehrseinrichtungen, Theater, Kinos u. dgl.), geht eine Lohnsenkung über das wirtschaftlich notwendige Maß hinaus, wenn sie das physische Existenzminimum zur Basis nimmt und darauf ein Stufenschema gründet. In einem solchen Falle ist ein höherer Lohn möglich, nur dürfte er nicht für die ‚zu knappen‘ Güter, sondern nur für die noch reichlicher vorhandenen ausgegeben werden. Dies bedingt natürlich eine Beschränkung der Konsumfreiheit, mit der aber in einem solchen Fall eine positive Erhöhung des realen Gesamteinkommens verbunden sein könnte“³⁸. Der Staat müßte dieser Frage vermehrte Aufmerksamkeit schenken.

Besondere Beachtung gebührt ferner der Frage, von wem diese unerläßlichen Lohnerhöhungen getragen werden sollen. Sie ist relativ einfach für jene Betriebe zu lösen, die infolge günstiger Konjunktur große Gewinne erzielen, während sich dort Schwierigkeiten ergeben, wo sich kriegsbedingte Produktionseinschränkungen oder steigende reale Kosten einstellen. Soweit es sich um Beamte handelt, kann der Staat mittels höherer Steuern die notwendigen Einkommenserhöhungen vornehmen oder Unterstützungen ausrichten. Innerhalb der Privatwirtschaft wäre eine zweckmäßige und gerechte Lösung auf dem Wege eines Lohnausgleichssystems zu suchen (welches sich auch auf die Mobilisierten erstreckt), indem man in erster Linie die hohen Einkommensklassen zur Gewährung von Teuerungszulagen an die unteren und untersten Lohnkategorien heranzieht, womit gleichzeitig eine allgemeine Steigerung aller Geldeinkommen verhindert werden könnte. Allerdings dürfte es schwer halten, ein solches System konsequent in die Praxis umzusetzen, da vor allem die Unternehmereinkommen einerseits aus leistungspolitischen Gründen nicht zu stark belastet werden können und andererseits die Produzenten versuchen werden, die höheren Lohnkosten auf die Preise zu schlagen. Im Prinzip sollte jedoch ein voller Teuerungsausgleich nur bei den untersten Einkommensklassen vorgenommen und die Teuerungszulagen nach oben degressiv abgestuft werden, während den hohen Einkommen überhaupt kein Ausgleich zuzugestehen wäre.

³⁸ Amonn, Das Lohnproblem, S. 77/78.

Ein anderes Problem stellen die landwirtschaftlichen Einkommen dar, die sich über die Preise der Agrarprodukte verschieben und somit von deren Höhe abhängen. Ihre Regelung ist daher Sache der Preispolitik.

VII. Die Finanzpolitik

Auf den doppelten Aspekt des Finanzierungsproblems ist bereits hingewiesen worden: einerseits wird dem Staate die Aufgabe überbunden, seinen außerordentlichen Bedarf realwirtschaftlich zu „alimentieren“, anderseits muß er, um diese realwirtschaftliche Deckung zu ermöglichen, die erforderlichen Geldsummen bereitstellen, was eine Neuverteilung des gesamten nominalen (und realen) Volkseinkommens zwischen Staat und Privatwirtschaft bedingt.

Auf welche Weise soll nun der Staat diese Geldmittel aufbringen?

Eine Hauptaufgabe der Kriegswirtschaftspolitik besteht, wie wir festgestellt haben, darin, die zwangsläufig eintretende Diskrepanz zwischen nominalen und realen Größen (nominale und reale Verbrauchsquote, nominale und reale Sparquote) und damit inflatorische Preissteigerungen nach Möglichkeit zu verhindern. Der Staat wird daher mit Vorteil seine Finanzpolitik nach diesem Gesichtspunkte ausrichten, d. h. er muß, wenn die Finanzierung „kreislaufgerecht“ sein soll, bestrebt sein, durch entsprechende Gestaltung der Mittelbeschaffung diese nominalen und realen Größen einander anzugleichen.

1. Die Deckung des staatlichen Geldbedarfes erfolgt in erster Linie mittels Steuern und Anleihen. Während des Krieges ist die Frage, ob die außerordentlichen Wehraufwendungen durch Steuern oder Anleihen aufgebracht werden sollen, in den Vordergrund gerückt und hat die Diskussion darüber einen breiten Raum eingenommen.

Der Grundsatz der völligen Deckung der Kriegskosten durch Steuern ist im „Bericht über die Maßnahmen zur Inflationsverhütung in der Schweiz“ und im Gutachten von Böhlér-Dütschler nachdrücklich vertreten worden und bildet

neben dem Postulat der Konstanthaltung der Nominaleinkommen, mit dem er eng zusammenhängt, die zweite Hauptthese.

Die Ueberlegungen, welche die beiden Autoren zu dieser These geführt haben, sind am Anfang des VI. Kapitels kurz gestreift worden. Sie gehen von der Annahme aus, daß die Konsum- und Kapitalgüterproduktion im produktiven Sektor abnimmt, während sich die Erzeugung für den staatlichen Bedarf entsprechend vergrößert. Auf der Geldseite spielen sich analoge Vorgänge ab: im produktiven Sektor entsteht ein Ausfall an Einkommen, der durch die Ausgaben des Staates kompensiert wird, so daß sich das nominale Volkseinkommen nicht verändert. Die infolge der verminderten Konsum- und Kapitalgütererzeugung freiwerdenden Einkommensteile wären demnach einfach auf dem Steuerwege in die kriegswirtschaftliche Sphäre umzuleiten. Nur auf diese Weise kann nach ihrer Ansicht die Kriegsfinanzierung „kreislaufgerecht“ und damit inflationsfrei erfolgen.

Der Vorteil der Steuer gegenüber der Anleihe wird zwar zunächst nicht ersichtlich. Böhler-Dütschler erklären nämlich, „daß primär sowohl die Steuer als auch die Anleihe als nicht-inflatorische Formen der Kriegsfinanzierung zu betrachten sind, soweit sie aus dem bestehenden Kreislauf schöpfen“¹. Gegen die Krieganleihen wird nun aber geltend gemacht, daß einerseits dem unproduktiven Schuldenzuwachs kein konkreter Vermögenszuwachs entspricht², während sie andererseits sekundär inflatorisch wirken, sei es infolge Vorfinanzierung, Titelbevorschussung oder Liberierung mittels gehorteten oder stillgelegten Geldern, so daß die Steuern doch als die „einzige reguläre Form nicht-inflatorischer Finanzierung“ zu betrachten seien — unter der Voraussetzung allerdings, daß sie die Güternachfrage effektiv einschränken und nicht aus Horten bezahlt werden. Die Gefahr der Enthortung bestehe aber dann nicht, wenn Inflation und konsumtive Verschuldung verhütet werden, da „die gehorteten Beträge nur dann in größerem Maße gegen Güter getauscht werden, wenn die Wahrscheinlichkeit inflatorischer Preissteigerungen besteht“³. Die Steuerdeckung bietet

¹ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 155.

² Böhler-Dütschler sprechen in diesem Zusammenhang von einer «aufgeschobenen Inflation» (a. a. O., S. 152).

³ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 162.

nach der Auffassung Böhler-Dütschler's offenbar Gewähr dafür, daß eine Inflation nicht entstehen kann, die Steuern also aus dem laufenden Einkommen bezahlt werden und somit die Nachfrage nach Waren effektiv gedrosselt wird.

Diese Gedankengänge beruhen auf einer etwas sonderbaren Logik. Der Geldkreislauf würde sich demnach nur im Falle der Anleihefinanzierung durch die ausgelösten Enthortungstendenzen ausweiten, während die Beträge zur Entrichtung der Steuern stets dem bestehenden Kreislauf entnommen werden. Es dürfte sich dabei vielmehr um eine Behauptung als um eine erwiesene Tatsache handeln, die denn auch nicht unwidersprochen geblieben ist.

Der Grundsatz der Steuerdeckung wird ebenfalls von Boßhardt⁴ vertreten. Zwar lehnt er die Anleihefinanzierung nicht kategorisch ab, sondern räumt ein, daß sie soweit in Betracht komme, als laufende Ersparnisse vorhanden seien und diese nicht für andere Bedürfnisse (private Investitionen, Bedarf von Kantonen und Gemeinden) in Anspruch genommen würden⁵. Dies wird aber mehr nebenbei erwähnt, denn das Hauptgewicht kommt seiner Parole „Nicht neue Milliardenverschuldung des Bundes, sondern Generalsteuerreform!“⁶ zu. Boßhardt geht, wie Böhler-Dütschler, davon aus, daß die Mobilisationslasten in jedem Falle real in der Gegenwart aufgebracht werden müssen und ein Hinausschieben unmöglich ist. „Durch keine Anleihenstransaktion kann das Sozialprodukt der Zukunft zum Verbrauch der Gegenwart herangezogen werden“⁷, und nur die Auslandsanleihen nähmen in dieser Hinsicht eine Ausnahmestellung ein; die Inlandsanleihe hingegen könne lediglich die interne Lastenverteilung beeinflussen.

Neben seiner Opposition gegen eine zusätzliche Verschuldung des Staates ist dieser Aspekt sein Hauptargument zu Gun-

⁴ Boßhardt, Steuern oder Inflation!, S. 17 ff.

⁵ Boßhardt glaubt, daß bei Berücksichtigung dieser anderweitigen Bedürfnisse die verbleibende Ersparnisquote geringer sein dürfte, «als gemeinhin angenommen wird» (a. a. O., S. 22). Tatsächlich sollte es sich aber so verhalten, daß in der Kriegswirtschaft zunächst der Kreditbedarf des Staates und erst dann jener der Privatwirtschaft befriedigt wird.

⁶ Boßhardt, a. a. O., S. 33.

⁷ Boßhardt, a. a. O., S. 21. — Diese Tatsache wird auch von jenen Nationalökonomern nicht übersehen, welche mehr Gewicht auf die Anleihefinanzierung legen.

sten der Steuerdeckung. Bei der Beurteilung der Finanzierungsmethoden müsse man sich daher immer die Tatsache vor Augen halten, daß das gesamte Realeinkommen durch das zu wählende Deckungsverfahren nicht berührt werde. Unter diesen Umständen sei die Steuer als die „kreislaufgerechte“ und störungsfreie Finanzierungsreform zu betrachten. Verzichte der Staat auf diesen Weg, so erfolge die Besteuerung in Gestalt höherer Preise: „Die Alternative der steuerlichen Deckung des Kriegsbedarfs ist daher nichts anderes als die geldseitige Teuerung (Inflation)“⁸. B o ß h a r d t will damit zum Ausdruck bringen, daß, wenn die nominale Verbrauchsquote nicht entsprechend der verminderten realen Verbrauchsquote durch Steuern gekürzt wird, die Preise steigen müssen und sich daher der Einzelne hinsichtlich der Größe seines Realeinkommens in keiner Weise besser stellt; er bezahlt, wie sich B o ß h a r d t ausdrückt, im Grunde genommen in den höheren Preisen nur das, „was er rechtmäßig dem Staate in Form zusätzlicher Steuern hätte abliefern sollen, mit dem Unterschied freilich, daß die Kriegssteuern nur vorübergehenden Charakter haben, während die inflatorische Kriegsfinanzierung eine dauernde, nicht wieder rückgängig zu machende Entwertung des Geldes zur Folge hat“⁹. Die Inflation aber gelte es als die „brutalste und verheerendste“ Steuer zu verhindern, was nur auf dem Wege einer Revision des gesamten Steuerwesens, einer „gesamtschweizerischen Steuerreform“, zu erreichen sei.

Der Hauptfehler der „traditionellen“ Finanzierungsmethode besteht nach B o ß h a r d t darin, daß man es bei einer Deckung der Zinsen und Tilgungsquoten durch Steuern bewenden läßt, statt die außerordentlichen Aufwendungen so rasch als möglich gänzlich mittels Steuern aufzubringen. In diesem Verfahren müsse man den „eigentlichen inflatorischen Kern“ der Kriegsfinanzpolitik erblicken.

Obwohl die Argumente zugunsten einer völligen Steuerdeckung vom Standpunkt der Inflationsverhütung zunächst einleuchtend erscheinen mögen, lassen sich dagegen doch einige Bedenken vorbringen.

So findet die These von Böhler-Dütschler,

⁸ Boßhardt, a. a. O., S. 23.

⁹ Boßhardt, a. a. O., S. 29/30.

wie jene der Stabilhaltung der Nominaleinkommen, bei W a g n e r¹⁰ eine kritische Aufnahme. W a g n e r macht auf die ungünstigen Rückwirkungen aufmerksam, die der Wirtschaft durch eine völlige Steuerdeckung erwachsen können. Wenn man nämlich den wahrscheinlichen Fall annimmt, daß die im kriegswirtschaftlichen Sektor ausbezahlten Einkommen die durch Produktionsausfall und -einschränkungen in der produktiven Sphäre verursachten Einkommensausfälle übersteigen, so würde unter der Voraussetzung stabiler Nominaleinkommen eine volle Steuerdeckung die nominale Verbrauchsquote über die verminderte reale Verbrauchsquote hinaus kürzen, so daß sich auf den Konsumgütermärkten ein deflatorischer Preisdruck ergäbe; zudem würden vor allem die Unternehmereinkommen durch die sozialpolitisch bedingten Einkommenserhöhungen eine verschärfte Belastung erfahren, was sich nachteilig auf die Produktion auswirken müßte. Die Wegsteuerung der gesamten nominalen Sparquote und des die reale Verbrauchsquote übersteigenden Teils der nominalen Verbrauchsquote einerseits und die Erhöhung der unteren Einkommen auf Kosten der höheren andererseits würde „in einem großen Ausschnitt des Volkseinkommens partielle deflatorische Tendenzen“ auslösen, „die sich auf weitere Einkommenskategorien übertragen“¹¹.

Im übrigen erachtet W a g n e r die Gründe, die gegen die Anleihefinanzierung vorgebracht werden, als nicht stichhaltig. Die Hypothese, daß die Steuern ausschließlich aus dem laufenden Einkommen bezahlt, die Anleihen dagegen vorwiegend aus Horten und Rücklagen liberiert werden, bezeichnet er als unhaltbar; man könne im Gegenteil annehmen, daß eine massive Steuererhöhung zum Enthorten oder sogar Entsparen führe. Ebenso sei es verfehlt, zu glauben, nur die Inflationsfurcht lasse gehortete Zahlungsmittel in den Kreislauf strömen; erfahrungsgemäß ist es vielmehr die erwartete Verknappung des Warenangebots, die das Bedürfnis nach vermehrter Eideckung mit Gütern hervorruft und so die Tendenz zum Enthorten oder gar Entsparen auslöst, wobei die Angst vor einer Inflation zunächst keine Rolle spielt. Diese Tendenz ist in Kriegszeiten

¹⁰ Wagner, Bemerkungen zur Kriegswirtschaftspolitik, S. 14 sf.

¹¹ Wagner, a. a. O., S. 19.

immer vorhanden, so daß die Behauptung, die Steuerdeckung verhindere a priori eine Inflation, nicht aufrechterhalten werden kann¹².

Zum Argument, wonach in jedem Falle die Kriegskosten real in der Gegenwart aufzubringen seien und die künftige Einkommensverteilung durch die Anleihefinanzierung im vornherein beeinflußt werde, bemerkt W a g n e r, daß, wenn auch die Anleihedeckung die reale Kostendeckung nicht verzögern könne, sie immerhin die zeitliche Hinausschiebung der Lastenverteilung auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten ermögliche, indem die dem Staate freiwillig zur Verfügung gestellten Geldmittel eine weniger massive Besteuerung zulassen, was namentlich den unteren Einkommensklassen zugute kommt. Dieses Hinausschieben der endgültigen Verteilung der Lasten ist aber auch angesichts der unzähligen Aufgaben, welche die Kriegswirtschaft mit sich bringt, von Vorteil, denn eine sofortige Lösung würde die Veränderungen in der Einkommensstruktur nur verschärfen und nachteilige Wirkungen auf den Produktionsprozeß ausüben. Eine Korrektur der „provisorischen“ Lastenverteilung kann später durch Aufbringen der Tilgungsquoten mittels Steuern vorgenommen werden. Da die moderne Steuerpolitik die hohen und auf Vermögen beruhenden Einkommen in vermehrtem Maße heranzieht (Wehropfer, Kapitalertragsteuer), so fällt nach W a g n e r auch der Einwand, die Nichtanleihezeichner würden durch die zu leistenden Zinszahlungen an die Anleihezeichner belastet, dahin, denn „die Kapitalisten müssen das Geld, das für die Zinszahlungen an sie benötigt wird, zuerst auf dem Steuerwege an den Staat abführen“¹³.

Diese Ueberlegungen führen W a g n e r zu dem Schlusse,

¹² Diese Ansicht wird übrigens auch von der Eidg. Steuerverwaltung geteilt. Sie stellt zunächst ausdrücklich fest, daß eine fortlaufende Dekkung der Mobilisationskosten mittels Steuern in Anbetracht der Höhe der erforderlichen Summen nicht möglich ist und außerdem aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen ein bestimmtes Steuermaß nicht überschritten werden kann. Es wird aber auch betont, daß bei längerer Dauer des Krieges die Steuern allein eine Inflation nicht völlig auszuschießen vermögen (Vgl. ihr Gutachten über «Inflationsverhütung durch Steuern», Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 76. Jg., 1940, Heft 2, S. 184 ff.).

¹³ Wagner, a. a. O., S. 26. — Vgl. dazu Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 156 und 157.

daß erstens die völlige Steuerdeckung aus ökonomischen und psychologischen Gründen nicht wünschenswert und ihr ein elastischeres Verfahren vorzuziehen ist und zweitens die Einwände B ö h l e r - D ü t s c h l e r ' s grundsätzliche Bedenken gegen die Anleihefinanzierung nicht rechtfertigen. Von einer übermäßigen Kreditaufnahme ist allerdings abzusehen, da sie preis- und finanzpolitische Gefahren in sich birgt. Solange die Anleihen aus den laufenden Ersparnissen liberiert werden, bestehen solche Gefahren nicht; die Bedenken gegen die Anleihefinanzierung können daher nur die Größenordnung betreffen.

Nach W a g n e r geht die Frage darum, „das richtige Verhältnis zwischen den verschiedenen Deckungsformen zu finden und die gleichzeitige Oeffnung zusätzlicher Geldquellen zu vermeiden“¹⁴. Dieses Verhältnis wird nach theoretischen Gesichtspunkten bestimmt durch die ökonomischen Funktionen der nominalen Verbrauchs- und Sparquote. Demzufolge ist die nominale Verbrauchsquote entsprechend der verminderten Konsumgüterproduktion mittels Steuern zu kürzen, wobei die in der Kriegswirtschaft häufig praktizierte Vergrößerung der Verbrauchsquote zulasten der laufenden Sparquote in Rechnung zu stellen ist. Die Besteuerung muß somit eine doppelte Aufgabe erfüllen: Die Deckung eines Teiles der Kriegskosten und die Komprimierung der nominalen Verbrauchsquote auf das „kreislaufgerechte“ Maß. Die laufende nominale Sparquote hingegen soll grundsätzlich durch Anleihen erfaßt werden, und zwar je nach der Größe der Wehraufwendungen zu einem Teil oder zur Gänze — sofern dies auf freiwilliger Basis möglich ist.

In der gleichen Richtung wie W a g n e r bewegen sich die Äußerungen A m o n n ' s ¹⁵ über dieses Problem. Er tritt der im „Bericht“ aufgestellten These der völligen Steuerdeckung mit Nachdruck entgegen und bezeichnet sie als „praktisch unzweckmäßig“, da sie — ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten — „Kreislaufstörungen“, d. h. deflatorische Wirkungen zur Folge haben müsse. Die „einzige reguläre Form“ der Finanzierung eines außerordentlichen Bedarfes sei daher nicht in der Steuer, sondern in der Anleihe zu suchen, und der Idealfall liegt nach A m o n n dann vor, wenn dieser außer-

¹⁴ Wagner, a. a. O., S. 26.

¹⁵ Amonn, Probleme der Kriegswirtschaft, S. 62 ff.

ordentliche Bedarf gänzlich mittels Anleihen gedeckt werden kann. Die Anleiheendeckung dürfe jedoch nicht über die laufenden Ersparnisse hinaus erfolgen, und das „zweckmäßige Verhältnis zwischen Steuerdeckung und Anleiheendeckung“ werde daher grundsätzlich durch die Größe der laufenden Ersparnisse bestimmt.

Zu den Bedenken Böhler-Dütschler's gegen die Anleiheaufnahme bemerkt A m o n n , daß, obwohl in diesem Falle die Inflationsgefahr praktisch größer sei, auch die Steuern „sekundär inflatorisch“ wirken können, wenn sie sehr hoch bemessen sind. „Die ‚Bedingung, daß die Steuer aus dem laufenden Volkseinkommen bezahlt wird‘, läßt sich ebensowenig sicher verwirklichen wie die, daß Anleihen aus den laufenden Ersparnissen liberiert werden“¹⁶. Der Unterschied zwischen den beiden Finanzierungsarten werde mehr und mehr verschwinden, je größer das Ausmaß der Besteuerung bzw. Anleiheaufnahme sei. Theoretisch könnte man zwar durch eine vollständige Steuerdeckung jede Inflation vermeiden, doch „man geriete dann von der Scylla der Inflation unvermeidlich in die Charybdis der Deflation“¹⁷, deren Auswirkungen viel schwerwiegender sind als die der Inflation.

Weiterhin bezeichnet A m o n n die möglichst volle Steuerdeckung als denkbar ungeeignet, um das „Gleichgewicht der Wirtschaft“ und die „Aufrechterhaltung des zivilen Sektors der Wirtschaft“ zu gewährleisten¹⁸ und betont, daß eine Einschränkung des privaten Verbrauchs nur in dem Umfange notwendig ist, als dieser Minderverbrauch auf der anderen Seite, d. h. in der staatlichen Sphäre, einen Mehrverbrauch ermöglicht, es also höchst unzweckmäßig wäre, den privaten Verbrauch durch die Besteuerung so zu beschneiden, daß Produktionskapazitäten, die im kriegswirtschaftlichen Sektor keine Verwendung finden können, verloren gehen. Er macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß in vielen Fällen die Möglichkeit, Güter und die zu ihrer Erzeugung benötigten Produktionsmittel in die wehrwirtschaftliche Sphäre überzuführen, beschränkt sei. Die Besteuerung müsse daher so gestal-

¹⁶ Amonn, a. a. O., S. 64 Anm.

¹⁷ Amonn, a. a. O., S. 65.

¹⁸ Vgl. «Bericht», a. a. O., S. 125 und 128.

tet werden, daß sie dem Endziel der maximalen Produktion nicht zuwiderlaufe und auch die Güterverteilung nicht nachteilig beeinflusse (wobei stets der produktionspolitische Gesichtspunkt ausschlaggebend sein soll). A m o n n würde sogar eine begrenzte Geldschöpfung einer vermehrten Besteuerung vorziehen, falls die dem Staate freiwillig zur Verfügung gestellten Ersparnisse nicht ausreichen¹⁹.

Als weiterer Autor macht K e l l e n b e r g e r ²⁰ die Nachteile einer verschärften Besteuerung geltend. Sie bestehen seiner Ansicht nach einerseits darin, daß sich die Zensiten dadurch gezwungen sehen, ihre laufenden Ersparnisse zu reduzieren, auf ihr Vermögen zurückzugreifen oder sogar Schulden einzugehen. Damit aber bringt sich der Staat selbst immer mehr um die Möglichkeit, bei den Privaten Kredite aufzunehmen. K e l l e n b e r g e r bringt diesen Sachverhalt auf folgende Formel: „Je höher die Steuern, desto geringer sind die Ersparnisse, desto schwerer ist die Aufnahme von Schulden... Wenn der Staat glaubt, den Konsum zu treffen, so trifft er dergestalt die Sparfähigkeit“²¹. Andererseits müsse man die nachteiligen Rückwirkungen auf die Produktion beachten. Diese erfahre an sich schon eine kriegsbedingte Umgestaltung, indem der Staat mit den Steuergeldern eine von der in Friedenszeiten wesentlich verschiedene Nachfrage ausübe, so daß nur ein Teil der Unternehmer davon profitiere. Daraus resultiere eine weitgehende Umlagerung der Produzenteneinkommen. Eine massive Besteuerung müßte diese Verschiebungen nur noch verstärken.

K e l l e n b e r g e r wirft ferner die Frage auf, was angesichts der verminderten Anlagemöglichkeiten mit der monetären Sparquote geschehen soll. Wenn der Staat es unterläßt, die

¹⁹ A m o n n, a. a. O., S. 65/66. — A m o n n scheint allerdings diese Ummstellungsmöglichkeiten etwas zu unterschätzen (man erinnere sich in dieser Hinsicht an die verschiedenen «Auskämmungsaktionen» in Deutschland). Im Notfalle müßten auch in einem neutralen Lande die Produktionsfaktoren und namentlich die Arbeitskräfte vermehrt in den staatlichen Sektor überführt werden.

Zum Problem der Besteuerung in der Schweiz bemerkt A m o n n, daß es sich dabei eher um eine «gleichmäßigere Erfassung und Veranlagung» der bereits bestehenden und weniger um die Erschließung neuer Steuern handle und kritisiert die allgemeine Umsatzsteuer als den produktions- und verteilungspolitischen Erfordernissen zuwiderlaufend (a. a. O., S. 68).

²⁰ K e l l e n b e r g e r, Kriegsfinanzierung und Inflationsverhütung, S. 22 ff.

²¹ K e l l e n b e r g e r, a. a. O., S. 27.

laufenden (und Anlage suchenden) Ersparnisse an sich zu ziehen, so werden sie lediglich die Liquidität der Banken erhöhen oder die Gestalt von Horten annehmen und stellen damit eine potentielle Inflationsgefahr dar. Noch schwerer wiegt aber der Umstand, daß diese Ersparnisse, welche keine produktive Verwendung finden, „volkswirtschaftlich vollständig und endgültig“ als verloren zu betrachten sind und Kellenberger deshalb zu der Schlußfolgerung gelangt: „Es ist geradezu volkswirtschaftliches Gebot, daß der Staat im Kriege Schulden aufnimmt!“²². Indem er die Ersparnisse durch Anleihen an sich zieht, setzt er „private Sparkräfte in staatliche Konsumkraft“ um, die andernfalls „ohne jeden öffentlichen oder privaten Nutzen gleich einer Seifenblase verpufft wäre“²³.

Kellenberger wertet die allfällig durch Kriegsanleihen hervorgerufenen inflatorischen Tendenzen als nicht sehr groß. Wie Wagner und Amonn macht er geltend, daß die Gefahr der Enthortung bei der völligen Steuerdeckung ebenso akut werden könnte, weist aber darauf hin, daß die Bevorschussung von Schuldtiteln inflatorisch wirkt, wenn sie aus zusätzlichem Geld der Notenbank oder aus Kassenreserven der Privatbanken erfolgt; es obliege indessen der Währungspolitik, derartige Manipulationen zu verhüten. Im übrigen eigneten sich Kassenobligationen, Hypotheken und andere Wertpapiere eher noch besser zur Belehnung als Anleihen. Stets müsse man bedenken, daß, wenn der Staat keine Anleihen aufnehmen würde, „der Sparer und Kapitalist andere Anlagen findet, die, um mit den beiden Kommissionen zu sprechen, „sekundär ebenfalls inflatorisch wirken können,“²⁴. Obwohl die Anleiheaufnahme den Staat in der Zukunft belaste, sei es falsch, daraus eine Be-

²² Kellenberger, a. a. O., S. 32.

²³ Kellenberger, a. a. O., S. 32. — Kellenberger dürfte wohl absichtlich diese überspitzte Formulierung verwendet haben. Selbst wenn der Staat keine Anleihen aufnehmen würde, was ja eine wirklichkeitsfremde Annahme ist, so gäbe es noch den Kreditbedarf der Privatwirtschaft und der zur staatlichen Sphäre gehörenden privaten Unternehmen zu befriedigen, so daß jedenfalls nicht die gesamte private Sparkraft «endgültig» verloren ginge. Ebenso wäre denkbar, daß in diesem Falle mehr Geld zugunsten der notleidenden Produktionszweige (Luxusgüterindustrie, Hotellerie) ausgegeben würde. Freigesetzte Betriebskapitalien, repatriierte Auslandsgelder etc. behalten ihre Bedeutung im Hinblick auf später, wo sich wieder vermehrt Anlagemöglichkeiten bieten.

²⁴ Kellenberger, a. a. O., S. 34.

vorzugung der Steuerdeckung abzuleiten. Die Anleihe unterscheidet sich nur insofern von der Besteuerung, als sich der Staat gegenüber den Wirtschaftssubjekten verschuldet. Dabei handle es sich um einen juristischen Sachverhalt, der das Volkvermögen nicht berühre, doch dürfe man das soziale Problem nicht übersehen, das durch die aus der Verschuldung resultierende Neuverteilung des Sozialproduktes hervorgerufen wird²⁵.

Während wir bis jetzt einerseits eine Richtung, die eine völlige Steuerdeckung vertritt, andererseits die Befürworter eines Mittelweges, d. h. der Kombination von Steuern und Anleihen kennen gelernt haben, ist noch auf jene Autoren hinzuweisen, die in der Finanzierung der Kriegskosten mit „zusätzlichem“ Geld kein „kreislaufwidriges“ Verhalten sehen (weil ihnen im Grunde genommen das „Kreislaufdenken“ fremd ist).

In seiner früher erwähnten Schrift widmet Zollinger u. a. der Frage „Wie soll der Staat seine Ausgaben finanzieren,“ ein Kapitel²⁶. In logischer Konsequenz seiner Ablehnung der Quantitäts- bzw. „Inflations“theorie kann die Notenbank sehr wohl zur „vorläufigen“ Deckung der Wehraufwendungen herangezogen werden, damit der Staat über die notwendigen Barmittel verfügen und einen günstigen Zeitpunkt für die Emission einer Anleihe abwarten kann, wobei inflatorische Wirkungen nicht zu befürchten seien. Immerhin ist seiner Ansicht nach eine „mißbräuchliche“ Beanspruchung der Notenbank zu unterlassen, obschon sich die daraus entstehenden Konsequenzen nicht in der von den „Inflationstheoretikern“ erwarteten Weise, d. h. in einer geldseitigen Preissteigerung bemerkbar machen würden, „sondern es würde sich als unmittelbare Folge zeigen, daß der Notenumlauf und die Girogelder weit über den Bedarf hinausgehen und andere, bekömmlichere Gläubigerrechte verdrängen. Das Zuviel würde seinen Weg zur Notenbank suchen, denn niemand will über mehr Noten oder Girogelder verfügen, als er deren vorsorglicherweise benötigt“²⁷. Diese Verdrängung von verzinslichem durch unverzinsliches Geldkapital führe zu einer Zinssenkung und damit zu einer Reduktion der Zinsein-

²⁵ Kellenberger, a. a. O., S. 33. — Eine Korrektur kann hier, wie Wagner betont, durch eine entsprechende Steuerpolitik erfolgen.

²⁶ Zollinger, Die Inflationstheorie auf Irrwegen, S. 143 ff.

²⁷ Zollinger, a. a. O., S. 144.

kommen, bzw. Kaufkraft, d. h. es trete das direkte Gegenteil dessen ein, was die „Inflationstheorie“ voraussage.

Diese Argumentation ist jedoch wenig überzeugend. Als gewichtigere Gründe, den Notenbankkredit nicht übermäßig in Anspruch zu nehmen, führt Z o l l i n g e r indessen die Rücksichtnahme auf die Liquidität der Notenbank (wobei allerdings ein Liquiditätsproblem bei Zwangskurs der Banknoten praktisch gar nicht besteht) und die Beibehaltung der Trennung zwischen Notenbank und Staatskredit an, denn davon hänge das Vertrauen in die Landeswährung ab. Werde dieses Vertrauen erschüttert, so setze eine „Flucht aus dem Geld“ ein.

Eine völlige Steuerdeckung lehnt Z o l l i n g e r im wesentlichen aus den gleichen Gründen ab wie die genannten Autoren und fügt bei, daß hohe Steuern nur preissteepernd wirken; ausserdem betrachtet er die Steuer vom Gesichtspunkt der Drosselung des Konsums als untaugliches Mittel (was jedoch nicht zutreffend ist). Er bevorzugt daher die Anleihefinanzierung, welche die Preise „weder im günstigen noch ungünstigen Sinne“ beeinflusse und an Vorteilen die Steuer überwiege²⁸.

Z o l l i n g e r scheint dann allerdings von seiner Version, die von J ö h r als ein „Programm des Inflationismus“ bezeichnet wird²⁹, abzurücken, wenn er erklärt, „daß mit der Tilgung neu entstandener Schulden durch eine vernünftige Erhöhung der Steuern sofort zu beginnen ist. Das muß schon zur Aufrechterhaltung des Vertrauens in die Staatsfinanzen geschehen“³⁰. Damit gibt er indirekt zu, daß die von ihm verharmloste „inflationistische“ Finanzierung das Vertrauen in die Währung auf die Dauer untergraben würde.

Ueber das zu wählende Deckungsverhältnis zwischen Steuern und Anleihen macht Z o l l i n g e r keine konkreten Angaben; seiner Ansicht nach muß dabei auf die bereits bestehende Verschuldung und die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen einer weiteren Steuererhöhung abgestellt werden, wobei von Fall zu Fall über den „richtigen Mittelweg“ zu entscheiden sei³¹.

²⁸ Vgl. Zollinger, a. a. O., S. 150/151.

²⁹ Jöhr, Ist die Inflationstheorie ein Irrweg?, S. 248.

³⁰ Zollinger, a. a. O., S. 150.

³¹ Vgl. ferner Zollingers Kritik an den Thesen der Konjunkturbeobachtungs- und Preisbildungskommission, a. a. O., S. 164 ff.

Großmann, der im Zusammenhang mit Zollinger zu erwähnen ist, erachtet die Art und Weise der Kriegsfinanzierung als primär von untergeordneter Bedeutung, denn „entscheidend für die Preisbildung auf den Märkten, auf denen der Staat kaufend auftritt, ist stets der Umfang und die Dringlichkeit seiner Nachfrage, nicht die Art und Weise, wie die Mittel zur Bezahlung beschafft werden“³². Er versucht, diese These mit dem Hinweis zu erhärten, daß nicht bloß durch die Beanspruchung des Notenbankkredites Geld in die Wirtschaft „hineingepumpt“ werde, sondern ebenso durch die Liberierung von Anleihen bzw. die Entrichtung der Steuern mit stillliegendem oder gehortetem Geld. Das Ausmaß dieses „Hineinpumpens von Geld“ werde weniger in der Art der Mittelbeschaffung als vielmehr in den Staatsausgaben manifest, d. h. also auf die bekannte Formel gebracht: preisbestimmend ist nicht das Verhältnis von Geld- zu Gütermenge, sondern Kaufs- und Verkaufsakt.

Von Bedeutung wird nach Großmann die Art der Finanzierung erst dann, wenn das Vertrauen in die Stabilität der Währung schwindet. Dieser Vertrauensschwund könne — wohl-gemerkt! — seine Ursache in einer zu starken Beanspruchung des Notenbankkredites haben, so daß sich ein vermehrtes Aufbringen der Mittel auf dem Steuer- und Anleihe Wege empfehle . . . Eine „maßvolle“ Inanspruchnahme der Notenbank müsse daher als „nicht zu unterschätzende“ Voraussetzung für die Erhaltung des Vertrauens in die Währung betrachtet werden. Noch wichtiger scheint ihm dagegen, die Inflationsgefahr durch überspannte Anforderungen an die staatliche Finanzgebarung nicht zu übertreiben. Wenn dies doch getan werde, „so kann das Publikum in eine Inflationspsychose geraten und die Preissteigerung ein Tempo annehmen, das schließlich der Steigerung der Geldmenge sogar vorausseilt“³³. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik müsse daher dementsprechend gestaltet werden,

³² Großmann, Geldtheorie und Wirtschaftspolitik, S. 431.

³³ Großmann, a. a. O., S. 440. — Dazu ist zu bemerken, daß von einer bloßen Warnung vor der Inflation ernsthafte Konsequenzen nicht zu erwarten sind, solange Vertrauen in die Währung und in die Kriegswirtschaftspolitik des Staates überhaupt besteht (was eine einigermaßen regelmäßige Versorgung voraussetzt) und dementsprechend der Staat bei der Kriegsfinanzierung nicht den Weg des geringsten Widerstandes geht, d. h. eine inflatorische Kostendeckung betreibt.

d. h. einerseits dürfe keine „leichtfertige“ Finanzgebarung einreißen, anderseits die Inflationsfurcht des Publikums nicht unnötig gefördert werden³⁴.

Großmann unterstreicht ferner, daß eine grundsätzliche Ueberlegenheit der Steuer gegenüber der Anleihe nicht bestehe, da ja auch die Steuern aus bisher „inaktivem“ Geld bezahlt werden können. Wichtig ist die Art der zur Anwendung gebrachten Steuern und Anleihen. Namentlich lang- und mittelfristige Anleihen seien geeignet, das durch den Staat in Umlauf gebrachte Geld wieder abzuschöpfen und damit zu verhindern, daß es sich auf dem Warenmarkt preisstigernd auswirken kann³⁵. Wir stellen also fest, daß Großmann trotz Ablehnung der „Inflationstheorie“ einen Einfluß der Geldseite auf die Preise in Betracht zieht und damit, wie auch Zollinger, von seiner ursprünglichen Konzeption abweicht.

Einen interessanten Beitrag zum Problem der Kriegsfinanzierung hat Jöhr³⁶ geliefert, wobei er sich mit den Schriften Amonn's und Boßhardt's auseinandersetzt. Er nimmt Stellung zu den Ausführungen der beiden Autoren über die Vor- und Nachteile der Steuer- bzw. Anleihensdeckung. Zur Frage der mit einer zunehmenden Staatsverschuldung verbundenen Gefahren äußert er sich wie Amonn weniger pessimistisch als Boßhardt, tritt aber doch für eine Erhöhung der Steuern während des Krieges ein, da er von zu hohen Tilgungssteuern in der Nachkriegszeit nachteilige Folgen befürcht-

³⁴ Darin ist ein weiterer Grund zu sehen, weshalb Großmann dem «Bericht» skeptisch gegenübersteht. Er betont, daß in der Schweiz die Notenbank stärker hätte beansprucht werden können, «ohne daß eine Preishausse eingetreten wäre, weil eben das Vertrauen groß war und ohne gewisse Kassandrarufo noch größer wäre» (a. a. O., S. 432). Er gibt aber zu, daß das Vertrauen in die Stabilität der Währung durch eine zu starke Inanspruchnahme des Notenbankkredites erschüttert werden kann. Es ist also offenbar doch nicht dasselbe, ob sich der Staat die benötigten Mittel von der Notenbank oder auf dem Steuer- und Anleihenswege verschafft. Wohl ist es möglich, daß auch im zweiten Falle bisher inaktives Geld in den Kreislauf gelangt; durch die Beanspruchung der Notenbank vergrößert sich jedoch das gesamte Geldvolumen (aktive + inaktive Geldmenge) und nimmt die Inflationsgefahr zumindest potentiell zu, falls nicht bald wieder eine «Abschöpfung» der zusätzlichen Kaufkraft stattfindet.

³⁵ Großmann, Finanzprobleme der Nachkriegszeit, Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 77. Jg., 1941, Heft 3, S. 301.

³⁶ Jöhr, Zur Frage der kreislaufgerechten Kriegsfinanzierung, S. 389 ff.

tet (Kapitalflucht, weitere „steuerliche Eingriffe“). Die Aufschiebung der endgültigen Lastenverteilung durch Anleiheaufnahme bezeichnet er als ungerecht, weil dadurch die Lastenverteilung präjudiziert werde, indem bereits alle Vermögen mit den künftigen Tilgungssteuern belastet seien³⁷.

In bezug auf die deflatorische und das Realeinkommen schmälernde Wirkung einer verschärften Besteuerung, auf die A m o n n aufmerksam macht, bemerkt J ö h r, ein dadurch hervorgerufener volkswirtschaftlicher Minderverbrauch ohne entsprechenden kriegswirtschaftlichen Mehrverbrauch sei möglich, doch komme diesem Falle nur dann Bedeutung zu, „wenn erwiesen ist, daß ein solcher realer Minderverbrauch — und nicht nur eine Reduktion der nominellen Nachfrage — die Folge einer Steuererhöhung sein kann“³⁸. Im übrigen könnten die Produktionsfaktoren und vor allem die Arbeitskräfte in größerem Umfange in den Dienst der wehrwirtschaftlichen Erzeugung gestellt werden, als A m o n n glaube. Deflatorische Effekte seien außerdem von einer hohen Steuerlast nur dann zu erwarten, wenn die Staatseinnahmen den Betrag der Ausgaben überschreiten, doch müsse diese Wahrscheinlichkeit unter den Verhältnissen der Kriegswirtschaft auch in einem neutralen Staat als sehr gering gewertet werden³⁹. Immerhin sei das Auftreten „partieller“ Depressionerscheinungen möglich, doch brauche man ein Umsichgreifen nicht zu befürchten, wenn das Kreislaufvolumen eine Tendenz zur Ausweitung aufweise⁴⁰.

J ö h r befaßt sich dann mit einer weiteren Möglichkeit der Kriegsfinanzierung, der seiner Ansicht nach zu wenig Beachtung geschenkt worden ist, obwohl sie der Wirklichkeit eher entspricht. Er geht dabei von der Annahme aus, daß der Staat vorerst darauf verzichtet, die Steuern zu erhöhen. Da die nominale Verbrauchsquote nicht sogleich auf das „kreislaufgerechte“ Maß reduziert wird, kommt es zu Preissteigerungen, wobei die Unternehmer Sondergewinne erzielen. Der Staat kann nun

³⁷ J ö h r weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die von Böhmeler-Dütschler gehegten Befürchtungen hinsichtlich einer durch die Anleihefinanzierung verursachten «aufgeschobenen Inflation» daher zu Unrecht beständen.

³⁸ J ö h r, a. a. O., S. 398/399.

³⁹ J ö h r, a. a. O., S. 400.

⁴⁰ J ö h r, a. a. O., S. 401.

diese zusätzlichen Gewinne durch Erheben einer Kriegsgewinnsteuer oder durch Anleihen an sich ziehen, d. h. das nominale Volkseinkommen vergrößert sich zunächst nicht. Die Preissteigerungen werden aber Lohnforderungen auslösen, so daß sich die Unternehmergewinne und damit der Ertrag aus der Kriegsgewinnsteuer und dem Produzentensparen rückläufig bewegen und der Staat zur Geldschöpfung greifen muß. Da dieses zusätzliche Geld, infolge Verwendung eines Teiles für Lohnzahlungen, nicht mehr in vollem Umfange zu ihm zurückfließt, ist er erneut zur Geldschöpfung gezwungen, wodurch eine „inflationistische Spirale“ in Gang gebracht wird. Diese Spirale erfährt aber schließlich eine Abschwächung, wenn sich die Einnahmen aus Steuern und Anleihen infolge des gestiegenen Volkseinkommens erhöhen, so daß der Umfang der Geldschöpfung reduziert werden kann⁴¹.

J ö h r gibt ferner zu bedenken, daß auch eine sofortige Steuererhöhung die Geldschöpfung nicht a priori ausschließt, sobald man die realen Kostensteigerungen in Betracht zieht, welche einen Preisauftrieb verursachen. Würde man nämlich die Einkommensbezüge durch rigorose Besteuerung in die Unmög-

⁴¹ Dieser von J ö h r behandelte Fall der Kriegsfinanzierung dürfte tatsächlich der Wirklichkeit am nächsten kommen. J ö h r bemerkt dazu: «Eine Kriegsfinanzierung, die gewisse Preiserhöhungen zuläßt und die Kriegsgewinne nicht völlig wegsteuert, schafft nicht nur einen Gewinnanreiz, sondern — was vielleicht noch wichtiger ist — eine Prämie für das Risiko, das viele der kriegsbedingten Umstellungen der Produktion bergen» (a. a. O., S. 404/405). Gelingt eine Stabilisierung der Preise (der Lohngüter) auf einem höheren Niveau, so wird auch die «inflationistische Spirale» (sofern man überhaupt von einer solchen sprechen kann) automatisch zum Stillstand kommen.

Selbst Boßhardt warnt vor einer vollständigen Wegsteuerung der Kriegsgewinne. Er unterstreicht den günstigen Einfluß der Preissteigerungen auf die schweizerische Versorgungslage und führt aus: «Hier liegt ja auch der tiefere Grund dafür, daß man sich vor einer Ueberspannung der sogenannten Kriegsgewinnsteuer — wie übrigens jeglicher Art von Steuer (!) — hüten muß ... Die Nation würde sich jedoch des einzigen Vorzugs der Geldentwertung wieder berauben, wenn diese Gewinne allzuscharf angefaßt würden ...» (Boßhardt, a. a. O., S. 41).

Eine besondere Regelung sieht J ö h r für die Mehrgewinne der Exportindustrie vor. Obwohl die erhöhten Exportpreise inflationistisch wirken, wäre es sinnlos, sie herabsetzen zu wollen, da ja die Importgüterpreise noch mehr gestiegen sind. Ebenso wenig ließe sich eine konfiskatorische Besteuerung dieser Mehrgewinne rechtfertigen, weil sich daraus nachteilige Folgen im Exportgewerbe ergeben würden. J ö h r empfiehlt deshalb eine Erfassung dieser Gewinne mittels einer Zwangsanleihe. Dadurch könnte der inflationistische Effekt der Exportgewinne unterdrückt werden, ohne die Initiative der Exporteure zu lähmen (Inflation und Rationierung, S. 95).

lichkeit versetzen, die höheren Preise zu bezahlen — wie B o ß h a r d t ⁴² dies fordert —, so erlitten die Unternehmer Verluste. Aus diesem Grunde darf der Staat nur „jene Quote des Einkommens erfassen, die sonst zusätzliche Gewinne veranlaßt hätte“⁴³, und der Rest ist durch Anleihen (unter Umständen durch Geldschöpfung) zu decken.

Zieht man das Fazit aus den verschiedenen Thesen, so läßt sich festhalten, daß eine „kreislaufgerechte“ Finanzierung dann vorliegt, wenn die nominale Verbrauchsquote durch Steuern entsprechend der verminderten realen Verbrauchsquote gekürzt und der frei gewordene Teil der monetären Sparquote mittels Anleihen erfaßt wird. Die Mehrzahl der Autoren neigt denn auch zu dieser Finanzierungsregel. Reichen die auf diese Weise erhobenen Beträge nicht aus, so muß notgedrungen eine Geldschöpfung stattfinden.

2. Die Diskussion über die Kriegsfinanzierung hat sich jedoch nicht ausschließlich um die Frage gedreht, ob die außerordentlichen Aufwendungen vorwiegend auf dem Steuer- oder Anleihenswege aufzubringen sind, sondern hat sich auch auf andere Finanzierungsformen erstreckt. So hat z. B. in der Schweiz die Beschaffung der erforderlichen Summen mit Hilfe repatriierter Auslandsgelder eine bedeutende Rolle gespielt⁴⁴. K e l l e n b e r g e r sieht in der Heranziehung dieser Gelder zur Deckung der Wehrausgaben eine Ausweitung des Einkommensvolumens, die im Hinblick auf das verminderte Warenangebot als unerwünscht zu betrachten ist. Seiner Ansicht nach hätte man ihr Einströmen in den Kreislauf verhindern und sie „auf irgendeine Weise aus dem Verkehr zurückziehen und sterilisieren“ sollen⁴⁵. Ebenso betont B o ß h a r d t ⁴⁶ den „unzweifelhaft inflatorischen Charakter“ dieser Finanzierungsart.

⁴² Boßhardt, a. a. O., S. 32.

⁴³ Jöhr, zur Frage der kreislaufgerechten Kriegsfinanzierung, S. 405.

⁴⁴ Bei Jöhr wird der Umfang dieses Rückstromes von Auslandsgeldern mit 1 Milliarde Franken angegeben; daraus resultierte eine «anhaltende Geldflüssigkeit, die dem Bunde die Kriegsfinanzierung zu einem tiefen Zinssatz und ohne Rückgriff auf die Notenbank gestattete» (Die Nachkriegsdeflation, S. 125). Der Zufluß in der genannten Höhe bezieht sich auf die Zeitspanne vom August 1939 bis Juni 1941 (vgl. Großmann, Finanzprobleme der Nachkriegszeit, S. 295).

⁴⁵ Kellenberger, a. a. O., S. 38.

⁴⁶ Boßhardt, a. a. O., S. 26.

J ö h r ⁴⁷ dagegen gibt zu bedenken, daß sich diese Gelder auch ohne Heranziehung zur Bestreitung der Kriegsausgaben auf dem Umweg über den Liegenschafts-, Effekten- und Luxusgütermarkt inflatorisch ausgewirkt hätten und die Teuerung in diesem Falle einfach von den Gütern, „die kriegswirtschaftlich weniger wichtig sind“, ausgegangen wäre.

In der Tat ist es nicht einfach, sich vorzustellen, wie man das Eintreten dieser Gelder in den Kreislauf hätte verhindern können, und selbst dann wäre eine derartige Maßnahme nur sinnvoll, wenn der Staat seinen Finanzbedarf ohne eine andere Form der Geldschöpfung zu decken in der Lage ist.

3. Eine weitere Eigenart der schweizerischen Kriegsfinanzierung bestand in der Heranziehung des Abwertungsgewinnes. Dieser Akt ist von B ö h l e r - D ü t s c h l e r ⁴⁸, A m o n n ⁴⁹, K e l l e n b e r g e r ⁵⁰ und B o ß h a r d t ⁵¹ als eindeutig inflatorisch beurteilt worden, der die Geldflüssigkeit auf dem Markte noch verstärkte. Eine Ausnahme in dieser Hinsicht macht einzig Z o l l i n g e r ⁵², denn nach seiner Theorie kann ja auch die Notenbank kein Geld „schöpfen“. Ueberdies interpretiert er die Verteilung des Abwertungsgewinnes als eine Besteuerung der Nationalbank, womit die Abdeckung von ihr gegenüber bestehenden Schulden des Bundes und der Kantone vorgenommen wurde, so daß der „angebliche inflatorische Effekt“ überhaupt nicht eintreten konnte. Insoweit der Abwertungsgewinn zur Schuldentilgung diente, hat allerdings weder eine Expansion noch eine Kontraktion des Kreislaufvolumens stattgefunden.

4. Als eine andere Möglichkeit ist die Finanzierung mittels stillliegenden Betriebskapitalien ins Auge zu fassen. Nach W a g n e r ⁵³ handelt es sich dabei um eine „ökonomisch durchaus legitime Form“ der Mittelbeschaffung. Würde nämlich der Staat, so argumentiert er, stattdessen einen entsprechenden Betrag durch erhöhte Einkommensbesteuerung aufbringen, so

⁴⁷ J ö h r, Zur Frage der kreislaufgerechten Kriegsfinanzierung, S. 406.

⁴⁸ B ö h l e r - D ü t s c h l e r, a. a. O., S. 159.

⁴⁹ A m o n n, a. a. O., S. 62.

⁵⁰ K e l l e n b e r g e r, a. a. O., S. 37.

⁵¹ B o ß h a r d t, a. a. O., S. 26.

⁵² Z o l l i n g e r, Geldtheorie und Teuerung, S. 478.

⁵³ W a g n e r, a. a. O., S. 17/18 und 30.

würde die nominale Verbrauchsquote eine übermäßige Reduktion erfahren, wodurch ein deflatorischer Preisdruck entstünde. Etwelche Bedenken gegen dieses Verfahren könnten sich daher lediglich auf das Ausmaß, in dem solche Kredite aufgenommen werden, richten. Deshalb seien einer solchen Finanzierung „relativ enge Grenzen gesetzt“ und müßten diese Gelder auf dem Anleihensweg immer wieder an den Staat zurückgeführt werden.

J ö h r⁵⁴ wendet ein, daß in dem von W a g n e r angenommenen Fall der Freisetzung von Betriebskapitalien infolge Produktionseinschränkung die Ausleihung dieser Beträge an den Staat zu einer doppelten Teuerung führen müßte, indem zu den warenseitig bedingten Preissteigerungen noch geldseitig bedingte hinzutreten würden, da diese Betriebsmittel zu einer Verbreiterung des Einkommenskreislaufes führen.

Im weitem sieht J ö h r die Möglichkeit vor, daß Betriebskapitalien infolge Lagerabbau — sei es durch einmalige Vorratserhöhung der Konsumenten, sei es aus Gründen erschwerter Rohstoffbeschaffung — freigesetzt werden und eine Produktionseinschränkung nicht unbedingt eintreten muß. Handelt es sich um eine einmalige Vorratserhöhung der Konsumenten, so erzielen die Unternehmer einen Mehrerlös, der annahmegemäß zur Ergänzung der Lager nicht mehr verwendet werden kann, da die Zufuhren stocken. Damit nun der Kreislauf keine Schrumpfung erfährt, ist es notwendig, daß der Staat diese Gewinne an sich zieht und wieder ausgibt, denn die Produktion nimmt, wie J ö h r weiter unterstellt, wenigstens vorläufig nicht ab. Dasselbe hat im zweiten Fall zu geschehen, wo sich bei den Unternehmern infolge der Schwierigkeit, Rohstoffe nachzubeziehen, Betriebsmittel ansammeln. Zweifellos wird dieser Lagerabbau schließlich zu einer Verminderung der Erzeugung führen, und in praxi werden sich die erwähnten Möglichkeiten gleichzeitig abspielen, so daß die Verwendung der Betriebskapitalien durch den Staat zum Teil eine Erweiterung des Einkommenskreislaufes bewirkt, zum Teil nur eine „Umleitung innerhalb des bisherigen Kreislaufes“ bedeutet.

Man wird daher, wenn man die Realitäten berücksichtigt,

⁵⁴ J ö h r, a. a. O., S. 407 ff.

doch der Interpretation von Wagner zustimmen müssen, und es dürfte im übrigen, wie auch J ö h r zugibt, schwer halten, diese liquiden Mittel am Eintreten in den Kreislauf zu hindern. J ö h r bewertet außerdem den dadurch verursachten inflatorischen Effekt als gering⁵⁵.

Auch bei B ö h l e r findet sich eine Andeutung, aus der hervorgeht, daß die Finanzierung mittels brachliegenden Betriebskapitalien als „legitim“ zu betrachten ist. B ö h l e r bezeichnet diese Mittel, im Gegensatz zu den Horten, als „konsum- oder investitionsgewidmete“ Gelder, denen „durch die Maßnahmen der Rationierung und Investitionsbeschränkung der direkte Weg in die Verbrauchsausgaben und in die private Investition verbaut wurde“. Wenn nun der Staat seine Ausgaben mit solchen Mitteln bestreitet, so ersetzt er im Grunde genommen nur die gezwungenermaßen unterlassenen Ausgaben der Wirtschaftssubjekte, „während bei einer Aktivierung bestehender Horte ein Einsatz von Mitteln zu konsumtiven Zwecken durch den Staat erfolgt, die von den Privaten nicht ausgegeben worden wären“⁵⁶.

Wir gelangen somit zu der bedeutsamen Feststellung, daß der Staat versuchen muß, jene Gelder an sich zu ziehen, die normalerweise von den Wirtschaftssubjekten in Umlauf gebracht worden wären. Er kann dies erreichen, indem er — wie B ö h l e r erwähnt — das Geldausgeben der Privaten durch Konsumrationierung bzw. Kontrolle der privaten Investitionstätigkeit beschränkt.

5. Je umfassender die verbrauchspolitischen Maßnahmen in Verbindung mit solchen finanzpolitischer Art gestaltet werden, desto mehr wird, wie bereits im V. Kapitel angetönt wurde, ein indirekter Sparzwang auf die Konsumenten ausgeübt. Die nominale Sparquote wird dadurch vergrößert und dem Staat eine „kreislaufgerechte“ Finanzierung erleichtert. Werden ihm aber trotzdem nicht genügend Ersparnisse freiwillig zur Ver-

⁵⁵ Nach Amonn bedeutet die Aktivierung der liquiden Betriebsmittel keine «positive Vergrößerung des Geldumlaufs», sondern es wird dadurch nur ein sonst eintretender Kreislaufausfall kompensiert (Amonn, a. a. O., S. 39).

⁵⁶ Böhler, Die schweizerische Preissituation und das Problem der Preisstabilisierung, S. 21.

fügung gestellt, so wird er sich unter Umständen gezwungen sehen, zum Mittel des direkten Zwangssparens zu greifen⁵⁷.

Das Zwangssparen kann auf verschiedenartige Weise zur Anwendung gelangen, z. B. in der Auszahlung eines Teiles des Einkommens in Form von Staatsschuldtiteln (nach dem Vorschlag von Keynes) oder in der Erfassung bestimmter Mehrgewinne mittels Zwangsanleihen. Es kann aber auch in der Art vor sich gehen, daß die Einkommensempfänger Sparkonten anlegen müssen, die dem Staat zinslos zur Verfügung gestellt werden. Dadurch fließen ihm auf direktem Wege Spargelder zu, wobei er sich zur Rückzahlung nach Kriegsende verpflichtet.

Böhler-Dütschler sehen den Vorteil dieser Finanzierungsmethode darin, daß durch eine „zweckmäßige Freigabe dieser Sparsummen“ die Inflation weitgehend „in den Zeitpunkt einer sonst eintretenden Krise“ verschoben werden kann⁵⁸.

Kellenberger⁵⁹ beurteilt das Zwangssparen in seiner Wirkung auf Produktion und Konsum wie eine Vermögensabgabe. Wenn der Staat mehr Schulden aufnehme als Ersparnisse angeboten werden, so sei davon der gleiche Effekt wie von erhöhten Steuern zu erwarten. Man müsse daraus folgern, daß sich die Grenze zwischen Erhebung von Steuern und Aufnahme von Schulden verwischen könne. Aus diesem Grunde sei zwischen den beiden Arten der Mittelbeschaffung ein Gleichgewicht anzustreben, „wenn anders die eine Form nicht automatisch in der andern Form aufgehen soll“. Im übrigen hält er eine Steigerung der laufenden Ersparnisbildung durch Zwangssparen für fraglich. Eine negative Seite ist aber auch in der möglicherweise eintretenden sozialen Unzufriedenheit zu erblicken, wenn das Zwangssparsystem auf alle Einkommensschichten ausgedehnt wird.

6. Große Bedeutung kommt in der Regel der Kreditaufnahme des Staates bei den Privatbanken (Handelsbanken) zu. Während der Staat nur im Notfalle zum Zwangssparen greifen

⁵⁷ Vgl. dazu auch Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 159 ff.

⁵⁸ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 161.

⁵⁹ Kellenberger, a. a. O., S. 28/29.

wird, nimmt er normalerweise und namentlich am Anfang eines Krieges den Kredit der Handelsbanken in Anspruch (wenn er den Notenbankkredit umgehen will), bis ihm aus Steuern und Anleihen reichlichere Mittel zufließen.

B o ß h a r d t ⁶⁰ bezeichnet diese Art der Finanzierung als „kreislaufwidrig“. Die Wirkungen auf das Preisniveau seien grundsätzlich die gleichen wie beim Notenbankkredit: das eine Mal handle es sich um eine „Notengeld-Inflation“, das andere Mal um eine „Kredit-Inflation“.

B ö h l e r - D ü t s c h l e r befinden sich mit dieser Auffassung in Uebereinstimmung. Sie argumentieren, daß der Verschuldung des Staates bei den Kreditbanken kein konkreter Vermögenszuwachs gegenüberstehe. Diese Tatsache werde aber von den Banken ignoriert, denn die Kreditgewährung an den Staat sei für sie nur mit einem geringen Risiko verbunden. Die Kreditexpansion müsse aber in diesem Falle als inflatorisch gewertet werden, „und zwar meist unmittelbar inflatorisch, weil ja Bankgeld geschaffen und in den Verkehr gebracht wird, das nicht mit Sicherheit sofort vollständig abgeschöpft wird und wie Noten immer wieder umlaufen und direkt als Zahlungsmittel dienen kann“⁶¹.

Insofern die Bankkredite auf laufenden Ersparnissen beruhen, findet eine inflatorische Wirkung nicht statt; nach W a g n e r und A m o n n auch dann nicht, wenn sie aus freigesetzten Betriebskapitalien stammen. Nun ist es aber wahrscheinlich, daß sie zu einem großen Teil auf Grund von „Geldschöpfung“, z. B. repatriierten Auslandsgeldern gewährt werden oder aber die Banken zu einer Reduzierung ihres Kassenbestandes schreiten. Da die Bankkredite kurz- oder mittelfristiger Natur sind, können sie — auf dem Wege über das Noteninstitut — leichter in „Geld“ umgewandelt werden als langfristige Anleihen, so z. B. durch Rediskontierung von Schatzanweisungen bei der Notenbank. „Je kurzfristiger das Anleihen, um so leichter können die betreffenden Papiere in größerem Maße in eigentliche Zahlungsmittel umgetauscht oder di-

⁶⁰ Boßhardt, a. a. O., S. 26/27.

⁶¹ Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 161.

rekt als Zahlungsmittel für laufende Produktion verwendet werden und umgekehrt“⁶².

Bei der Beanspruchung des Geldmarktes wird daher nicht zu vermeiden sein, daß zusätzliche Mittel in Umlauf gelangen. In der Aufnahme von Bankkrediten ist deshalb eine gewisse Zurückhaltung angezeigt. Sollen die latenten inflatorischen Gefahren, die von dieser Seite drohen, ausgeschaltet werden, so muß eine vermehrte Beanspruchung des langfristigen Kapitalmarktes erfolgen, um eine langfristige Bindung der liquiden Gelder zu erreichen. Der Staat muß versuchen, die laufenden Ersparnisse direkt an sich zu ziehen, indem er sich bei privaten Kapitalgebern, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften etc. verschuldet. Nur auf diese Weise ist eine wirksame „Kaufkraftabschöpfung“ möglich. Es wird sich daher empfehlen, Anleihen auszugeben, die den verschiedenen Bedürfnissen der Geldgeber angepaßt sind (Zeichnung auch kleiner Beträge). Dabei ist es Sache der Währungspolitik, die Lombardierung der Anleihen bei der Notenbank, die wie eine direkte Notengeldschöpfung wirkt, zu verhindern.

7. Ueber die Beanspruchung des Notenbankkredites durch den Staat sind nicht viel Worte zu verlieren. Sie wird von allen Kreislauftheoretikern als inflatorischer Vorgang bezeichnet, indem dadurch zusätzliche Noten und Giroguthaben geschaffen werden. Die Ueberbrückung von Kassenbedürfnissen des Staates gehört indessen zu den regulären Aufgaben der Notenbank, doch sollen diese Kredite ein bestimmtes Ausmaß nicht überschreiten und in absehbarer Zeit aus laufenden Einnahmen bzw. Anleihenserslösen wieder abgetragen werden; ihre Verwendung für langfristige Zwecke ist zu vermeiden.

8. Abschließend sei noch kurz auf das Problem der Zinsfußgestaltung hingewiesen.

Es ist ein begreifliches Bestreben des Staates, in Zeiten hoher Verschuldung eine Politik des „billigen Geldes“ zu betreiben, um die Zinsenlast möglichst niedrig zu gestalten, doch ist zu beachten, daß auch andere als fiskalische Gesichtspunkte in Erwägung gezogen werden müssen. So gibt u. a. Zollin-

² Böhler-Dütschler, a. a. O., S. 158.

ger⁶³ zu bedenken, daß ein Sinken des Zinses bei gleichzeitig steigenden Preisen die „Flucht in die Sachwerte“ begünstigt. Der Staat erschwere sich dadurch die Preispolitik und die Verbrauchslenkung. Sodann erwähnt er auch die steuerliche Belastung, welche den bescheidenen Zinsertrag noch weiter schmälere.

Eine unmittelbare Gefahr der „Flucht in die Sachwerte“ dürfte allerdings nicht existieren, solange das Vertrauen in die Landeswährung nicht erschüttert wird. Immerhin kann ein zu niedriger Zins die in Kriegszeiten herrschende Tendenz, die Verfügung über Güter höher einzuschätzen als die Verfügung über Geld, verstärken.

Zollinger führt dann als weiteres Argument gegen eine willkürliche Herabsetzung der Zinsen (für Leihkapital) die dadurch verursachte Verschiebung der Einkommensverteilung zu Ungunsten der Sparer und Rentner an und betont an anderer Stelle, wo er die Aufmerksamkeit auf die niedrige durchschnittliche Nettoverzinsung in der Schweiz lenkt, „daß sich die Zinspolitik nicht nur nach dem richten muß, was der Schuldner zahlt, sondern auch nach dem, was dem Kapital als Entgelt für seine Dienstleistung letzten Endes verbleibt“⁶⁴. Auch Großmann⁶⁵ befaßt sich kurz mit dem Rentnerproblem und bezeichnet die „Politik des billigen Geldes“ für diese Bevölkerungsgruppe als ebenso verhängnisvoll wie die Teuerung.

Die Preisbildungskommission⁶⁶ beurteilt die Manipulierung der Zinssätze auf dem Kapitalmarkt auf die Dauer in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ungünstig und zieht eine „den natürlichen Bedingungen entsprechende Zinsfußgestaltung“ vor, wobei das gegebene Zinsniveau stabil zu halten sei. Sie wird darin unterstützt von Zollinger⁶⁷. Er schlägt zur Verwirklichung dieses Zieles vor, der Staat solle bei tiefem Zinssatz nicht „übermäßig langfristige Anleihen“

⁶³ Zollinger, Die Inflationstheorie auf Irrwegen, S. 152 ff.

⁶⁴ Zollinger, Zinspolitik, Vermögensanlage im Ausland und internationaler Kreditverkehr, Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 77. Jg., 1941, Heft 1, S. 21.

⁶⁵ Großmann, Geldtheorie und Wirtschaftspolitik, S. 438.

⁶⁶ Preisbildungskommission, Ueber die Beeinflussung der Preisbildung, speziell von der Geldseite her, S. 72.

⁶⁷ Zollinger, Die Inflationstheorie auf Irrwegen, S. 153.

auflegen oder den Kredit der Notenbank beanspruchen, wenn Banken und Versicherungsgesellschaften über viel flüssige Mittel verfügen. Umgekehrt wäre der Zins nur dann in der Richtung einer Senkung zu beeinflussen, wenn sich das Zinsniveau „über dem landläufigen Durchschnittssatz“ bewegt.

Diese wenigen Hinweise, die bei weitem nicht alle Gesichtspunkte des Zinsproblems berühren, beweisen, daß der Staat die Zinspolitik nicht nur einseitig nach finanzpolitischen Ueberlegungen betreiben darf, sondern auch die währungs- und sozialpolitischen und ökonomischen Aspekte überhaupt berücksichtigen muß, denn „es könnte sich sonst erweisen, daß der scheinbar billigste Weg nicht immer der beste ist“⁶⁸, d. h. er soll als Schuldner nicht bloß privatwirtschaftliche, sondern vor allem volkswirtschaftliche Erwägungen walten lassen.

VIII. Die Geldmengenpolitik

Neben der direkten Einflußnahme auf die Preise durch eine aktive Preispolitik steht der modernen Wirtschaftspolitik in der Geldumlaufsregulierung (Währungs- und Kreditpolitik) ein Mittel zur Verfügung, welches — da das Preisniveau durch das Verhältnis zwischen aktiver Geldmenge und anfallender Gütermenge bestimmt wird — eine indirekte Beeinflussung der Preise erlaubt.

Wir haben festgestellt, daß unter den kriegswirtschaftlichen Verhältnissen aus verschiedenen Gründen eine Tendenz zur Ausweitung des Geldumlaufs besteht, während umgekehrt das Güterangebot abnimmt. Dieses Mißverhältnis führt zu inflatorischen Preissteigerungen. Die Bemühungen der Geldumlaufs- bzw. Geldmengenpolitik müssen infolgedessen darauf gerichtet sein, zur Unterstützung der Preispolitik eine Uebereinstimmung zwischen nominaler und realer Verbrauchsquote herbeizuführen, um ein Sinken des Geldwertes und damit der Kaufkraft des Geldes zu verhindern. Die auf dieses Ziel gerichtete Geldumlaufspolitik nimmt dadurch unter den Maßnahmen gegen die Inflation einen wichtigen Platz ein.

⁶⁸ Zollinger, a. a. O., S. 154.

A m o n n¹ unterscheidet spontane und willkürliche Veränderungen im Geldumlauf. Spontane Veränderungen liegen dann vor, wenn die Wirtschaftssubjekte zur Hortung oder Vergrößerung ihrer Kassenhaltung schreiten und damit dem Kreislauf Zahlungsmittel entziehen bzw. durch Enthorten oder Verminderung der Kassenreserven bisher stillliegendes Geld in Umlauf bringen. In analoger Weise nimmt das Kreditvolumen ab, wenn die Rückzahlung von Krediten die Inanspruchnahme neuer Kredite überwiegt bzw. nimmt zu, wenn der umgekehrte Fall eintritt.

Willkürliche Veränderungen finden statt, wenn die Geldversorgung der Wirtschaft vergrößert bzw. verringert (z. B. durch Offenmarkt-Operationen der Notenbank) oder die Kreditgewährung erweitert bzw. eingeschränkt wird. Beim Uebergang zur Kriegswirtschaft werden beide Arten von Veränderungen vorgenommen.

Es ändert sich aber nicht nur das Volumen des Geldkreislaufes, sondern auch seine Struktur, vor allem infolge der Verschiebung im Verhältnis zwischen privatem und öffentlichem Bedarf. Indem der Staat einen steigenden Teil des Volkseinkommens für sich in Anspruch nimmt und für wehrwirtschaftliche Zwecke ausgibt, findet eine entsprechende Umleitung des Geldstromes in andere Bahnen, in andere „Kanäle“ statt. Das Geld wird dadurch weitgehend den früheren Verwendungen entzogen, die Einkommensverteilung verändert und damit die private Nachfrage zwangsläufig beeinflußt. Zwar wird der vom Staate beanspruchte Teil der Geldeinkommen nicht durchwegs für andere Güter ausgegeben, als die privaten normalerweise damit gekauft hätten, doch beschreibt das Geld auch in diesem Falle einen anderen Kreislauf.

In dieser „verschiedenen Art der Vereinnahmung und Ver-
ausgabung des umlaufenden Geldes“ sieht A m o n n² einen Vorgang, der deflatorische Tendenzen in sich birgt, ungeachtet darauf, ob sich das Kreislaufvolumen verändert oder nicht. Zweigt der Staat einen zu großen Teil der bisherigen Geldeinkommen mittels Steuern für seine Bedürfnisse ab, so wird die

¹ Vgl. dazu Amonn, Probleme der Kriegswirtschaft, S. 36/37.

² Amonn, a. a. O., S. 42.

Nachfrage auch nach solchen Gütern und Dienstleistungen, die nur in wenig verändertem Umfange weiterproduziert werden, eingeschränkt, woraus unnötige Einkommensausfälle und als Folge partielle Deflationerscheinungen resultieren. Es kann sich daher nach Amonn als zweckmäßiger erweisen, die „Umleitung des Geldstromes“ auf dem Wege einer Vermehrung der Geldmenge zu bewerkstelligen, statt sie zwangsweise durch Besteuerung herbeizuführen.

Im übrigen weist er darauf hin, daß der Geldumlauf ziemlich „elastisch“ ist und sich weitgehend dem Geldbedarf anpassen vermag³. Diese Anpassungsfähigkeit könne mehr oder weniger auch beim Uebergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft beobachtet werden. Der Uebergang zur Kriegswirtschaft müsse aber nicht notwendig von einer Ausweitung des Geldumlaufs begleitet sein, sondern es sei eher damit zu rechnen, daß er sich infolge der kriegsbedingten Produktionseinschränkungen in der produktiven Sphäre vermindere. Er fügt allerdings bei, die Annahme liege nahe, daß der Geldumlauf nicht im gleichen Verhältnis wie die Güterumsätze abnimmt, denn andernfalls könnten die Preise ohne eine willkürliche Geldvermehrung nicht allgemein steigen.

Die Ursache dieses spontanen Rückganges des Geldumlaufs ist darin zu suchen, daß in der „Uebergangsphase“ die unumgänglichen Produktionseinschränkungen im produktiven Sektor verhältnismäßig rasch vorgenommen werden, während die Anpassung der Erzeugung an den veränderten Bedarf eine gewisse Zeitspanne erfordert. Je größer die Veränderungen in der Produktionsstruktur sind, desto länger wird der Anpassungsprozeß dauern und desto mehr wird der Produktionsausfall spürbar (wobei vorbereitende Maßnahmen den Uebergang zur Kriegswirtschaft allerdings erleichtern und beschleunigen können).

Indessen wäre es unrichtig, das allgemeine Steigen der Preise nur auf den Umstand, daß der Geldumlauf nicht entsprechend der Gütermenge abnimmt, zurückführen zu wollen. Angesichts der zu erwartenden Warenverknappung werden Angst- und Hamsterkäufe einsetzen, welche die Nachfrage nach lebenswichtigen Gütern sprunghaft steigern und deren

³ Vgl. dazu und zum Folgenden Amonn, a. a. O., S. 37 ff.

Preise in die Höhe treiben können, woraus — erst in zweiter Linie — eine Vermehrung der Geldmenge resultiert („preisinduzierte Kreislaufveränderungen“), oder aber die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nimmt zu.

Sieht man von der „Uebergangsperiode“ ab, so wird man jedoch generell eine Tendenz zur Ausweitung des Geldumlaufs feststellen können. Der Geldbedarf der Kriegswirtschaft unterscheidet sich, ohne den außerordentlichen Finanzbedarf des Staates vorerst zu berücksichtigen, in mancher Hinsicht von jenem der Friedenswirtschaft und ist, trotz Wegfalles zahlreicher Umsätze, größer als dieser, so z. B. infolge des allgemeinen Bedürfnisses nach erhöhter Liquidität, der vermehrten Neigung zum Horten, der Preis- und Lohnsteigerungen, der verstärkten Vorrats- und Lagerhaltung etc. Die gehorteten Beträge brauchen dabei nicht direkt dem Geldumlauf entnommen zu sein, sondern können durch den Rückzug von Spar-, Depositen- und Obligationengeldern und Abhebungen auf Kontokorrentguthaben beschafft werden. Durch diesen Entzug von Mitteln sehen sich die Banken unter Umständen gezwungen, ihre Giroguthaben bei der Notenbank zu beanspruchen, so daß also die Notenausgabe den eigentlichen Verkehrsbedarf übersteigen kann. Im übrigen kommt auch Amonn zu dem Schlusse, „daß das gesamte Umsatz- bzw. Zahlungsvolumen auf Basis der Friedenspreise berechnet — trotz Rückgang der Friedensumsätze — größer ist als in der Friedenswirtschaft, daß es also mehr Geld braucht, um die erforderlichen Zahlungen abwickeln zu können“⁴.

Die Ausdehnung des Geldumlaufs in der Kriegswirtschaft darf somit nicht a priori als inflatorischer Vorgang betrachtet werden. Sie ist es insoweit nicht, als die Vermehrung des Geldumlaufs dem gestiegenen Geldbedarf entspricht. Um aus der Geldvermehrung auf eine Inflation schließen zu können, „müßte man vor allem die Veränderungen im Güterumsatz und in den aus anderen Ursachen entspringenden Zahlungen, sowie auch in den Zahlungsmethoden, ferner die Veränderungen in der Inanspruchnahme von Geld für Hortungszwecke und Kasenhaltung und dergleichen kennen“⁵.

⁴ Amonn, a. a. O., S. 40.

⁵ Amonn, a. a. O., S. 42 Anm.

Vor allem gilt es auch zu berücksichtigen, daß die durch erhöhte reale Kosten verursachten Preissteigerungen, die ohne nachteilige Folgen nicht verhindert werden können, eine Ausweitung des Geldumlaufs herbeiführen; ebenso ist eine Vergrößerung des Kreislaufvolumens insofern gerechtfertigt, als die Zahl der neu in den Erzeugungsprozeß eingereihten Produktionsfaktoren zunimmt. W a g n e r formuliert diesen Sachverhalt wie folgt: „Sobald der ‚totale Beschäftigungsgrad‘, der gesamte reale Kostenaufwand, infolge der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen steigt, muß das nominale Volkseinkommen erhöht werden. Diese Ausweitung wird besonders notwendig, wenn gleichzeitig die Produktivität der Wirtschaft sinkt“⁶. Eine Kreislauerweiterung, welche auf diesen Ursachen beruht, ist somit keinesfalls als inflatorisch zu betrachten. In diesem Zusammenhang dürfte erneut klar geworden sein, daß die im „Bericht“ geforderte Stabilhaltung der Nominaleinkommen ein wirklichkeitsfremdes Postulat darstellt und nur aus einer Abstrahierung von den realen Gegebenheiten der Kriegswirtschaft erklärt werden kann.

Zusammenfassend stellt A m o n n fest, daß die spontanen Veränderungen im Geldumlauf beim Uebergang zur Kriegswirtschaft nicht allzu hoch einzuschätzen sind „und eine bedeutsame Ursache von Preissteigerungen in ihnen nicht gesehen werden kann“⁷. Größere Bedeutung schreibt er dagegen den willkürlichen Veränderungen zu, die weitgehend von der Geld-, Kredit- und Finanzpolitik abhängen und infolgedessen nicht völlig eindeutig seien.

Die Geldumlaufsregulierung soll, wie erwähnt, eine indirekte Beeinflussung des Preisniveaus ermöglichen. Diese Regelung des Geldumlaufs ist normalerweise Aufgabe der Notenbank. Man muß sich indessen bewußt sein, daß sich in der Kriegswirtschaft einer solchen Geldumlaufspolitik erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen. So ist es namentlich der außerordentliche Geldbedarf des Staates, der leicht zu einer „Aufblähung“ des Kreislaufvolumens führt und die Bestrebungen, die nominale an die reale Verbrauchsquote anzupassen, durchkreuzt.

⁶ Wagner, Bemerkungen zur Kriegswirtschaftspolitik, S. 16/17.

⁷ Amonn, a. a. O., S. 38.

Auch von Seiten der Nationalbank ist auf diesen Sachverhalt hingewiesen worden. Neben dem Notenumlauf, so wird ausgeführt, bestehen Geldquellen in Form von Giro Guthaben des Marktes, Postcheckguthaben, Check-, Spar- und Depositen-gelder sowie zum Verfall gelangende Kassenobligationen. Es existieren somit gewaltige Summen, die praktisch jederzeit oder innert kurzer Frist in aktive Kaufkraft umgewandelt werden und in den Kreislauf eintreten können. Die Angleichung der Geld- an die Gütermenge könne daher nicht in der Macht der Notenbank liegen, außer sie würde ermächtigt, die freie Verfügbarkeit über die Bankdepositen stark einzuschränken. Ein solcher Eingriff in den Zahlungsverkehr wäre jedoch mit schwerwiegenden Konsequenzen für das gesamte Wirtschaftsleben verbunden⁸.

Da die Hauptgefahr einer inflatorischen Ausweitung des Geldumlaufs von der Finanzierung des Wehrbedarfes droht, wird daher die Regulierung des Geldumlaufs in erster Linie Sache des Staates. Könnte der Staat die erforderlichen Geldmittel auf streng „kreislaufgerechte“ Weise aufbringen, so wäre ihm die Aufgabe leicht gemacht. Dies ist jedoch angesichts der Größe und Dringlichkeit seines Finanzbedarfes vorerst kaum möglich. Bei längerer Dauer des Krieges hängt indessen viel davon ab, auf welche Weise der Staat die für seine außerordentlichen Aufwendungen erforderlichen Mittel aufbringt. A m o n n betont, daß es dabei weniger darauf ankomme, ob der Besteuerung oder der Kreditaufnahme der Vorzug gegeben wird, sondern letzten Endes sei für die Gestaltung des Geldumlaufs entscheidend, „ob dieses Geld von denjenigen, von denen es genommen oder zur Verfügung gestellt wird, andernfalls verausgabt oder nicht verausgabt worden wäre“⁹, oder anders ausgedrückt: das Verhältnis zwischen Besteuerung und Kreditaufnahme muß so gewählt werden, daß — um mit W a g n e r zu sprechen — „die gleichzeitige Oeffnung zusätzlicher Geldquellen“ vermieden wird¹⁰.

⁸ Vgl. Referat des Präsidenten der Nationalbank zum Geschäftsbericht für das Jahr 1940, Monatsbericht der Schweiz. Nationalbank, 16. Jg., März 1941, S. 55.

⁹ Amonn, a. a. O., S. 39.

¹⁰ Vgl. VII. Kapitel, Anmerkung 14.

J ö h r ¹¹ macht darauf aufmerksam, daß auch eine relativ geringe Finanzierung der Kriegsausgaben auf inflatorischem Wege genügt, um geldseitige Preissteigerungen hervorzurufen. Es müsse berücksichtigt werden, daß das zusätzliche Geld innerhalb einer bestimmten Zeitspanne den Kreislauf durchschnittlich mehrmals durchlaufe und eine Vergrößerung des Volkseinkommens ermögliche, „die ein Vielfaches der Geldschöpfung beträgt“. In einer Phase der Depression könne man von einer beschränkten Geldschöpfung kaum Preiserhöhungen erwarten, wohl aber unter den Verhältnissen der Kriegswirtschaft, wo „fast alle wirtschaftlichen Faktoren im Sinne einer Erweiterung des Geldkreislaufes“ wirksam seien.

Unter diesen Umständen handelt es sich für den Staat darum, die überschüssige Kaufkraft, die er durch seine Ausgaben für unproduktive Zwecke schafft, immer wieder an sich zu ziehen, damit ihm einerseits nach der Befriedigung des dringendsten Geldbedarfes eine geldschöpfungsfreie Finanzierung seiner künftigen Ausgaben bzw. Konsolidierung der kurzfristigen Schulden ermöglicht wird und andererseits diese Kaufkraft — soweit sie nicht die Form von Sparkapital annimmt — keinen Druck auf die Preise der Lohngüter ausüben kann (der trotz Preiskontrolle latent bestehen oder sogar wirksam werden würde). Die Finanzpolitik erfüllt damit gleichzeitig eine währungspolitische Aufgabe.

Die „Abschöpfung“ des „Kaufkraftüberhanges“ ist in praxi allerdings mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, denn diese Mittel fließen nicht automatisch zum Staat zurück, sondern müssen zuerst auf dem Steuer- und Kreditweg an ihn zurückgeleitet werden, so daß eine bestimmte Zeit verfließt, bis sie sich wieder in seinen Händen befinden. Die „Abschöpfung“ wird daher nie eine vollständige sein können (eine Verbesserung könnte mittels „kreislaufgerechter“ Besteuerung an der Quelle erzielt werden). Es ist daher unerlässlich, die Wirtschaftssubjekte zu vermehrtem Sparen zugunsten des Staates anzuhalten und sie — durch Ausübung eines indirekten Sparzwanges — zu veranlassen, ihre Verbrauchsausgaben zu be-

¹¹ J ö h r, Zur Frage der kreislaufgerechten Kriegsfinanzierung, S. 415.

schränken; nicht zuletzt kann auch der Weg einer „Versüßung der Spartätigkeit“ eingeschlagen werden¹².

W a g n e r¹³ betont im Hinblick auf die verschiedenen Deckungsformen des außerordentlichen Staatsbedarfes, daß es namentlich die Liberierung der Anleihen aus zusätzlichem Geld zu verhindern gilt, wendet sich aber gegen eine zu große Aengstlichkeit vor der Inflationswirkung der Anleihen, wie sie im „Bericht“ zum Ausdruck kommt; sie sei hauptsächlich in der Vorstellung begründet, daß die Banken bei der Vorfinanzierung oder Belehnung von Anleihen durch Schaffung von Giralgeld zusätzliches Geld in Umlauf bringen. Bei näherem Zusehen sei jedoch diese Gefahr unter schweizerischen Verhältnissen nicht sehr hoch einzuschätzen.

Damit von diesem Giralgeld eine inflatorische Wirkung ausgehen kann, so erläutert W a g n e r, muß es in den Einkommenskreislauf gelangen. Nun ist aber zu berücksichtigen, daß die Einkommenszahlungen vorwiegend in Form von Stückgeld (Münzen, Noten) erfolgt, während das Giralgeld in erster Linie in der Produktions- und Vermögenssphäre verwendet wird. Eine Ausweitung des Einkommenskreislaufes ist allerdings indirekt möglich durch die Verdrängung von Stückgeld, das noch in der Geschäftssphäre umläuft, in die Einkommenssphäre. Indessen sei nicht damit zu rechnen, daß es sich dabei um größere Beträge handelt. Einen analogen Vorgang habe man im Enthorten stillliegender Bankguthaben zu sehen, der aber nur dann inflatorischen Charakter trage, wenn die Auszahlung mittels zusätzlich geschaffenem Stückgeld erfolge.

Auf Grund dieser Ueberlegungen leitet W a g n e r die Notwendigkeit ab, daß eine Politik der Inflationsverhütung ihr Hauptaugenmerk auf den Stückgeldumlauf und speziell auf den Notenumlauf richten muß, was umso eher angezeigt ist, als die Preise der Konsumgüter, die eine „Schlüsselstellung“ im Preissystem einnehmen, in Stückgeld entrichtet werden.

Ist die Währungspolitik in der Kontrolle des Stückgeldumlaufs (die sich im Lebenskosten- und Großhandelsindex orientieren kann) erfolgreich — wozu es anderer, ergänzender wirt-

¹² Zollinger, Die Inflationstheorie auf Irrwegen, S. 137.

¹³ Vgl. dazu und zum Folgenden Wagner, a. a. O., S. 26 ff.

schafts- und finanzpolitischer Maßnahmen bedarf —, „dann können keinerlei Manipulationen auf dem Anleihensmarkt zu einer Inflation führen, auch nicht die Vermehrung der kurzfristigen Guthaben der Banken, also des Giralgeldes. Selbst die Vorfinanzierung bei den Banken wäre dann unbedenklich, denn sie müßte aus Ersparnissen erfolgen, da eine zusätzliche Ausgabe von Noten nicht in Frage käme“¹⁴. Indessen müßte unter diesem Aspekt jede Inanspruchnahme des Notenbankkredites mit Gefahren verbunden sein, „selbst wenn sie zunächst nur zur Entstehung von Giroguthaben bei der Notenbank führt“¹⁵.

Wagner macht aber darauf aufmerksam, daß damit noch nicht alle inflatorischen Tendenzen ausgeschaltet sind. Es sei äußerst schwierig, „die liquiden Horte und Rücklagen zu neutralisieren“ und die „flottierenden Gelder, die nach dem Willen der Besitzer jederzeit in den Einkommenskreislauf eintreten können“, zu kontrollieren¹⁶. Aber auch eine volle Steuerdeckung schließe die Gefahren von dieser Seite nicht a priori aus, oder sie müßte schon „ganz extreme Ausmaße annehmen, um alle freien Gelder, die umlaufenden und die stillliegenden, zu erfassen“¹⁷. Die Nachteile, die der Wirtschaft dadurch erwachsen würden, sind uns bekannt.

Die These Wagner's, wonach durch Giralgeldschöpfung praktisch keine inflatorischen Effekte hervorgerufen werden, ist nicht auf eine allgemeine Zustimmung gestoßen. So bemerkt Jöhr¹⁸, daß zwar Löhne und Gehälter in Stückgeld ausbezahlt werden, für Zinsen und Renten jedoch vorwiegend Gutschrift auf Bankkonto erteilt und ebenso die Gewinne der konsumferneren Stufen der Produktion zum größten Teil die Gestalt von Giralgeld annehmen. In dieser Form nun können diese Einkommen den Kreislauf fortsetzen, können gespart oder investiert, zu Käufen, zur Bezahlung von Steuern oder Zeichnung von Anleihen etc. verwendet werden. Es sei deshalb ein Irrtum, anzunehmen, „daß zusätzliches Einkommen nur in der Hand des Konsumenten inflatorisch wirken könne; es vermag

¹⁴ Wagner, a. a. O., S. 28.

¹⁵ Wagner, a. a. O., S. 30.

¹⁶ Wagner, a. a. O., S. 28 und 31.

¹⁷ Wagner, a. a. O., S. 23.

¹⁸ Vgl. Jöhr, Inflation und Rationierung, S. 68/69 sowie auch Zollinger, a. a. O., S. 125.

dies ... ebensowohl in der Hand des Staates als auch in der Hand der Produzenten der verschiedenen Produktionsstufen: also auch dort, wo die Ströme des Einkommenskreislaufes größtenteils die Form des Giralgeldes besitzen“¹⁹.

Aber auch hinsichtlich der Wirksamkeit der einzelnen inflationsverhütenden Maßnahmen, mit denen der Geldumlauf eng zusammenhängt, besteht keine völlige Uebereinstimmung. Nach der Auffassung Boßhardt's²⁰ ist der Ausweg „aus dem *circulus vitiosus* der inflatorischen Milliardenverschuldung und Teuerung“ nicht in einer Verschärfung der Preiskontrolle, sondern in einer Erhöhung der Steuern zu suchen. Preiskontrolle und Verbrauchsrationierung werden zwar auch als Hilfsmittel genannt, doch ist nach Boßhardt das Hauptgewicht stets auf die Steuererhöhung zu legen. Die Wirtschaftssubjekte sollen dadurch in die Unmöglichkeit versetzt werden, die gestiegenen Preise zu bezahlen, so daß man also praktisch doch auf eine Preiskontrolle verzichten könnte.

Amonn²¹ dagegen sieht in einer allgemeinen Verbrauchsbeschränkung durch vermehrte Besteuerung nur Nachteile. Es gelte zu berücksichtigen, daß in der Kriegswirtschaft nicht alle Güter gleichmäßig knapp werden und es daher unzweckmäßig wäre, eine „allgemeine Einkommenskürzung“ vorzunehmen. Wenn die Einschränkung des Verbrauchs gemäß der unterschiedlichen Warenverknappung erfolgen solle, so könne dies nur mittels Rationierung erreicht werden.

Jöhr²² entgegnet, daß die Rationierung allein niemals ausreicht, um die nominale Verbrauchsquote auf das „kreislaufgerechte“ Maß zu komprimieren, wie dies die ökonomische Funktion der Steuer sei. Die Besteuerung wiederum wäre als isolierte Maßnahme ebenfalls ungenügend, da sich dann das Bedürfnis nach erhöhter Vorratshaltung, die Vorwegnahme erwarteter Preissteigerungen, der Zustrom von Auslandsgeldern usw. ungehemmt auf die Preise auswirken könnte. Nur unter der Voraussetzung, daß außer der durch den Finanzbedarf des Staates

¹⁹ Jöhr, a. a. O., S. 69.

²⁰ Boßhardt, Steuern oder Inflation!, S. 35.

²¹ Amonn, a. a. O., S. 67.

²² Jöhr, zur Frage der kreislaufgerichteten Kriegsfinanzierung, S. 416 ff.

hervorgerufenen Geldschöpfung keine anderen Quellen der Geldvermehrung bestehen und das Sparvolumen genau bekannt ist, könnte man es bei einer Erhöhung der Steuern auf das „kreislaufgerechte“ Maß bewenden lassen. Hingegen sei es durch eine Kombinierung beider Maßnahmen möglich, den infolge des „Kaufkraftüberhangs“ eintretenden geldseitig bedingten Preisauftrieb zunächst auf den Konsumgütermärkten abzubremsen (auch auf anderen Märkten können analoge Vorkehrungen getroffen werden, wie z. B. Gesetze gegen die Bodenspekulation und Ueberschuldung beim Liegenschaftenhandel).

Es fragt sich nun aber, ob die Erhöhung der Steuern auf das „kreislaufgerechte“ Maß und die Rationierung jegliche inflatorischen Tendenzen auszuschalten vermögen. Nach J ö h r müßten dazu zwei Bedingungen erfüllt sein: Vereitelung jeder Geldschöpfung zugunsten der Privatwirtschaft einerseits, Neutralisierung des Zustromes von Auslandsgeldern anderseits. Die Rationierung müßte aber in diesem Falle in hohem Maße spezifiziert sein, damit „auch vereinzelte Preiserhöhungen, die zu kumulativer Nachfrage und Vorwegnahme erwarteter Preissteigerungen auf anderen Gebieten Anlaß geben könnten“, im voraus ausgeschlossen wären. Eine derart weitgehende Spezifizierung würde aber die Produktions- und Konsumfreiheit sehr stark einschränken, so daß schon aus diesem Grunde eine Preis- und Lohnkontrolle als ergänzende Mittel der Inflationsverhütung heranzuziehen sind.

Die Preiskontrolle ist, wie wir bereits früher ausführten, ihrerseits als isolierte Maßnahme unzulänglich, hingegen kann sie, wie W a g n e r betont, in Verbindung mit anderen Steuerungsmitteln, namentlich der Rationierung, „die Kauffreiheit der verfügbaren Gelder beschneiden“. Die Stabilisierung des totalen Nominaleinkommens, die im „Bericht“ der Preiskontrolle übergeordnet wird, könne dagegen den Eintritt liquider Mittel in den Kreislauf nicht verhüten²³.

Preiskontrolle und Verbrauchsbeschränkung führen nach J ö h r ²⁴ außerdem eine Verlangsamung der Kreislaufgeschwindigkeit des Geldes herbei, was im Effekt einer Verringerung

²³ Wagner, a. a. O., S. 32.

²⁴ Jöhr, Inflation und Rationierung, S. 69 ff.

der umlaufenden Geldmenge gleichkommt und wirken sich, wie bereits erwähnt, fördernd auf die Spartätigkeit der Wirtschaftssubjekte aus, so daß der Staat in der Lage ist, seinen Finanzbedarf vermehrt auf inflationsfreiem Wege zu decken. Es kann dadurch sogar eine eigentliche „Geldvernichtung“ eintreten, wenn nämlich die Banken dem Staate mittels Geldschöpfung Kredite gewährt haben und die Kredite nachträglich eine Deckung durch die zunehmenden Einlagen des Publikums bei den Banken erhalten. Dies setzt allerdings voraus, daß die neu gebildeten Depositen nicht zur Grundlage weiterer Kredite werden.

Gelingt es tatsächlich, die beschriebenen Wirkungen zu erzielen, so tragen Preiskontrolle und Rationierung nicht nur dazu bei, die überschüssige Kaufkraft daran zu hindern, sich auf die Märkte zu ergießen und Preissteigerungen zu verursachen, sondern sie „greifen das Uebel an der Wurzel an“, indem sie das Kreislaufvolumen direkt beeinflussen.

Wenn damit auch die bereits stattgefundene Geldschöpfung nicht mehr rückgängig gemacht werden kann und „eine gewisse Stauung im Einkommenskreislauf“, die sich in einem hohen Liquiditätsgrad auf dem Geld- und Kapitalmarkt äußert, bestehen bleibt, so wird doch die Gefahr der „sekundären“ Inflation weitgehend gebannt und damit ebenso die der „kumulativen Preiserhöhungen mit kreislaufinduzierender Wirkung“, welche „sowohl der dritten konjunkturellen wie der vierten rein spekulativen Komponente der Kriegsinflation eigen sind“²⁵ — vorausgesetzt, daß die staatliche Preiskontrolle mit der nötigen Energie durchgeführt wird. Die Rationierung ihrerseits ist an sich schon geeignet, die „sekundäre“ Inflation hintanzuhalten, denn indem jedem Wirtschaftssubjekt ein bestimmtes Güterquantum zugesichert wird, fällt das Motiv zu einer sprunghaft gesteigerten Nachfrage dahin.

Die Verhinderung der „sekundären“ Inflation ist nicht minder wichtig als die der „primären“, denn mag es auch gelingen, den Geldumlauf zu beschränken, so ist damit die in der Kriegswirtschaft stets vorhandene Tendenz zur Vorwegnahme von Preiserhöhungen nicht außer Kraft gesetzt. Es kann daher nur

²⁵ Jöhr, Die Nachkriegsdeflation, S. 78.

von Vorteil sein, wenn die genannten Maßnahmen so früh als möglich und mit dem erforderlichen Nachdruck ergriffen werden.

J ö h r weist schließlich darauf hin, daß auch eine „konfiskatorische“ Besteuerung der Gewinne den Preisaufrieb abschwächen kann, indem dann die Unternehmer nicht mehr an Preiserhöhungen interessiert sind. Damit sie aber die Besteuerung nicht durch vermehrte Anlagetätigkeit umgehen können, wäre eine Investitionskontrolle zu errichten. Nach den bisherigen Ausführungen ist jedoch dieser Weg nicht zu empfehlen.

Eine andere Möglichkeit, die liquiden Mittel am Eintreten in den Einkommenskreislauf zu hindern, besteht in der Beschränkung der freien Verfügbarkeit über kurzfristige Bankguthaben und Horte, falls mit Besteuerung, Rationierung und Kontrolle des Stückgeldumlaufs der gewünschte Effekt nicht erzielt werden kann²⁶. Ein solcher Schritt wird unter Umständen schon dann notwendig, wenn in wachsendem Umfange ein Rückzug von Bankdepositen einsetzt, doch sollte er nur im äußersten Notfalle unternommen werden, da er einen einschneidenden Eingriff in das Wirtschaftsleben darstellt. Aus diesem Grunde ist der direkten Kontrolle der Einzelpreise der Vorzug zu geben.

Aehnlich dürfte es sich mit jenen Maßnahmen verhalten, die sich gegen die Hortung richten. Die Auswirkungen der Hortung manifestieren sich in erster Linie auf dem Geld- und Kapitalmarkt: die Kreditbasis der Banken wird, wenn in großem Umfange gehortet wird, eingeengt, was eine Versteifung der Zinssätze zur Folge hat; sie ist aber auch deshalb unerwünscht, weil sie eine potentielle Inflationsgefahr darstellt, denn die gehorteten Zahlungsmittel sind nicht gebunden und können theoretisch jederzeit in den Kreislauf gelangen²⁷.

Es kann zwar versucht werden, mit der Abstempelung der Noten, der Notenbesteuerung, dem Rückzug der großen Notenabschnitte und ähnlichem eine Enthortung zu erzwingen, doch erheben sich gegen ein solches Vorgehen, wie bei jedem Eingriff

²⁶ Vgl. Wagner, a. a. O., S. 32.

²⁷ Seitens der Nationalbank wurde die Hortung in schweizerischer Währung auf 600 bis 800 Millionen Franken geschätzt, wovon ungefähr die Hälfte in ausländischem Besitz (Vgl. Referat des Präsidenten der Nationalbank zum Geschäftsbericht für das Jahr 1940, Monatsbericht der Schweiz. Nationalbank, 16. Jg., März 1941, S. 52).

in den Zahlungsverkehr, schwere Bedenken, umso mehr, als ein Erfolg im vornherein in Frage gestellt ist. Bestimmungen hinsichtlich der großen Notenabschnitte wären ungenügend, denn es würden einfach kleinere an ihre Stelle treten; die Abstempe-
lung aller Noten dagegen wäre äußerst kompliziert und würde ebenfalls nicht zum Ziele führen, da die Ausgabestelle die alten Noten ersetzen oder Gutschrift auf Girokonto erteilen müßte, von wo jederzeit Noten abgehoben werden könnten. Es wäre allerdings denkbar, die einen bestimmten Betrag übersteigenden Noten auf ein Sperrkonto gutschreiben, doch würde sich ein derartiges Verfahren ausgesprochen deflatorisch auswirken und könnte damit ein weiteres Horten auch nicht verhindert werden. Im übrigen würde ein erzwungenes Enthorten nur eine erhöhte Nachfrage nach Waren auslösen. Der Schluß liegt daher nahe, daß Interventionen dieser Art mit mehr Nachteilen als Vorteilen verbunden sind, vor allem in Zeiten eines akuten Warenmangels²⁸.

Unter die Maßnahmen, welche die Lenkung der Kaufkraft bezwecken, ist auch die Ueberwachung der Kreditgewährung einzureihen. In der Kriegswirtschaft ist der Staat der wichtigste Kreditnehmer; der Hauptteil der Leihgelder am Geld- und Kapitalmarkt ist infolgedessen ihm zur Verfügung zu stellen, damit von einer Beanspruchung der Notenbank möglichst Umgang genommen werden kann. Eine solche Kontrolle des inländischen Kreditverkehrs bedarf nicht unbedingt umfangreicher Verordnungen, sondern es kann eine Verständigung zwischen Staat und Banken über allgemeine Grundsätze der Kreditgewährung genügen. Unter Umständen wird aber die Einräumung von Krediten für nicht kriegswichtige Zwecke verboten werden müssen, wodurch vor allem das Hypothekar- und Baukreditgeschäft betroffen würde²⁹. Im allgemeinen dürfte eine Kreditlenkung in diesem Sinne keine allzu großen Schwierigkeiten bereiten³⁰.

²⁸ Vgl. Referat des Präsidenten der Nationalbank zum Geschäftsbericht für das Jahr 1939, Monatsbericht der Nationalbank, 15. Jg., März 1940, S. 54.

²⁹ Auch in der Schweiz wurde die Gewährung neuer Hypothekendarlehen an die Landwirtschaft streng überwacht; diese Maßnahme war allerdings mehr gegen die spekulative Kreditaufnahme gerichtet.

³⁰ Vgl. 13. Jahresbericht der B. I. Z., 1. 4. 1942—31. 3. 1943, S. 25/26.

Dank dem Zusammenspiel der erwähnten finanz-, verbrauchs-, preis- und währungspolitischen Anordnungen können die Konsequenzen, die sich infolge des Ungleichgewichtes zwischen realer und nominaler Verbrauchsquote bei freiem Spiel der wirtschaftlichen Kräfte ergeben würden, weitgehend verhindert und der Geldvermehrung direkt Schranken gesetzt werden. Dies wird in umso wirksamerer Weise erreicht, je nachdrücklicher und umfassender die betreffenden Maßnahmen gestaltet werden. Es mag allerdings dahingestellt bleiben, ob eine „vollkommene“ Lenkung, welche die individuelle Freiheitssphäre zwangsläufig empfindlich tangiert, erstrebenswert ist, um die Preissteigerungen auf ein Minimum zu beschränken³¹.

Wir haben eingangs dieses Abschnittes konstatiert, daß die Stabilhaltung des Geldwertes gesamtwirtschaftlich gesehen weder einziges noch oberstes Ziel der Kriegswirtschaftspolitik sein kann und dadurch eine maximale Produktion verunmöglicht würde. J ö h r ³² glaubt zwar, daß dies nicht unbedingt der Fall sein muß, wenn es gelinge, die Unternehmer statt durch Preiserhöhungen mit moralischen Mitteln zu einer Vergrößerung ihres Angebotes zu bewegen. Die Stabilhaltung des Geldwertes stehe jedoch noch mit anderen Zielen der Wirtschafts- und Staatspolitik im Widerspruch, indem sie die föderalistische Struktur des Landes gefährde und zu einer weitgehenden Reglementierung der Wirtschaft führe, so daß diese ihre „Elastizität“ verliere; die wirtschaftliche Freiheit müßte derart eingeschränkt werden, „daß die Bevölkerung darunter mehr leidet, als sie unter der durch diese Maßnahmen verhinderten Geldentwertung gelitten hätte“. Eine Teuerung sei daher nicht als „bloßes Passivum“ zu werten, sondern bringe auch „Vorteile anderer Art“ mit sich — ein Faktum, das selbst B o ß h a r d t anerkennt, wenn er bemerkt, die Versorgungslage der Schweiz sei durch die Preissteigerungen zweifellos günstig beeinflusst

³¹ Es hat sich übrigens am Beispiel Deutschlands gezeigt, daß auch eine totale Wirtschaftslenkung eine inflatorische Entwicklung nicht a priori zu verhindern vermag. Obwohl die Preise nur in geringem Ausmaße stiegen, hat eine «verdeckte Inflation» stattgefunden, die in der Geringerschätzung des Geldes ihren Ausdruck fand (Vgl. J ö h r, die Nachkriegsdeflation, S. 2).

³² J ö h r, zur Frage der kreislaufgerechten Kriegsfinanzierung, S. 392.

worden³³. Es ist aber beizufügen, daß grundsätzlich nur die warensseitig bedingten Preiserhöhungen zugelassen werden sollten.

Das Fazit dieser Betrachtung kann wie folgt resümiert werden: Der Geldumlauf hängt eng mit der Art der Finanzierung des Wehrbedarfes einerseits und der Gesamtheit der inflationsverhütenden Maßnahmen anderseits zusammen. Diese Maßnahmen haben den Zweck, zu verhindern, daß sich die unvermeidliche Geldvermehrung und das dadurch noch verschärfte Ungleichgewicht zwischen nominaler und realer Verbrauchsquote ungehindert in den Preisen auswirken kann, was umso eher möglich sein wird, je weniger die Kriegsfinanzierung auf inflatorischem Wege erfolgt. Es kann dadurch sogar eine Verlangsamung der Kreislaufgeschwindigkeit des Geldes und eine Intensivierung der Spartätigkeit, die dem Staat eine „kreislaufgerechte“ Finanzierung erlaubt, erzielt werden, wodurch einer weiteren Ausweitung des Kreislaufvolumens Grenzen gesetzt werden.

In der Kriegswirtschaft spielen aber auch die künftigen Preiserwartungen eine große Rolle, die ihrerseits zu einer Geldschöpfung führen können. Preiskontrolle und Verbrauchsrationierung sind indessen geeignete Mittel, um solchen „preisinduzierten Kreislaufveränderungen“ wirksam zu begegnen.

Indem die Funktion der finanz-, verbrauchs- und preispolitischen Maßnahmen darin besteht, den Geldstrom zu „stauen“ und ein Steigen der Preise entsprechend der Geldvermehrung zu verhindern, werden sie zu Mitteln der Währungspolitik. Es sind also nicht mehr nur monetäre, sondern in erster Linie allgemeine wirtschaftspolitische Maßnahmen, welche zum Schutze der Währung ergriffen werden. Im Falle einer zunehmenden Warenverknappung ist es unumgänglich, sie auch in einem föderalistisch organisierten Staatswesen straffer zu handhaben.

³³ Boßhardt, a. a. O., S. 41.

Literaturverzeichnis

- Amonn A., Probleme der Kriegswirtschaft. Grundsätzliche Betrachtungen zur Wirtschaftspolitik im Kriege, Zürich 1942.
- Amonn A., «Quantitätstheorie» und kein Ende?, Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung, Nr. 1629 vom 13. 10. 1942.
- Amonn A., Der Streit um die «Quantitätstheorie» und die Möglichkeit inflationistischer Preissteigerungen, Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 79. Jg., 1943, Heft 1, S. 1 ff.
- Amonn A., Das Lohnproblem, zweite erweiterte Auflage, Bern 1945.
- Amonn A., Lohntheorie und Lohnpolitik, Vortrag an der Tagung der Schweiz. Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik, in: Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 83. Jg., 1947, Heft 5, S. 381 ff.
- Boßhardt A., Steuern oder Inflation! Betrachtungen über die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer wirksamen Bekämpfung der Geldentwertung in der Schweiz. St. Gallen 1942.
- Boßhardt A., Der schweizerische Außenhandel heute und in der Zukunft, St. Galler Tagblatt, Nr. 10 vom 7. 1. 1943.
- Böhler E., Die schweizerische Kriegswirtschaft, Weltwirtschaftliches Archiv, 53. Bd., Januar 1941, Heft 1, S. 48 ff.
- Böhler E., Das Preisproblem in der schweizerischen Kriegswirtschaft, Gutachten zuhanden des Schweiz. Städteverbandes, Zürich, Ende August 1941.
- Böhler E., Das Preis- und Lohnproblem in volkswirtschaftlicher Beleuchtung, Referat gehalten am Schweiz. Städtetag vom 27. 9. 1941, Zürich 1941.
- Böhler E., Die schweizerische Preissituation und das Problem der Preisstabilisierung, Gutachten zuhanden des Schweiz. Städteverbandes, Zürich 1942.
- Böhler E., Die staatliche Preiskontrolle im allgemeinen, in: Kalkulation, betriebswirtschaftliche Preispolitik und staatliche Preiskontrolle, herausgeg. vom Verband Schweiz. Bücherexperten, Zürich 1944, S. 108 ff.
- Böhler E.-Dütschler H., Grundsätze der schweizerischen Wirtschaftspolitik in Kriegezeiten, Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 76. Jg., 1940, Heft 2, S. 133 ff.
- Großmann E., Finanzprobleme der Nachkriegszeit, Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 77. Jg., 1941, Heft 3, S. 289 ff.
- Großmann E., Geldtheorie und Wirtschaftspolitik, Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 78. Jg., 1942, Heft 5, S. 419 ff.

- Haene M., Welchen Einfluß hat die Gestaltung der ausländischen Preise auf das schweizerische Preisniveau?, *Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft*, 76. Jg., 1940, Heft 2, S. 195 ff.
- Jöhr W. A., Inflation und Rationierung. Fundamente zur Kriegswirtschaftspolitik, St. Gallen 1942.
- Jöhr W. A., Ist die Inflationstheorie ein Irrweg? — Kritische Bemerkungen zum Buche Walter Zollingers, *Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft*, 78. Jg., 1942, Heft 4, S. 246 ff.
- Jöhr W. A., Zur Frage der kreislaufgerechten Kriegsfinanzierung. Bemerkungen im Anschluß an die Schriften Amonns und Boßhardts, in: *Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft*, 79. Jg., 1943, Heft 5, S. 389 ff.
- Jöhr W. A., Die Nachkriegsdeflation. Konjunkturtendenzen der Nachkriegszeit und die Aufgaben der schweizerischen Beschäftigungs- und Währungspolitik, St. Gallen 1945.
- Kellenberger Ed., Teuerung und Löhne. Ist die Schraube-ohne-Ende-Theorie richtig?, in: *Zeitschr. für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft*, 76. Jg., 1940, Heft 4, S. 490 ff.
- Kellenberger Ed., Kriegsfinanzierung und Inflationsverhütung, Vortrag gehalten im Industrieverein und in der St. Gallischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft am 3. 3. 1941, in: *Zeitschr. für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft*, 77. Jg., 1941, Heft 1, S. 22 ff.
- Konjunkturbeobachtungs- und Preisbildungskommission, Bericht über die Maßnahmen zur Inflationsverhütung in der Schweiz, *Zeitschr. für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft*, 76. Jg., 1940, Heft 2, S. 121 ff.
- Konjunkturbeobachtungs- und Preisbildungskommission, Vernehmlassung zur Frage der bei der heutigen Preissituation zu empfehlenden lohnpolitischen Richtlinien, in: *Die Volkswirtschaft*, 14. Jg., 1941, Heft 9, S. 200 ff.
- Kull E., Kriegsfinanzierung. Das Problem und seine Lösung in der Schweiz, in: *Zeitschr. für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft*, 77. Jg., 1941, Heft 4, S. 465 ff.
- Legler F., Einstandspreis, Wiederbeschaffungspreis, Durchschnittspreis, in: *Kalkulation, betriebswirtschaftliche Preispolitik und staatliche Preiskontrolle*, S. 93 ff.
- Lohnbegutachtungskommission, Beitrag zur Frage des existenzminimalen Bedarfs, Sonderheft Nr. 44 der «*Volkswirtschaft*», Bern 1943.
- Marbach F., Die Eidgenössische Lohnbegutachtungskommission, Entstehung, Aufgabe und Arbeit, Heft 6 der Schriftenreihe des Aufklärungsdienstes der Eidg. Zentralstelle für Kriegswirtschaft, Bern 1944.
- Marbach F., Votum an der Tagung der Schweiz. Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik vom 19./20. 9. 1947 in Montreux, in: *Schweiz. Zeitschr. für Volkswirtschaft und Statistik*, 83. Jg., 1947, Heft 5, S. 440/441.

- Oberzolldirektion, Eidg., Der schweizerische Außenhandel unter den Einwirkungen des Krieges 1939—1945, in: Die Volkswirtschaft, 19. Jg., 1946, Heft 1, S. 2 ff.
- Pahud R., Grundsätze bei der Handhabung der staatlichen Preiskontrolle, in: Kalkulation, betriebswirtschaftliche Preispolitik und staatliche Preiskontrolle, S. 134 ff.
- Preisbildungskommission, Ueber die Beeinflussung der Preisbildung, speziell von der Geldseite her, in: Die Volkswirtschaft, 13. Jg., 1940, Heft 2, S. 71 ff.
- Preisbildungskommission, Bemerkungen zur schweizerischen Preis-Entwicklung seit Kriegsausbruch, in: Die Volkswirtschaft, 13. Jg., 1940, Heft 4, S. 192 ff.
- Preisbildungskommission, Zur Frage der Beeinflussung der Preisbildung von der Warensseite, in: Die Volkswirtschaft, 14. Jg., 1941, Heft 6, S. 126 ff.
- Preisbildungskommission, Gutachten betreffend die Frage der Kalkulationsbasis bei Festsetzung der höchstzulässigen Detailverkaufspreise, in: Die Volkswirtschaft, 15. Jg., 1942, Heft 3, S. 54 ff.
- Röpke W., Die wirtschaftlichen Aussichten nach dem Kriege, Vortrag gehalten in der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Basel am 19. 1. 1942, in: Zeitschr. für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 78. Jg., 1942, Heft 1, S. 28 ff.
- Sieber H., Die Wiederbeschaffungspreiskalkulation in der kriegswirtschaftlichen Preispolitik, Zeitschr. für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 78. Jg., 1942 Heft 3, S. 182 ff.
- Sieber H., Die Preisausgleichskassen als Mittel der staatlichen Preispolitik, Schweiz. Zeitschr. für Volkswirtschaft und Statistik, 81. Jg., 1945, Heft 2, S. 159 ff.
- Steuerverwaltung, Eidg., Inflationsverhütung durch Steuern, Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 76. Jg., 1940, Heft 2, S. 184 ff.
- Wagner V. F., Bemerkungen zur Kriegswirtschaftspolitik, Separatabdruck aus der Festgabe für Fritz Mangold «Schweizerische Wirtschaftsfragen», Basel 1941.
- Zentralstelle für Kriegswirtschaft, Eidg., Vier Jahre wirtschaftliche Landesverteidigung, Heft 4 der Schriftenreihe des Aufklärungsdienstes Eidg. Zentralstelle für Kriegswirtschaft, Bern, September 1943.
- Zollinger W., Zinspolitik, Vermögensanlage im Ausland und internationaler Kreditverkehr, in: Zeitschr. für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 77. Jg., 1941, Heft 1, S. 1 ff.
- Zollinger W., Die Inflationstheorie auf Irrwegen, Frauenfeld und Leipzig 1942.

Zollinger W., Geldtheorie- und Teuerung. — Eine Schlußbetrachtung, in: Zeitschr. für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 78. Jg., 1942, Heft 6, S. 460 ff.

Eidg. Gesetzsammlung (neue Folge), Bd. 55, S. 817, 820, 837 ff., 1063, 1495 ff. und Bd. 56, S. 32 ff., 227 ff., 494 ff.

Jahresberichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (12., 13. und 14.) 1. 4. 1941—31. 3. 1944.

Postulate der Eidg. Preisbildungskommission vom 11. März 1943 (in der Broschüre «Vier Jahre wirtschaftliche Landesverteidigung», S. 123 ff.).

Referate des Präsidenten der Nationalbank zu den Geschäftsberichten für die Jahre 1939—1943, in: Monatsberichte der Schweiz. Nationalbank 15.—19. Jg., Märznummern.

Statistisches Handbuch des schweizerischen Geld- und Kapitalmarktes, herausgeg. von der Statist. Abteilung der Schweiz. Nationalbank, Zürich 1944.

Curriculum vitae

Am 27. Mai 1921 wurde ich, Hans Christen, von Rüegsau (Bern), als Sohn des Ernst Christen, Kaufmann in Liestal, und der Mary, geb. Singer, in Basel geboren.

In Liestal besuchte ich die Primar- und Bezirksschule und verbrachte anschließend ein Jahr in der Lehranstalt Schiers. Hierauf durchlief ich die vier Maturklassen der Kantonalen Handelsschule in Basel und ergriff nach absolviertem Maturitätsexamen im Frühjahr 1942 das Studium der Nationalökonomie an der Universität Basel, wo ich während 13 Semestern (1942—1949) die Vorlesungen, Kolloquien, Proseminare und Seminare der Herren Professoren Wagner, Salin, Furlan, Brogle, Simonius, Ruck, Lewald und Haab besuchte. Die Dissertation ist unter der Leitung von Herrn Professor Wagner entstanden. Die mündliche Prüfung fand am 2. und 3. November 1949 statt.

Das Studium wurde in den ersten Jahren durch Leistung von Aktivdienst mehrmals unterbrochen. Während den Jahren 1946 bis 1948 war ich als kaufmännischer Angestellter in einer Firma in Basel beschäftigt. Seit Januar 1950 bin ich bei der Basler Geschäftsstelle der Schweizerischen Unfallversicherungsgesellschaft in Winterthur tätig.

